



Politische Berichte

Nummer 22 / 14. Jahrgang

22. Oktober 1993

G 7756 D Preis 2,00 DM

Die BRD im UN-Sicherheitsrat und die Folgen

Zunehmend energisch fordert die Bundesregierung für die BRD einen Sitz im Sicherheitsrat der UNO, und zwar einen ständigen Sitz mit den damit verbundenen Privilegien. Sie versucht, die Besonderheit dieses Vorgangs zu relativieren, indem sie betont, dies strebe sie nicht alleine an, sondern gemeinsam mit z.B. dem Wirtschaftsrieten Japan; sie unterschlägt dabei einen Unterschied: selbst innerhalb der japanischen Regierung besteht in dieser Frage (wegen der militärischen Implikationen) keine Einheit, während bei uns sich entschiedener Widerstand nicht regt — geschweige denn in den herrschenden Parteien Opposition dagegen zu finden wäre. Wegen der antifaschistischen Vergangenheit der Vereinten Nationen muß die Bundesregierung freilich taktieren, indem sie zunächst zwei Stufen Bescheidenheit bekundenden Auftretens vorschaltet: zunächst will sie für 1995 (zum dritten Mal seit 20 Jahren) die BRD zum nicht-ständigen Mitglied in den Sicherheitsrat wählen lassen; und sodann hat sie, um offenbar aufgetretene Befürchtungen zu zerstreuen, ihre Bereitschaft signalisiert, *zunächst evtl. auf das Veto-Recht zu verzichten*.

Was würde die Bundesregierung mit dem ständigen Sitz der BRD im Sicherheitsrat gewinnen?

1. Die BRD würde Mitglied werden in dem wesentlichen operativen Organ der UNO, dem Organ mit verbindlicher Beschlusskompetenz, insbesondere über nicht-militärische und militärische Maßnahmen und Sanktionen, unabhängig von den bloß empfehlenden Beschlüssen oder Wahlakten der Vollversammlung.

2. Die BRD würde auch formal nicht mehr nur eben eines der heute 184 UNO-Mitglieder sein mit einer Stimme in der Vollversammlung wie jedes andere Mitglied auch, sondern in den engsten Kreis der führenden Mächte aufgenommen werden; dieser Kreis umfaßt heute 5 UNO-Mitglieder (China, Frankreich, Großbritannien, Rußland / früher UdSSR, USA), die eben einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat einnehmen, während die anderen 10 Sicherheitsratsmitglieder im Wechsel alle zwei Jahre von der Vollversammlung neu gewählt wer-

den. Ja, der BRD käme zusätzlich sofort die ökonomische Abhängigkeit politisch zugute, in der sie das Sicherheitsrats-Mitglied Rußland hält.

3. Mit dem ständigen Sitz im Sicherheitsrat ist das Privileg verbunden, daß kein inhaltlicher Beschluß gegen den Willen auch nur eines ständigen Mitglieds zustandekommt (Veto-Recht). Das verleiht nicht nur breite Verhinderungs-Rechte, auch z.B. wenn es um Beschlüsse über die *Beendigung* von Militärfaktionen geht, sondern vor allem verstärkte inhaltliche Einfluß-Möglichkeiten. Schon allein damit würde die Bundesrepublik ein gewaltiges Instrument erlangen, mit dem sie internationale Interventionen herbeiführen, lenken oder gezielt konzentrieren könnte oder eigenen Interventionen eine völkerrechtliche Legitimation verschaffen könnte. Und je mehr Elend und blutige Widersprüche der Imperialismus über die Kontinente ausbreitet, desto größer wird die Auswahl potentieller Interventionsfelder, also die Möglichkeit, „Friedenssicherung“ und „Humanität“ z.B. je nach Bodenschätzen mit Militärgewalt durchzusetzen.

4. Tatsächlich würde jedoch der Sitz der BRD im Sicherheitsrat zugleich eine Strukturänderung der UNO vorantreiben, die eine solche Politik zusätzlich begünstigte.

Die UNO ist gegen Ende des Zweiten Weltkriegs gegründet worden als politische Organisation derjenigen 50 Staaten, die in den Krieg gegen den internationalen Faschismus eingetreten waren, seit Anfang 1942 als „Vereinte Nationen“ bezeichnet. Ihre Charta ist daher gekennzeichnet durch die Grundsätze der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, der gleichen Souveränität aller Staaten und der Kollektiven Sicherheit. Alle drei Prinzipien richteten sich gegen Formen politisch/militärischer Vorherrschaft. Seitdem nun der Widerspruch zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen in den internationalen Beziehungen keinen deutlichen Ausdruck mehr findet, hat der Sicherheitsrat seine bislang wichtige Funktion politischer Abklärungen zwi-

schen den jeweils führenden Mächten — und dabei hatte das Veto-Recht eine erhebliche Rolle gespielt — verloren. Im selben Maß gewann die immer schon vorhandene Seite der Vorherrschaft in jenem Gremium an Gewicht.

Immerhin sind die internationalen Beziehungen heute weiterhin durch den Widerspruch zwischen insbesondere den führenden imperialistischen Staaten und den Ländern der Dritten Welt gekennzeichnet. Sie machen einerseits die überwältigende Mehrheit der Vollversammlungs-Mitglieder aus, haben aber andererseits mit ihren gegen Verelendung und Ausplünderung gerichteten Interessen keine gesicherte und ständige Vertretung im verbindlichen Beschlußorgan Sicherheitsrat.

Und tatsächlich gibt es zur Zeit beträchtliche Bemühungen, einen Repräsentanten ihrer Interessen mit ständigem Sitz und damit verbundenem Veto-Recht in jenes oberste Organ zu bringen. Eine solche Vertretung wäre gegen den ungehinderten Ausbau und das hemmungslose Funktionieren des Sicherheitsrats als Vorherrschaftsorgan nützlich.

Und so auch umgekehrt: die Aufnahme der Bundesrepublik in den Sicherheitsrat als dessen ständiges Mitglied würde jenen Ausbau erheblich vorantreiben, und in interventionistischer Politik würde sie selbst hiervon zusätzlich profitieren. In der Geschichte des alten Völkerbunds von 1919 führt die Linie des Ausbaus der Gleichberechtigung der Staaten und der Nichtintervention über das Genfer Protokoll von 1924 und über den Briand-Kellogg-Pakt von 1928 zu den Prinzipien der UNO-Gründung, jedoch die gegenläufige Linie des Ausbaus von Großmächte- und Interventions-Privilegien über das Locarno-Vertragwerk von 1925 (mit der unverzüglichen Aufnahme des Deutschen Reichs in den Völkerbunds-Rat) und über die Unterzeichnung des Vierer-Pakts der europäischen Großmächte im Juli 1933 in Rom zum Münchener Großmächte-Abkommen von 1938 und konsequenterweise zum Krieg — ja, aufgrund der weltweiten Vernetzung von gemeinsamen und rivalisierenden Interventionsinteressen zum Weltkrieg. — (rube)

muß wegen des verfassungsrechtlichen Postulats der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse auf der Ebene des Bundes erfolgen und darf nicht auf die Kommunen und erst recht nicht auf die Kommunen abgeschoben werden“, heißt es in der Resolution. Innen-Staatssekretär Waffenschmidt (CDU) forderte die Städte auf, das Pflegeversicherung- und Lohnkürzungskonzept der Bundesregierung zu unterstützen. Dann würden auch ihre Sozialhilfekosten sinken. — (rül)

Ingrid Jakobsmeier zu 15 Jahren verurteilt

Am 18. 10. wurde Ingrid Jakobsmeier, Gefangene aus der RAF, zu einer 15-jährigen Gesamtstrafe wegen versuchten Mordes (Ramstein) und Beihilfe zu versuchtem Mord (Kroesen) verurteilt. So wird Ingrid nicht kommenden Montag nach neun Jahren Haft entlassen, sondern muß weitere sechs Jahre verbüßen — ein Fall von verfassungswidriger Doppelbestrafung, wie ihre Anwälte mitteilen. Mit dieser Verurteilung ist der zweite Kronzeugenprozeß zu Ende gegangen, der dritte — gegen Rolf-Clemens Wagner — hat bereits vor dem OLG Frankfurt begonnen. Näheres steht im neuen *Angehörigen Info* 130. — (jeh)

Die Verwirklichung der Trennung von Staat und Kirche ist eine demokratische Selbstverständlichkeit, die sich zwingend aus der verfassungsmäßigen Neutralität des Staates in Religions- und Weltanschauungsfragen ergibt.

Politische Entscheidungen sollen keiner religiösen Legitimation bedürfen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften müssen von staatlicher Einmischung frei sein. Dies liegt gleichermaßen im wohlverstandenen Interesse gläubiger Menschen. Dies gehört zur Verwirklichung der unveräußerlichen Menschenrechte: Meinungs- und Gewissensfreiheit sowie Religions- und Weltanschauungsfreiheit.

Niemand darf wegen Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Kirche, Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft privilegiert oder diskriminiert werden, vielmehr muß endlich die Gleichbehandlung in allen Bereichen durchgesetzt werden.

Die Kirchensteuer und ihr staatlicher Einzug verletzen die Religionsfreiheit und den Datenschutz und sind abzuschaffen. Die staatliche Erfassung des religiösen Bekenntnisses oder der Weltanschauung ist einzustellen.

Die Taufe unmündiger Kinder darf keine Rechtsansprüche der Kirchen an den Staat begründen, die Mitgliedschaft in Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ist nach den für alle

geltenden Gesetzen zu erwerben. Der Austritt ist gegenüber der Gemeinschaft und nicht gegenüber staatlichen Stellen zu erklären.

Alle Konkordate und Verträge, die besondere Rechte und Beziehungen zum Staat begründen, sind zu kündigen. Staatsleistungen zur „Wiedergutmachung“ der Säkularisierung von kirchlichem Besitz im Gefolge der Französischen Revolution sind einzustellen.

Alle steuerrechtlichen und sonstigen Bestimmungen, die zur Privilegierung oder Ungleichbehandlung der Mitglieder von Kirchen, Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften führen, sind aufzuheben.

In kirchlichen Einrichtungen muß das allgemeine Arbeits- und Tarifrecht sowie das Personalvertretungsrecht uneingeschränkt gelten.

Die öffentliche Hand muß flächendeckend eine ausreichende Zahl von weltanschaulich-bekenntnisneutralen Sozialeinrichtungen anbieten. Der freie Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung in sozialen und erzieherischen Berufen ist auch für konfessionsfreie Menschen zu gewährleisten.

Die staatliche Organisation und Finanzierung der Militär- und Anstaltsseelsorge ist zu beenden. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung darf nicht von religiösen Motiven abhängig gemacht werden ...

Kirche und Staat trennen

„Reichsmilitärbischof“ Dyba und die Frauen

Von Klaus Hartmann, Bundesvorsitzender des Deutschen Freidenker-Verbandes

Für Überraschungen ist er nicht gut, der Reichsmilitärbischof Dyba aus Fulda, er bleibt sich treu. Ende September 1993 wies er die katholischen Schwangerenberatungsstellen in Kassel, Marburg, Fulda und Hanau an, keine Beratungsbescheinigungen mehr auszustellen. Die Bescheinigungen sind nach dem §218-Urteil des Bundesverfassungsgerichts Voraussetzung für den „rechtswidrigen, aber straffreien“ und insbesondere selbst zu bezahlenden Schwangerschaftsabbruch.

Daß die „Lebensschützer“ in den Roben von Verfassungsrichtern das Selbstbestimmungsrecht der Frau zur Preisfrage machten, reicht natürlich Fundamentalisten vom Schlage eines Dyba nicht aus. „Geist und Inhalt der Beratung muß voll und ganz göttlichem Recht entsprechen“, zitierte der Hessische Rundfunk aus dem Brief des göttlichen Dyba an die Gemeinden, man wolle „keine Beihilfe zur Tötung ungeborener Kinder“ leisten.

Wer nun meint, die Kirche interessiere sich nur für das ungeborene „Leben“, muß sich eines Besseren belehren lassen: Zur Tötung geborener „Kinder“ vertritt der Bischof mit Blick auf Jugoslawien und Somalia bekanntlich die Auffassung, daß „Militäreinsätze ethisch gerechtfertigt“ seien. Vergessen hat Dyba offensichtlich schon das Lamento, das die Deutsche Bischofskonferenz in Fulda wenige Wochen zuvor angesichts der Rekordzahl von Kirchenaustritten im Jahr 1992 anstimmte. Die von den Bischöfen beauftragten Meinungsför-

scher hatten herausgefunden, daß als Hauptmotiv die „lebensfremde Sexualmoral“ der Katholischen Kirche genannt wird. Der Deutsche Freidenker-Verband weist entschieden Vermutungen zurück, daß er mit Dyba ein geheimes Abkommen geschlossen habe, in dem dieser sich verpflichtete, weitere Schafe und Hämmel aus der Kirche zu treiben. Die Hessische Ministerin für Frauenfragen kommentierte den Fuldaer Ratschluß mit den Worten: „Ich bin empört!“ und drohte mit dem Entzug der Anerkennung als Beratungsstellen gem. §218. Die Grünen im Hessischen Landtag protestierten scharf und kritisierten, daß Dyba sogar das Urteil des Bundesverfassungsgerichts mißachte. Auch aus der SPD und aus Fraueninitiativen gab es solche Stimmen, die zum Teil ihre Forderung nach Rücknahme der Anweisung damit begründeten, daß die Beratungsstellen ihre staatliche Anerkennung verlieren könnten, und dies wäre „zum Nachteil der Frauen“.

Freidenker hingegen sollten Dybas Entscheidung als wahren Segen begreifen: Jede Beratungsstelle weniger, die bisher die mittelalterliche katholische Sexualmoral indoktrinierte, ist ein Gewinn. Zur endgültigen Liquidierung des mittelalterlichen Strafparagraphen 218 ist das allerdings noch zu wenig. Deshalb unterstützt der DfV die Initiativen und Vorbereitungen zu einem „Frauenstreiktag“ am 8. März 1994. Die jüngste Fuldaer Episode macht aber auch nachdrücklich klar, wie aktuell die obenstehenden Forderungen sind.

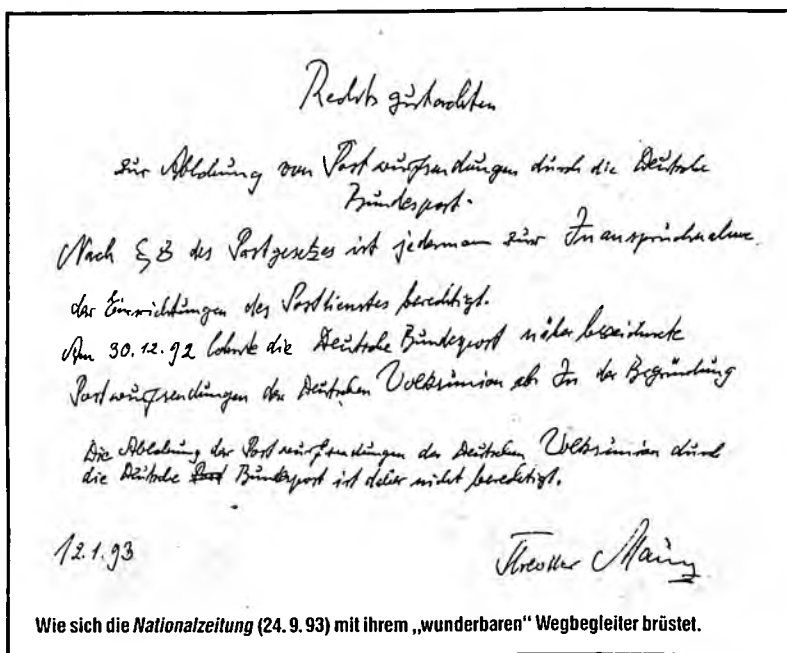
Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Gewerkschaft GHK: Streikrecht auch gegen Gesetze

Der Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff hat am 19. 10. eine Satzungsänderung beschlossen. Bisher konnte der Vorstand bei Angriffen auf die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ zum Streik aufrufen. Die neue Satzung erlaubt dies auch, wenn „der soziale Rechtsstaat, die Koalitionsfreiheit oder die Tarifautonomie angegriffen und in ihrem Bestand gefährdet ist. Insoweit erkennt die GHK den politischen Streik als Kampfmittel der ArbeitnehmerInnen an“. — (rül)

Städtetag: Städte in Not

Der Deutsche Städtetag hat am 18. Oktober gegen die Folgen der Bonner Haushaltspolitik für die Kommunen protestiert. Durch die geplante Aufhebung von Arbeitslosengeldansprüchen entstünden den Kommunen Mehrausgaben bei der Sozialhilfe von über 4 Mrd. DM im Jahr. „Dies wäre gesellschaftspolitisch fatal und wäre ein schwerwiegender Verstoß gegen die Grundsätze eines föderativen Staatsaufbaus. Die Finanzierung der Kosten der Arbeitslosigkeit



Aktuell in Bonn

G-10-Gesetz + Vorbeugehaft erweitert

Mit einem Gesetzentwurf „zur Stärkung des Rechtsfriedens und zur Bekämpfung des Schlepperwesens“ (Bundestagsdrucksache 12/5683) betreiben Bund und Länder, also SPD, Union und FDP, die weitere Ausdehnung von Polizei- und Geheimdienstbefugnissen. Der Gesetzentwurf, angeblich gegen „Schlepperbanden“ und „Rechtsextreme“ gerichtet, enthält u.a.: eine Erweiterung der polizeilichen Möglichkeit, Personen wegen „Wiederholungsgefahr“ „vorbeugend“ in Haft zu nehmen. Bisher war hierzu z.B. bei schwerem Landfriedensbruch eine rechtskräftige Verurteilung in den letzten fünf Jahren vorgeschrieben. Diese Vorbedingung soll ersatzlos entfallen. Zweitens soll das im Zusammenhang mit dem Notstandsgesetz 1968 beschlossene „G10“-Gesetz erweitert werden. Künftig sind Telefon- und Briefverkehr-Kontrollen durch Geheimdienste auch bei „Verdacht“ auf „kriminelle Vereinigung“, auf Werbung oder Unterstützung dafür möglich. Auch hier ist die Ausdehnung der Polizeibefugnisse also keineswegs nur „gegen rechts“ gerichtet.

Thyssen: Treuhand und Langfinger

Die Liste der Skandale um die Treuhandanstalt wird länger. Nun wurde der Thyssen-Konzern geoutet. Am 15.10. ließ die Berliner Staatsanwaltschaft 34 Thyssen-Firmenbüros und Privaträume von Thyssen-Mitarbeitern durchsuchen, darunter auch das Büro des Firmenchefs Kriwet. Ermittelt wird wegen Untreue. Thyssen hatte im Dezember 1990 für null Mark von der Treuhand das Unternehmen AHB Metallurgiehandel nebst wertvollen Lagerbeständen und Grundstücken zur Abwicklung übereignet erhalten. Die Treuhand wußte offiziell nichts von der vorausgegangenen gemeinsamen Firmengründung. Nun ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen „Untreue“ und einem Schaden für die Treuhand in „zweistelliger Millionenhöhe“. Wie üblich ist in den Skandal ein Treuhändedirektor verwickelt.

Maastricht-Vertrag und BVG-Urteil

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil den Maastrichter Vertrag als verfassungskonform gebilligt. Interessant sind zwei Feststellungen: Finanzminister Waigel nutzte das Urteil sofort, um seine brutale Sparpolitik auf dem Rücken der Schwächsten zu rechtfertigen. Das BVG-Urteil zeige, daß ein zentrales Kriterium für das Zustandekommen der Währungsunion der Abbau der Staatsverschuldung sei. Der Ökonom Wilhelm Hankel wies im *Handelsblatt* darauf hin, daß die Kriterien im BVG-Urteil für die Verwirklichung des Maastricht-Abkommens und die ökonomischen Realitäten in Europa auf einen Hartwährungsblock im Zentrum und nicht auf eine einheitliche EG-Währung hinauslaufen würden. „Harte Mark“, die DM als „Ankerwährung“ war auch das Argument Waigels für seine neue Sozialabbau-Offensive.

Besiedelung Ostpreußens

Die Zeitung *Welt am Sonntag* bringt eine Serie unter dem Titel „Der Wettlauf um Königsberg“. In der Ausgabe vom 10.10. berichtet das Blatt über „die ersten Ostpreußen“, die „in die Heimat zurückkehren.“ Auf einer Zeitungsseite

wird, u.a. mit Bezug auf das revanchistische *Ostpreußenblatt* über die Möglichkeiten berichtet, „verlorenes Eigentum in Nord-Ostpreußen“ zurückzuerhalten. Dabei scheint es in Bonn nur noch im Bonner Außenministerium Widerstände zu geben, was als „Nachwehen der Genscher-Politik“ bezeichnet wird, wo gelte: „Nur nicht den Polen Anlaß zur Kritik geben“.

Hausarbeit mit Asbest Privatsache

Das Bundessozialgericht (BSG) in Kassel stellte in letzter Instanz fest: Eine Frau, die jahrelang die mit Asbest belastete Arbeitskleidung ihres Mannes zu Hause reinigte und infolgedessen einen Brustfell-Tumor bekam, hat keinen Anspruch auf Entschädigung aus der gesetzlichen Unfallversicherung. Das Gericht: Die Frau habe die Reinigungsarbeiten nicht als Arbeitnehmerin, sondern „für ihren Ehemann“ übernommen. Die gesetzliche Unfallversicherung wird von den Unternehmern finanziert. Das Urteil heißt auch, daß die Folgen der asbestbedingten Erkrankungen der Gemeinschaft aller Versicherter auferlegt werden.

Klagen gegen Feiertags-Lohnraub

Wenn die Kapitalisten den vom Bundestag beschlossenen Lohnraub für Feiertage (20 % weniger Lohn für 10 Feiertage im Jahr) anwenden, wolle sowohl die Gewerkschaft DAG wie die IG Medien vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Das haben Sprecher beider Gewerkschaften angekündigt.

Ladenschluß im Bundesrat

Am 15. Oktober haben Unions- und SPD-regierte Länder im Bundesrat einen neuen Angriff auf die Ladenschlußzeiten gestartet. Sie wollen, daß Geschäfte künftig an Werktagen regelmäßig bis spät in die Abendstunden geöffnet haben, wenn nur der „Ladeninhaber“ und seine Familie während dieser Zeit arbeiten. Damit sollen zahlreiche kleine Gewerbetreibende, durch hohe Schulden bei Banken und Lieferanten sowieso unter Druck, zu inhumaner und gesundheitsschädlicher Arbeit bis spät in die Nacht gezwungen werden können.

Doppelte Staatsbürgerschaft

Seit Mitte September liegt dem Bundestag ein Gesetzentwurf der SPD-Länder zur Änderung der Staatsangehörigkeitsrechts vor (Drucksache 12/5684). Inhalt: Einführung des „ius soli“-Grundsatzes für hier geborene Kinder von Ausländer/innen, die automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben sollen, Erleichterung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit und der doppelten Staatsangehörigkeit. Die Bundesregierung hat „Bedenken“ gegen den Entwurf vorgebracht, insbesondere lehnt sie das „ius soli“-Prinzip, nachdem sich die Staatsangehörigkeit nicht nach der Blutsabstammung, sondern nach dem Lebens- und Arbeitsgebiet richten soll, grundsätzlich ab. Stattdessen verweist sie auf eigene Reformpläne, die seit Monaten angekündigt sind, aber bislang nicht vorliegen.

Was kommt demnächst?

Am 21. Oktober beginnt der Treuhand-Untersuchungsausschuß des Bundestags mit seiner Arbeit. Helmut Kohl gibt im Bundestag eine Regierungserklärung zum „Standort Deutschland“ ab. Am 29. Oktober ist EG-Sonder-Gipfel, u.a. zur Beratung über den Sitz der künftigen EG-Zentralbank. Am 5. Dezember sind Kommunalwahlen in Brandenburg.

Dr. Gerhard Frey (DVU) outet Prof. em. Dr. Theodor Maunz

Führender BRD-Staatsrechtler ein DVU-Berater

Als hätten sie es geahnt: In der Festschrift zu seinem 70. Geburtstag rühmten die ihn ehrenden Juristenkollegen die „Vielzahl seiner Fähigkeiten und Eigenschaften“, die sich „seit jeher in allen seinen vielfältigen Stellungen und Tätigkeiten“ vereint und bewährt habe. Das war 1971. Zu diesem Zeitpunkt war Theodor Maunz, bereits unter Hitler und dann unter Adenauer führender Staatsrechtslehrer, schon seit Jahren nebenher als „treuer Wegbereiter und persönlicher Berater“ von Gerhard Frey tätig.

Das enthüllte der DVU-Chef und Herausgeber des Fascho-Kampfbatts *Nationalzeitung* jetzt nach dem Tode von Maunz, der vor sechs Wochen 92-jährig starb. Auch, so berichtet Frey, habe Maunz über eineinhalb Jahrzehnte hindurch beinahe allwöchentlich ohne Autorenanzeige in der „Nationalzeitung“ geschrieben.

Insider fragten sich schon lange, warum die DVU fast alle Prozesse gewann, die gegen sie angestrengt wurden. Ob es darum ging, die Nibelungenhalle in Passau für Großveranstaltungen zu bekommen oder in Hamburg noch mehr Fernsehspots für die DVU durchzusetzen, immer war Frey juristisch erfolgreich. Auch der Antrag der Bundesregierung, ihm politische Grundrechte zu entziehen, scheiterte 1968 vor dem Bundesverfassungsgericht. Nach den jüngsten Veröffentlichungen in der *Nationalzeitung* wissen wir nun: Frey hat seine Erfolge nicht nur seinen Anwälten zu verdanken, sondern auch den Ratschlägen von Maunz, der sogar die DVU-Satzung auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin überprüfte.

Und da war Maunz anerkannter Spezialist; hatte er doch als Mitverfasser des führenden Kommentars zum Bonner Grundgesetz, zusammen mit dem jetzigen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Roman Herzog, dem Tübinger Professor Günter Dürig und dem Berliner Staatsrechtler, Ex-Verteidigungsminister und Kohl-Spezi Rupert Scholz, wesentlichen Einfluß auf Rechtspre-

chung und Lehre. Richter und Anwälte benutzen seinen Kommentar, an den Juristischen Fakultäten wird noch heute aus seinen Büchern gebüffelt. Dabei legte Maunz immer besonderen Wert auf die Kontinuität vom Faschismus zur Adenauer-Republik: „Er war einer der strengsten Verfechter der Konstruktion der BRD als Nachfolgestaat des Deutschen — Dritten — Reiches.“ (so Heinrich Senfft, als Rechtsanwalt der ZEIT u.a. im Prozeß Filbingers gegen Hochhuth tätig).

Diese Kontinuität über das Jahr 1945 hinweg vertrat Maunz nicht nur in seinen juristischen Schriften, er verkörperte sie auch wie sonst nur Hans Globke, unter Hitler Kommentator der Nürnberger Rassegesetze, unter Adenauer Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Maunz begann seine Karriere 1934, als er in seiner Broschüre „Neue Grundlagen des Verwaltungsrechts“ die Einwirkung des Führers auf die Rechtsfindungstätigkeit beschrieb: „Sie besteht einmal in der autoritativen Feststellung dessen, was Recht ist, durch gesetzlichen Ausspruch, sodann aber auch in der geistigen und willensmäßigen Gesamteinflussung, im Sinne des Führers Recht zu sprechen.“ 1937 schrieb er, inzwischen ordentlicher Professor in Freiburg geworden: „Gesetz ist geformter Plan des Führers und damit Ausdruck völkischer Lebensordnung. Der geformte Plan des Führers ist oberstes Rechtsgebot.“

Maunz machte sich jedoch nicht nur wie sein Lehrer Carl Schmitt — Hitlers Kronjurist — um die staatsrechtliche Grundlegung des Dritten Reiches verdient, sondern beschäftigte sich auch mit dem Detail. So befaßte er sich 1943 in seinem Werk „Gestalt und Recht der Polizei“ mit dem Wesen der Gestapo. Dieses bestehe darin, „alle staatsgefährlichen Bestrebungen zu erforschen und zu bekämpfen. Eines der Kampfmittel ist der Entzug der Freiheit...“ Und dieses Kampfmittel konnte willkürlich eingesetzt werden. Hat Theodor Maunz von den mörderischen Folgen seiner Theo-

rien nichts geahnt? Es sieht eher so aus, als ob er sie mehr als nur in Kauf genommen hätte.

Distanziert hat sich Maunz jedenfalls nie von seiner Tätigkeit während des Faschismus, auch nicht 1964, als er als bayrischer Kultusminister zurücktreten mußte. Hildegard Hamm-Brücher und andere hatten seine Vergangenheit enthüllt. Seine Stellung in der deutschen Rechtslehre blieb allerdings unangefochten, so daß die FAZ zu seinem 85. Geburtstag schreiben konnte: „Die Treue seiner Schüler ist ein in noch so lebhaftes Wort nicht zu fassendes Kompliment für den akademischen Lehrer Maunz.“ (Friedrich Karl Fromme, 1986)

Outet Frey noch weitere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens als persönliche Mitarbeiter und Freunde? Die neueste Ausgabe der *Nationalzeitung* läßt dies vermuten. Dort wird im Faksimile ein freundschaftlich und persönlich gehaltenes Schreiben des BND-Begründers Reinhard Gehlen an Gerhard Frey abgedruckt. Gehlen hatte schon unter Hitler die Sowjetunion ausspioniert und war 1945 mit dem Archiv und den Mitarbeitern seiner Abteilung „Fremde Heere Ost“ zu den Amerikanern übergelaufen, die ihn dann an Adenauer weiterreichten.

Vielleicht ist aber auch noch ein anderer führender Nazi-Jurist geheimer Frey-Mitarbeiter: der 90-jährige Marburger Strafrechtsprofessor Erich Schwinge, in der NS-Zeit führender Gesetzeskommentator auf dem Gebiet des Militärstrafrechts, Vordenker und — als Kriegsrichter — auch Praktiker einer rigorosen Abschreckungsjustiz. Bislang sind nur seine Aufsätze in juristischen Fachzeitschriften bekannt, zuletzt *Anfang dieses Jahres in der Neuen Juristischen Wochenschrift*. Dort bezweifelte er, daß die Urteile der NS-Militärstrafjustiz offensichtlich unrechtmäßig waren. Wer weiß, ob wir nicht auch nach Schwinges Tod von Frey mehr erfahren werden?!

— (Jens Rüggeberg / Bernhard Strasdeit)

Der Krieg auf dem Balkan: Nächste Runde

US-Präsident Clinton fordert Waffen für Bosnien

Der US-amerikanische Präsident Clinton hat in den letzten Tagen massiv die UNO, die europäische Gemeinschaft und insbesondere Frankreich und Großbritannien wegen ihrer Balkanpolitik angegriffen. Ihre zurückweichende Politik hätte den Konfliktherd Balkan erst explodieren lassen. Zentraler Fehler der westeuropäischen und UNO-Politik sei es gewesen, das Waffenembargo auf ganz Jugoslawien auszudehnen. Dies hätte nur den Serben und Kroaten genützt. Sein Resümee gipfelt dann in der Aussage, daß das Waffenembargo für Bosnien aufgehoben werden soll.

Interessanterweise klammert der US-Präsident die BRD aus seiner Kritik aus. Im Gegenteil: Seine Forderung nach Aufhebung des Waffenembargos für Bosnien greift eine entsprechende Forderung der Bundesregierung auf und wird sich auf die innere Lage Bosniens verheerend auswirken.

Dort herrschte in den letzten Wochen eine Situation, die man als Auspowern der militärischen und menschlichen Ressourcen bezeichnen könnte. Immer häufiger gab es lokale Waffenstillstände und Bestrebungen, die Konflikte einzudämmen. Hinzu kam eine Spaltung im Lager der moslemischen Bosnier. In der Gegend um Bihać rief der Gegenspieler Izetbegović's, Abdic, ein unabhängiges Gebiet aus und schloß mit den anderen Kriegsparteien einen Art Friedensvertrag, der auch bisher hielt. Dieser lokale Frieden basiert auf der gegenseitigen Anerkennung der jeweiligen Interessen

und ging von einer Gleichberechtigung der jeweils anderen Seite aus. Wenn man so will, eine Fortsetzung des jugoslawischen Prinzips, das von einer Gleichberechtigung aller in Jugoslawien lebenden Nationalitäten ausging. Das bedeutete, daß die Handlung einer Nationalität erst mit Zustimmung der anderen Nationalitäten durchgeführt werden konnte. Ein Prinzip, das immerhin vierzig Jahre lang leidlich funktionierte. Es verhinderte auf jedenfall die Metzereien, die jetzt jeden Abend präsentiert werden. Erst als von diesem Prinzip abgerückt wurde, ging das Schlachten auf dem Balkan los.

Und dies wurde ein gutes Stück mitbefördert durch die Anerkennung Kroatiens und Sloweniens durch die BRD am 15.1.1992. Ohne daß die Serben in Kroatien gefragt wurden, ob sie einer Abtrennung Kroatiens aus dem jugoslawischen Verband zustimmen, bildeten die kroatischen Nationalisten ihren Staat der Kroaten und machten eine bisher gleichberechtigte Nationalität zu einer Minderheit, die auch sofort massiv verfolgt wurde. Es konnte dann auch nicht ausbleiben, daß damit das Thema Bosnien akut wurde. Izetbegović war damals gegen die Abspaltung Kroatiens, weil er wußte, daß damit die Existenz Bosniens als Teil Jugoslawiens in Gefahr war. Es war daher auch kein Wunder, als sich im März 1992 in der Vojvodinischen Stadt Karadjordjevo der kroatische Präsident Tudjman mit dem serbischen Präsidenten Milosevic traf und sie zu dem Schluß kamen, die effektivste Lösung sei die

Aufteilung Bosniens zwischen Kroatien und Serbien.

Aber anstatt daß nun Izetbegović auf dem Prinzip der Gleichberechtigung der drei staatsbildenden Völker in Bosnien beharrte, bildete er eine eigene moslemische Partei und leitete ein Referendum zur Abspaltung Bosniens von Jugoslawien ein, ohne die anderen Kroaten und Serben zu fragen. Bisher waren alle noch von der Möglichkeit einer Konföderation der südslawischen Staaten überzeugt. Deren Reaktion kam prompt. Beide forderten als ersten Schritt eigene Staaten auf dem Gebiet Bosniens, die sich aber dann jeweils Kroatien oder Serbien anschließen werden. Dies ist der Stand noch heute. Alle Kämpfe, die in diesem Gebiet stattfinden, haben das Ziel, möglichst viel Land für ihre Klientel zu erobern. In dieser Lage zu fordern, das Waffenembargo für Bosnien aufzuheben, heißt den Krieg, der bisher tatsächlich auf Kosten der moslemischen Landinteressen ging, erneut aufzukehren. Aufhebung des Waffenembargos für Bosnien bedeutet Waffen für die bosnischen Muslime, die hinter Izetbegović stehen. Und die werden das natürlich sofort nutzen, um ihre Landverluste wieder wettzumachen. Die Antwort auf die amerikanischen Initiative kam prompt von den serbischen Belagerern Sarajewos. Vor zwei Tagen setzte ein massives Bombardement ein, das das Vorspiel für den Sturm auf Sarajewo sein kann. Mit solchen „Friedensvorschlägen“ wird man den Balkankrieg noch lange halten können. — (hav)

Der Betriebsrat des
Kaliwerkes Bischofferode und
die Betriebsräteinitiative
rufen auf:

Kommt alle zur Aktionskonferenz!

Samstag, 30. Oktober 1993,
12 Uhr bis 17 Uhr
Bischofferode, Kulturhaus
neben dem Kali-Werk

Am 31. Dezember wird Bischofferode geschlossen — wenn es nach dem Willen von Treuhand, BASF und MdK-Vorstand geht. Dieser Tag rückt immer näher.

Vorher wird die EG-Kommission in Brüssel ihre Entscheidung zu dem Kali-Fusionsvertrag bekanntgeben. Wird Brüssel einen Zeitaußschub verlangen? Wird Bischofferode aus dem Fusionsvertrag herausgenommen? Wird die Fusion im Kern bestätigt?

Fragen über Fragen. Gewiß ist nur eins: Der Arbeitskampf der Kali-Kumpel geht solange weiter, bis die Grube gerettet ist.

Die letzten zwei Monate müssen zur intensiven Vorbereitung auf die entscheidende Phase dieses langen Arbeitskampfes genutzt werden. Dazu dient die Konferenz.

Wir wollen in Ruhe beraten, wie der Kampf weitergeführt und weiter unterstützt wird. Solidarität ist jetzt nötiger denn je. Bischofferode ist zum Symbol geworden, Vorbild und Ansporn für viele Belegschaften im Kampf gegen die Stilllegungen und Arbeitsplatzvernichtung. Bischofferode muß leben!

Vorschlag für das Programm der Konferenz:

1. Bericht des Kali-Betriebsrates zur aktuellen Situation des Arbeitskampfes, Hintergründe und Erfahrungen der letzten Monate,
2. Berichte der Solidaritätskomitees und UnterstützerInnen aus den verschiedenen Städten — Stand der Solidaritätsarbeit,
3. Diskussion und Beschlüsse über die weitere Solidaritätsarbeit,
4. Organisatorisches und Finanzen.

Telefon des Betriebsrats der
Kaliwerke Bischofferode:
036077/99470;
Fax: 036077/99251

Spendet auf das
Konto Nr. 36031038,
Kreissparkasse Worbis,
BLZ 82054022
Kontoinhaber: Gerhard Jüttmann,
Stichwort: Kali-Werk



Bischofferode,
Aktionsstag, 1.8.93

Foto: af/mz



Marsch der Kali-Kumpel von Bischofferode nach Berlin.

Foto: af/mz

Vor den Kommunalwahlen in Brandenburg

Interview mit Eberhard Tschernig, Mitarbeiter für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der PDS-Brandenburg

Am 5. Dezember sind in Brandenburg Kommunalwahlen — eine Testwahl für die politische Akzeptanz, den Einfluß der PDS im Osten im Vorfeld der Wahlen 1994? Oder überwiegen regionale und kommunalpolitische Probleme?

Wohl beides. Nach einer Wahlpause von eineinhalb Jahren in den neuen Bundesländern hat die Kommunalwahl in Brandenburg schon prinzipielle Bedeutung, zumal mit ihr das „Superwahljahr“ eröffnet wird. Zudem ist es doch so, daß die PDS in Brandenburg mit ihrem Auftreten bei den Kommunalwahlen ihre Startbedingungen auch für Landtags-, Bundestags- und Europawahlen bestimmt.

Das ist kein Widerspruch dazu, daß die PDS ihren Wahlkampf eindeutig mit kommunalpolitischen, regionalen Fragestellungen und Antworten bestreitet. Die Gliederungen der Partei haben den örtlichen Gegebenheiten entsprechend unterschiedliche Kommunalwahlprogramme für Kreise, Städte und Gemeinden erarbeitet, mit denen das Wählergespräch geführt wird.

Die PDS geht in diese Wahlen mit den Erfahrungen von 3 Jahren Kommunalpolitik unter BRD-„Oberherrschaft“. Welche Arbeitsschwerpunkte in eurer Kommunalpolitik haben sich in dieser Zeit herausgebildet?

Auf Bundes- und Landesebene hat sich die PDS beharrlich für die Bewahrung und den Ausbau der Rechte der Kommunen und die Mitwirkung der Bürger eingesetzt. Solche Entscheidungsfreiheit ist erforderlich, wenn verantwortungsbewußte Kommunalpolitik zu Ausgewogenheit zwischen Ökonomie, Ökologie und Sozialem beitragen und die Mitwirkung der Bürger — gegen Erscheinungen von Resignation und Apathie — fördern soll.

Die Kandidaten der PDS werden sich als fachlich kompetent darstellen und für die Durchschaubarkeit der Entscheidungsprozesse kämpfen.

Welche Erfolge und Erfahrungen der VertreterInnen der PDS/LL in den Kommunalpolitik würdet ihr besonders hervorheben? Und wie hat sich die Zusammenarbeit mit anderen Parteien im kommunalen Bereich entwickelt?

Die Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit anderen Parteien ist von

Kreistag zu Kreistag, von Gemeindevertretung zu Gemeindevertretung unterschiedlich. Es gibt sachliche Zusammenarbeit und Vernunft — angesichts der Probleme m. E. das einzig Richtige. Es gibt aber auch sehr häufig die Erscheinung, daß vernünftige Vorschläge abgeschmettert werden, nur, weil sie von der PDS kommen; dies vor allem von Leuten, von denen man nach ihrem Auftreten annehmen muß, daß sie nach dem 3. Oktober 1990 vom Himmel gefallen sind.

Vertreter der PDS/LL haben sich in der Kommunalpolitik gegen den umfassenden Kahlschlag, für die Erhaltung von Arbeitsplätzen, sozialen und kulturellen Einrichtungen eingesetzt. Damit wurde vielerorts der soziale Abstieg für einen Teil der Bevölkerung abgebremst. Aufzuhalten ist er durch kommunalpolitisches Handeln allein sicherlich nicht.

Die Nachfolgebetriebe der LPGs werden, so scheint es, immer weiter zertrümmert, die Bauern von ihrem Land vertrieben, die Dörfer veröden — während Ex-Junker wieder nach ihren Gütern greifen. Hält die alte Junker-Ordnung in Brandenburg wieder Einzug? Oder gibt es noch Reste der LPGs, andere Formen von bäuerlichen Genossenschaften oder bäuerlicher Kooperation, die die PDS-KommunalpolitikerInnen unterstützen und verteidigen können?

Ausgangspunkt einer Änderung der derzeit katastrophalen Situation ist die Nutzung des Bodens. 30 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche und 60 Prozent der Forstfläche sind zur Zeit in Treuhandbesitz. 4 bis 5 Prozent der Flächen könnten unter Bruch des Einigungsvertrages und der Ausbehebung der Bodenreform an ehemalige Großgrundbesitzer zurückfallen.

Nur ein kleiner Teil der ehemaligen Genossenschaftsbauern hat sich bisher entschlossen, auf einzelbäuerlicher Grundlage zu wirtschaften. Vielerorts bestehen weiterhin Genossenschaften oder Agrar-GmbHs als deren Nachfolger.

Die derzeitige Verpachtungspraxis, über die Flächen nur einjährige Verträge abzuschließen, ist ein Hohn. Sie lassen weder eine kontinuierliche Fruchtfolge zu, noch werden auf dieser Basis irgendwelche Kredite gewährt. Dies stellt gerade die Existenz gemeinschaftlicher Betriebsformen in Frage.

Die PDS setzt sich für ein gleichbe-

rechtigtes Nebeneinander aller Eigentumsformen in der Landwirtschaft ein. Kernstück dabei ist, die Chancengleichheit der unterschiedlichen Betriebs- und Eigentumsformen zu gewährleisten.

Stichwort Wohnungen: Was wird aus den alten Wohnungs- und Baugenossenschaften in Brandenburg durch die Politik von Bundes- und Landesregierung? Und welche wohnungspolitischen Initiativen vertritt demgegenüber die PDS, evtl. zusammen mit den Mieterverbänden?

Die Wohnungs- und Baugenossenschaften existieren. Sie sind mit einem gewaltigen Schuldenberg belastet. Auch die drastischen Mietsteigerungen der letzten Jahre werden ihre Lage nicht bessern, weil bald die Zinszahlungen fällig werden. Es bleibt also zuwenig für Renovierung, Rekonstruktion und Neubau.

In Brandenburg fehlen gegenwärtig ca. 150.000 Wohnungen. 39 Prozent aller Haushalte haben einen Antrag auf Wohngeld gestellt, weitere 12 Prozent beabsichtigen die Antragstellung. Wenn man all das berücksichtigt, wird das An-

„Wenn eines in der Programmatik der Partei und in den Köpfen ihrer Mitglieder klar ist, dann ist es der konsequente Antifaschismus.“

gebot der Regierung in Bonn, 50 Prozent der Schulden zu streichen, wenn bis Ende 1994 15 Prozent des Wohnungsbestandes privatisiert sind, zur Erpressung. Auch in diesem Bereich erweist sich eine verfehlte Finanz- und Wirtschaftspolitik als Hauptursache der Stagnation.

Kernforderungen der PDS sind deshalb: Ausweitung des sozialen Wohnungsbaues, Sozialbindung von Mieten, Veränderung der Förderstruktur für die Kommunen. Eine Reihe weiterer Forderungen würde hier zu weit führen.

Die PDS ist auch eine dezidiert antifaschistische Partei. Viele West-Faschisten haben nach dem DDR-Anschluß ihre Tätigkeit in die DDR ausgedehnt. Wie ist die Situation bei euch? Und welche Aussichten seht ihr für die PDS und andere antifaschistische Kräfte, die Stimmenergebnisse der Faschisten im Osten unter 5 Prozent, auf jeden Fall niedri-

ger als bei den letzten Wahlen im Westen, in Hessen und Hamburg, zu halten?

Wenn eines in der Programmatik der Partei und in den Köpfen ihrer Mitglieder klar ist, dann ist es der konsequente Antifaschismus. Alte und neue Quellen des Faschismus werden diskutiert, die Partei erklärt sich öffentlich gegen die Neonazi-Organisationen, fordert ihr Verbot und die Beseitigung der gesellschaftlichen Ursachen ihres Entstehens.

Bisher spricht vieles dafür, daß die Gewaltanwendung der größten Mordbrennerbanden bei der großen Mehrheit der Wähler abstoßende Wirkung erzielt. Alle Umfrageergebnisse besagen, daß die Rechtsradikalen im Osten weit weniger Stimmen erzielen werden. Aber die Grenze ist fließend: Abneigung gegen Asylsuchende ist in Brandenburg verbreitet, und „salonfähige“ Rechtsradikale, die „allen Ratlosen und Verunsicherten rasche und „einfache“ Antworten geben, darf man nicht unterschätzen.

In den West-Ländern zeichnet sich nach unserem Eindruck bei den kommenden Wahlen eine Parteien-Polarisierung „Rot-Grün gegen Schwarz-Braun“ ab, in der es dezidiert sozialistische Kräfte schwer haben. Gilt diese Konfrontation auch bei den Brandenburger Kommunalwahlen? Welche Aussichten gibt ihr z.B. dem Bündnis 90 und der SPD bei den kommenden Wahlen?

Diese Parteien-Polarisierung kennzeichnet derzeit die Vorbereitung der Kommunalwahlen nicht. Die Enttäuschung der Brandenburger über den Verlauf der letzten drei Jahre, Existenzangst, die kommunale Misere u.a.m. haben zu großer Politikverdrossenheit geführt. Es wird in vielen kleinen Gemeinden schwer werden, überhaupt Kandidaten für die Gemeindevertretung oder gar als Bürgermeister zu finden. Derzeit ist die Partei der Unentschiedenen und Nicht-Wähler sehr groß. Wir meinen, daß es auf jeden Fall richtig ist, die eigenen Interessen auch selbst zu vertreten, werben um Mitwirkung, auch unabhängig von der PDS.

Andererseits verspüren wir wachsendes Interesse und Aufgeschlossenheit der PDS gegenüber, eben dort, wo sie die Kraft hat, aufzutreten. Das sind die Städte und größeren Gemeinden.

Insgesamt kann man die SPD „vorn“ erwarten, alles andere ist heute nicht abzuschätzen.

Wahlen in Polen: Sieg der Linken — Niederlage der Rechten?

Aus der deutsch-polnischen Gesellschaft in der BRD

Deinehalb Wochen nach dem deutlichen Wahlerfolg der linken Organisationen *Bündnis der Demokratischen Linken* (SLD) und *Arbeiterunion* (UP) unterschrieb die SLD mit der *Polnischen Bauernpartei* (PSL) einen Koalitionsvertrag zur Bildung einer gemeinsamen Regierung unter dem Vorsitzenden der PSL, Waldemar Pawlak, als Premier. Die PSL ist eine entsprechend ihrer eigenen Charakteristik nach allen Seiten offene Partei der Mitte. Die sich an den Verhandlungen am Koalitionsvertrag beteiligende UP unterschrieb ihn u.a. wegen der so für sie nicht vertretbaren Fortsetzung der Privatisierungsmaßnahmen nicht.

Bei den Sejmwahlen am 19. September 1993 hat der an der Wahl teilnehmende Teil der polnischen Linken seinen Stimmenanteil verdoppeln können. Die beiden Organisationen haben ihren Stimmenanteil auf Kosten der im politischen Spektrum in der Mitte stehenden Parteien sowie durch Neuwählerinnen und Neuwähler mehr als verdoppeln können. Parlamentarisch ist es ein deutlicher Sieg gegenüber der nationalistischen und populistischen Rechten geworden, die allerdings nur durch ihre Konkurrenz untereinander nicht repräsentativ im Sejm vertreten ist.

Trotzdem sind folgende Fakten festzuhalten:

1. Fast die Hälfte der wahlberechtigten Bevölkerung hat ihre Stimme nicht abgegeben, sondern die Wahlen boykottiert. Zwar gelang es damit der Rechten, die durch verschiedene Parteien an allen Regierungen nach 1989 beteiligt war, nicht, diese Menschen von ihrer Politik zu überzeugen, aber eben auch nicht der Linken.

2. Die rechten nationalistischen bzw. rechtspopulistischen Parteien und Organisationen — KPN, die Wahlkoalition um ZChN, PC, KdR, UPR, PSL-PL, *Samobrona*, Partia „X“ — haben zwar bei der Wahl bezüglich ihrer Repräsentation im Sejm eine deutliche Niederlage erlitten, aber ihr Stimmenanteil ist so gering auch wieder nicht. Zählt man ihre Prozentpunkte zusammen, haben sie etwa 30 % der abgegebenen Stimmen erhalten, wenn man die der Wahlliste von der Gewerkschaft *Solidarność* hinzuzählt, und das sollte man durchaus, sogar fast 35 %. Davon sind aber nur knapp 5,8 Prozentpunkte (KPN) im Sejm repräsentiert! Das ändert nichts daran, daß diese rechten Organisationen zusammen mehr Stimmen bekommen haben, als die sich ausdrücklich links bekennenden Wahllisten von SLD und UP (zusammen fast 28 %).

3. Die sich deutlich rechts postierenden Parteien haben damit nahezu denselben Stimmenanteil erhalten wie 1991, durch die um zehn Prozentpunkte höhe-

re Wahlbeteiligung absolut sogar ihre Stimmen vermehren können. Wenn man dann noch berücksichtigt, daß 1991 nicht abzusehen war, daß sich beispielsweise das Zentrum (PC) zu einer rechtspopulistischen Organisation entwickelt oder auch die Leitung der Gewerkschaft *Solidarność* vollständig nach rechts abwandert, sie damals also von vielen „europäischen Konservativen“ bzw. „Nur-Gewerkschaftern“ gewählt wurden, kann man eher von einer Stabilisierung, wenn nicht Vergrößerung des rechten Wählerspektrums ausgehen.

4. Tröstlich bei dieser Betrachtung ist allenfalls, daß es sich bei den rechten Organisationen mehrheitlich um rechtspopulistische handelt, die mit schwammigen Sozialprogrammen und mit ihrem Antikommunismus auf aus der alten Zeit verständliche Zustimmung stießen. Ihre Wählerinnen und Wähler haben in der Regel kein ausgeprägtes, ideologisch gefestigtes rechtes Bewußtsein.

5. Die Bauernpartei PSL zur Linken zu zählen, ist falsch. Zwar bekennen sich einige ihrer Aktiven offen zu linken Standpunkten, andererseits aber stimmte ungefähr die Hälfte der PSL-Abgeordneten Anfang des Jahres für das Gesetz, das Schwangerschaftsunterbrechungen sehr erschwert. Für Koalitionen erklärte sich die PSL vor der Wahl nahezu mit allen bereit, was sie durch die vorübergehende Bildung einer gemeinsamen Wahlliste mit der von einer antisemitischen und polnisch-nationalistischen Führung geleiteten Gewerkschaft *Solidarność* '80 unterstrich. Die PSL ist eine Partei der Mitte, der es gelang, sich dort als stärkste Partei zu etablieren.

Das verneint nicht, daß die Linke in Polen sehr erfolgreich war, denn immerhin hat sie ihren Stimmenanteil bei wachsender Wahlbeteiligung fast verdoppeln können. Nein, die Verschiebung in Polen fand nicht von Rechts nach Links statt, sondern innerhalb der Mitte und von der Mitte nach Links.

Es gelang der SLD, vor allem innerhalb des Wahlklientels der UD Fuß zu fassen, aber auch unter denjenigen, die sich im Unterschied zu 1991 diesmal an der Wahl beteiligten. Von ihnen wählten alleine 22 Prozent die SLD. Ähnliches gilt für die UP. Die Vorgängerorganisationen der UP erhielten 1991 nur knapp 3,5 Prozent der abgegebenen Stimmen, jetzt gelang es, diesen Stimmenanteil zu verdoppeln.

Die polnische Linke in der Zeit nach 1989

Im September 1993 waren es vier Jahre her, als die erste nicht von der polnischen Linken dominierte Regierung im Polen der Nachkriegszeit gebildet wurde. Allgemein war man in der folgenden Zeit der Ansicht, daß es für eine längere Zeit mit der Linken in Polen vorbei, die Periode der Rechten, d.h. der Konservativen, Liberalen und National-Christlichen angebrochen sei. So bildeten diese in den folgenden vier Jahren auch die verschiedenen Regierungen. Eine Aus-



nahme machte die Mazowiecki-Regierung. In dieser Übergangsregierung von 1989/1990 waren noch mehrere Minister der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) und der ehemaligen Blockparteien vertreten.

Daß es mit der Linken gar nicht so schlecht bestellt war, zeigte sich aber sehr schnell. Bereits bei den Präsidentschaftswahlen im November 1990 erreichte der parteilose Kandidat der SLD — ein Wahlbündnis um die *Sozialdemokratie der Republik Polen* (SdRP), der Nachfolgepartei der PZPR — Cimoszewicz, mit 12 % der abgegebenen Stimmen den vierten Platz, bei den Parlamentswahlen im November 1991 wurde der

SLD die zweitstärkste Kraft hinter der damals eher sozialliberalen Demokratischen Union (UD). Sich „links“ zu nennen, wurde in den folgenden Monaten immer weniger zum Hemmnis, auch wenn im politischen Kampf die rechten Parteien diesen Begriff zur negativen Charakterisierung des politischen Gegners nutzten.

Der SLD war aber nicht die einzige Kraft, der sich selbst als „links“ bezeichnete. Auch aus der *Solidarność*-Bewegung entwickelte sich eine Kraft, die sich selbst zum Linkssein bekannte, die heutige *Arbeitsunion* (UP). Daneben existiert die in mehrere Organisationen gesplante *Polnische Sozialistische Partei* (PPS), eine durch ihre große Stärke bis direkt nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutende Partei, aber im heutigen Polen mit nur geringem Rückhalt. Ein Teil dieser insgesamt drei PPS-Parteien trat in den SLD ein, ein anderer kandidierte auf der Liste der PSL. Über den Einfluß der informellen linken Kreise aus der pazifistischen und anarchistischen Bewegung ist es zur Zeit nicht möglich, sichere Aussagen zu machen.

Gemeinsamkeiten und Differenzen

Die oben genannten linken Organisationen — außer der informellen Linken — verstehen sich als sozialdemokratisch im westeuropäischen Sinne. Gemeinsam stehen sie für die parlamentarische Demokratie, die soziale Marktwirtschaft, ein das Individuum schützendes Rechtssystem und für einen weltlichen Staat ein. Sie distanzieren sich von allen Versuchen, die frühere volksdemokratische Ordnung wiederherstellen zu wollen. Im Gegensatz zu den liberalen, konservativen und den meisten rechten Parteien betonten sie die soziale Schutzfunktion des Staates. Diese grundlegenden Gemeinsamkeiten spiegeln sich in der Politik der letzten Jahre wider. Bei den wichtigsten Maßnahmen der verschiedenen Regierungen nahmen sie oftmals eine gemeinsame Haltung ein. So traten sie gemeinsam gegen die Einführung des restriktiven Abtreibungsgesetzes ein, forderten mehr Ausgaben für das Gesundheits- und Bildungswesen sowie eine höhere Bezahlung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Ebenso forderten sie statt der durch die Neuberechnung für viele

alte Menschen erfolgten Rentenkürzungen eine Rentenerhöhung, die den alten Menschen einen einigermaßen gesicherten Lebensabend beschert. Für die Erfüllung dieser Forderungen halten sie auch ein höheres Haushaltsdefizit als 5 %, wie es die früheren Regierungen zwecks Schuldenreduzierung und Erhalt neuer Kredite mit der Weltbank „abgesprochen“ haben, für vertretbar. Auch in der Auseinandersetzung um die Vergangenheit, wie man mit ehemaligen Partei- und Staatsfunktionären umzugehen hat, traten sie gemeinsam gegen die vorgelegten Durchleuchtungs- und Dekommunisierungsgesetze ein.

Bei den Verhandlungen um eine Regierungskoalition wurden Widersprüche zwischen UP und SLD in erster Linie auf zwei Ebenen deutlich. Die UP ist bei der Frage der „allgemeinen Privatisierung von Staatsunternehmen“ zurückhaltender als der SLD, der diese noch von der konservativen Regierung Suchocka gesetzlich verabschiedete Verstaatlichungsmaßnahme wie geplant durchführen will. Hierbei sollen 600 rentable Staatsunternehmen in mehreren Investmentfonds zusammengefaßt werden. Durch die allgemeine Verteilung von Anteilscheinen dieser Investmentfonds an die erwachsene Bevölkerung soll eine gleichmäßige Verteilung des ehemaligen volksdemokratischen Wirtschaftsvermögens erreicht werden. Die UP will diese Privatisierung erst einmal mit 200 Unternehmen erproben, um zu sehen, ob diese Art der Übergabe der Bevölkerung wirklich zugute kommt. Auch die übrigen Unternehmen will die UP nicht so schnell privatisieren wie bisher und die Privatisierung mehr vom Markt abhängig machen.

Ein anderer Streitpunkt ist das Verhältnis zur Volksrepublik. Ein Teil der UP machte eine Koalition mit dem SLD davon abhängig, inwieweit aus der Vergangenheit belastete Mitglieder der PZPR Ministerposten übernehmen. Auch grundsätzlich traut dieser Teil nicht uneingeschränkt dem Wandel der PZPR zur sozialdemokratischen SdRP. So warnte einer ihrer bekanntesten Personen, Aleksander Malachowski: „Oleky und Kwasniewski (der Vorsitzende der SdRP) sind klug und sympathisch, aber hinter ihnen stehen die alten Apparatschiks, die Revanche fordern.“ (Zygie Warszawy vom 13. 10. 1993)

Verabschiedung einer neuen Verfassung

Die neben der Wirtschafts- und Sozialfrage wichtigste Aufgabe des neuen Sejms ist nach der vor der Wahl verkün-

Die ersten Ergebnisse der Wahlen in Polen waren gerade bekannt, und sofort begann die Interpretation in der deutschen Öffentlichkeit. Was bedeutet der Sieg der „Linken“ für Polen und seine westliche Orientierung? Daß dabei oberflächlich und falsch die PSL als „linke“ Partei eingestuft wurde, sei nur am Rande vermerkt. Zwei Themen erschienen vor allem wichtig: Warum gab es eine so deutliche Absage an die bisherigen marktwirtschafts- und europatreuen Regierungsparteien und was wird mit dem polnischen Transformationsprozeß von der Kommandowirtschaft zur freien Marktwirtschaft?

Die Schwierigkeiten des Transformationsprozesses mit seinen sozialen Auswirkungen auf Millionen Menschen werden allgemein als der entscheidende Grund für das Wahlergebnis akzeptiert. Doch dabei sieht man diese Auswirkungen als notwendig und unvermeidbar an. „Armut und Elend (...) können zu den wahren Gefahren der Reformen werden“, so in ihrem Kommentar Karin Tomalla (*Das Parlament* vom 1. 10. 1993). Auffällig ist, daß man überhaupt nicht die Mitverantwortung der westlichen Staaten für diese Auswirkungen sehen will oder sogar zynisch darüber hinwegsieht. So stellt die *Süddeutsche*

Zeitung (21.9.1991) bezüglich der polnischen Landwirtschaft einfach fest: „Der Konkurrenz mit der EG ist sie nicht gewachsen.“ Selbstverständlich ist sie der hoch subventionierten Marktwirtschaft der EG nicht gewachsen, vor allem dann nicht, wenn die Weltbank — und in ihr hat der „zivilisierte“ Westen das Sagen — gleichzeitig Polen einen Staatshaushalt vorschreibt, der einen Subventionsausgleich für die polnischen Bäuerinnen und Bauern gar nicht zuläßt.

Von den vollmundigen Ankündigungen westlicher Staaten, Polen beim Transformationsprozeß helfen zu wollen, sind nicht viele umgesetzt worden. Diese wurden noch durch vertragswidrige Restriktionen gegen polnische Produkte, z.B. als man im Frühjahr und Sommer dieses Jahres polnisches Schweinefleisch mit einem Einfuhrverbot in die EG für drei Monate belegte, faktisch teilweise zurückgenommen. Einen angekündigten Ausgleich für die Verluste durch den Wirtschaftsboykott gegen den Irak hat Polen von den reichen Ländern bis heute nicht erhalten usw. So ist es auch kein Wunder, daß die konservative *Rzeczpospolita* (1. 10. 1993) über ein Interview des ersten nichtsozialistischen Ministerpräsidenten nach 1945, Tadeusz Mazowiecki, mit der französi-

schen Zeitung *Le Figaro* unter der Überschrift: „Europa wollte die Veränderungen in Polen nicht stützen“ berichtet. Der Minister für die Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ausland aus der letzten Regierung vor der Wahl 1993, Andrzej Arendarski, hofft in einem

Wahlbetrachtungen in Deutschland

Genau getroffen und voll daneben

Kommentar zur Wahl für die polnische Wochenzeitung *Wprost* (3. 10. 1993): „Möglich, daß der Westen (aus dem Ärger der polnischen Bevölkerung über seine Maßnahmen gegen Polen, d.V.) in der nächsten Zeit für Polen günstige Schlußfolgerungen zieht.“

Darüber aber wird in der deutschen Presse nicht diskutiert, darüber sieht man feige hinweg. So ist es denn auch

kein Wunder, daß fast 50 % der Wahlberechtigten in Polen an den Wahlen nicht teilgenommen haben, aber diese in den Wahlbetrachtungen praktisch nicht vorkommen. Sehr viele Menschen verweigerten die Wahlteilnahme deshalb, weil sie der Meinung waren, daß es gleichgültig sei, wer regiert, denn der Spielraum für jede Regierung sei aufgrund der finanziellen Abhängigkeiten von der westlichen Welt sowie den Vorgaben von Internationalem Währungsfond und Weltbank gleich Null. Wer will denn ernsthaft eine Berechtigung der Wahlverweigerung mit dieser Argumentation verneinen? Nein, Polen braucht jetzt keine Diskussion in Deutschland, ob denn nun eine „linke“ Regierung mit Präsident Walesa zurecht kommt oder nicht oder inwieweit eine „linke“ Regierung die Reformen zur Marktwirtschaft verzögert. Auch nicht, wie es in der *Die Zeit* geschieht, ob mit der Regierungsübernahme durch das „postkommunistische Bündnis“ endgültig das Ende der „Kommune“ eingeläutet würde (Helga Hirsch, 24. 9. 1993).

Notwendig ist eine Diskussion, was von deutscher Seite getan werden kann und muß, um der polnischen Gesellschaft dabei zu helfen, sich den notwendigen finanziellen Spielraum zu ver-

schaffen, damit sie selbstbestimmt ihren Weg finden kann. Dazu gehört sicherlich zumindestens ein weiteres Aussetzen der Schuldenrückzahlung bei gleichzeitigem Zinsstopp. Meiner Meinung nach ist aber nicht nur ein vorübergehender Rückzahlungsstopp, sondern die Streichung der Schulden sowohl moralisch wie wirtschaftlich gerechtfertigt. Es nützt der polnischen Gesellschaft doch nichts, wenn sie zwar durch vorübergehenden Rückzahlungsstopp kollektiv die Möglichkeit erhält, Kapital zu akkumulieren, aber dann, wenn sie das getan hat, damit die durch „Ruhen“ sich immens vermehrten Schulden zurückzahlen muß. Weiter müssen beispielsweise die Rücknahme der immer noch vorhandenen Importbeschränkungen für polnische Waren auf den europäischen und damit deutschen Markt gefördert werden. Ein wichtiges Thema ist auch die Diskussion über die Politik des IWF und der Weltbank, die mit ihren Forderungen nach Drosselung der öffentlichen Ausgaben zu katastrophalen Zuständen im Bildungs- und Gesundheitswesen beigetragen haben. Aber diese heißen Eisen faßt die deutsche Presse nicht an. Sie flüchtet sich lieber in objektive Diskussionen über polnische Verhältnisse ... — (Wulf Schade)

„Ich trete hier auf als Zeitzeugin“

Vera Pickowa aus Prag spricht in München

den Auffassung fast aller kandidierenden Parteien die Verabschiedung einer neuen Verfassung. Heute gilt die „Kleine Verfassung“, die in der letzten Sejmperiode verabschiedet wurde und fast nur das Verhältnis von Parlament, Präsident und Regierung untereinander regelt. Die übrigen Bereiche werden laut „Kleiner Verfassung“ von Paragraphen der alten außer Kraft gesetzten verfassungsmäßigen Verfassung geregelt. In der „Kleinen Verfassung“ hat der Präsident eine relativ starke Position. Bei der Ernennung des Premiers stehen ihm weitgehende Rechte zu, und er muß bei der Besetzung der Außen-, Innen- und Verteidigungsminister konsultiert werden.

Der Präsident legt die allgemeine Richtung der Außenpolitik wie auch der Sicherheitspolitik fest, er ist der oberste Befehlshaber der Armee im Verteidigungsfall. Gegen neu verabschiedete Gesetze kann er ohne Gegenzeichnung ein Veto einlegen. Weiter hat der Präsident das Recht, den Sejm aufzulösen, wenn dieser nicht innerhalb von sechs Monaten eine Regierung benennt und das Budget verabschiedet.

SLP- und UP-Positionen zur Verfassung

SLD und UP haben bezüglich einer neuen Verfassung weitgehend gemeinsame Auffassungen, die sich auch mit der zweiten Regierungspartei, der PSL decken (die UP arbeitete den Verfassungsentwurf der PSL mit dieser gemeinsam aus).

Wichtig ist einmal die Ablehnung eines starken Präsidentenamtes, was dagegen die rechten Parteien und der jetzige Präsident Walesa fordern. Dieses soll in Zukunft eine rein repräsentative Aufgabe ähnlich dem der Bundesrepublik Deutschland haben. Regierung und Minister sollen allein vom Parlament bestimmt werden. Die Zweite Kammer des Parlaments, der Senat, soll abgeschafft werden.

Bezüglich des Wirtschafts- und Sozialsystems fordern SLD und UP in ihren Verfassungsentwürfen eine soziale Marktwirtschaft, in der das Recht auf Wohnung, Arbeit, kostenlose Bildung und Ausbildung auf allen Ebenen sowie auf kostenlose Gesundheitsfürsorge festgeschrieben wird. „Jeder kann seine Rechte, die sich aus der Verfassung ergeben, vor einem unabhängigen Gesetz einklagen“, heißt es im Verfassungsentwurf des SLD (Polityka Nr. 41 vom 9.10.1993, S. 9).

In allen Betrieben sollen die Arbeitnehmervertreter an der Lenkung teilnehmen, auch in den privaten. Neben Staats- und Genossenschaftseigentum soll das Privateigentum als Eigentumsform festgeschrieben werden. Einschränkungen bezüglich des Eigentumsrechtes sind dort erlaubt, wo sie im öffentlichen Interesse liegen. So soll dem uneingeschränkte Verkauf von Grund und Boden ein Riegel vorgeschoben werden. „Ein Gesetz kann festlegen, welche Güter und welche Bereiche we-

gen seines öffentlichen Interesses sich ausschließlich im Besitz des Staates befinden dürfen“, so wurde es im Verfassungsentwurf des SLD formuliert (Polityka Nr. 41 vom 9.10.1993, S. 9). Darüber hinaus schlägt der SLD eine „Landeswirtschafts- und -arbeitskammer“ bestehend aus Vertretern und Vertreterinnen von Arbeit, Kapital und Staat vor, um deren Zusammenarbeit im Interesse des Landes zu sichern.

Auf der rechtsstaatlichen Ebene will die UP mögliche staatliche Gesetzeswillkür durch die Festschreibung einer höheren Wertigkeit internationalen Rechts über nationales Recht verhindern. Weiter wollen SLD und UP die in der ersten Hälfte dieses Jahres eingeschränkte Unabhängigkeit von Richtern und Richtern wieder einführen. Zur Zeit kann die Justizministerin unter bestimmten Umständen Richter und Richterinnen abberufen.

Die Opposition

Wenn die UP den Koalitionsvertrag auch nicht unterschrieben hat, so erklärte sie, trotzdem die SLD/PSL-Regierung dort zu unterstützen, wo diese die auch mit ihr ausgehandelten Koalitionspunkte umsetzt. Insofern wird die UP eine kritische Unterstützerin der Regierung sein.

Die Demokratische Union (UD) ist als einzige Partei der letzten Regierung vor der Wahl im neuen Sejm vertreten. Alle übrigen Parteien scheiterten an der Sperrklausel von 5 % bzw. 8 % (für Koalitionen). Wie auch in der Vergangenheit wird die UD nicht prinzipiell oppositionell sein, sondern die Regierung dort unterstützen, wo sie eine der UD genehme Politik umsetzt. Dies wird möglicherweise bei der Fortsetzung der Privatisierung geschehen. Die konservative Fraktion in der vor zwei Jahren noch eher sozialliberalen UD ist bestrebt, aus UD, dem wirtschaftsliberalen Liberaldemokratischen Kongress (KLD) und einigen konservativen Parteien eine gemeinsame Partei zu bilden. Damit würde sich das Gewicht in der UD eindeutig hin zum Konservatismus verlagern. Sie würde dann zu einer konsequent westeuropäisch orientierten, konservativen Partei.

Der Block der Parteilosen zur Unterstützung der Reformen (BBWR) sieht sich als einzige mittlere Kraft im neuen Parlament. Da er aber trotz der massiven Unterstützung durch Präsident Walesa nur knapp über 5 % der Stimmen erhalten hat, sieht er seine Möglichkeiten als sehr begrenzt an.

Ähnlich sieht sich die rechtsnationale Konföderation für die nationale Unabhängigkeit (KPN).

In den sich außerhalb des Parlaments befindenden rechten Parteien gibt es Bestrebungen, gemeinsame Wahllisten für die 1994 stattfindenden Kommunalwahlen zu bilden. Örtlich gibt es bereits erste Zusammenschlüsse. Man wird sehen, inwieweit stabilen Zusammenschlüssen die persönlichen Ambitionen und Eifersüchteleien der bisherigen Führer entgegenstehen. — (Wulf Schade)

Liebe Freunde und Gleichgesinnte! München, seit jeher für uns die Stadt der Künstler, wo unsere besten Maler studierten, ist seit 55 Jahren für uns ein schicksalsschwerer Begriff geworden durch das Münchner Abkommen und den Münchner Verrat, den unsere Verbündeten an uns begangen haben. In der letzten Zeit wird bei uns München, auch mit den Sudetendeutschen Landsmannschaften assoziiert, die immer unverschämtere Ansprüche an unser Land und Volk stellen, so daß für unsere Bürger „Sudetendeutscher“ zum Begriff für den Deutschen wird. Es macht uns, die wissen, daß es nicht so ist, große Mühe, ihnen klarzulegen, daß es in Deutschland — und sogar im berüchtigten München — Leute gibt, und auch junge Leute, die gegen großdeutsche Expansion und für wahre gleichberechtigte Freundschaft der Völker und Frieden auftraten. Die Brücke zwischen uns zu bauen, auch darin sehe ich den Zweck dieser Veranstaltung.

Ich trete hier auf als Zeitzeugin, die vor 55 Jahren das schmutzige Spiel um meine Heimat, mein Volk und mich persönlich erlebte, jung wie die Veranstalter dieser Versammlung.

Was im Reich nach 1933 vorging, erfuhren wir schon von den ersten Flüchtlingen, die in meiner Heimat Asyl suchten und bekamen; etliche von ihnen erreichte aber auch hier der lange Arm nazistischer Meuchelmörder. Nach der weiteren Entwicklung in Nazi-Deutschland samt Hitlers Drohungen und nach dem Anschluß Österreichs wurde uns klar, was uns blüht. Insbesondere als sich im Mai 1938 die Morde und Überfälle auf die tschechischen Bürger im Grenzgebiet mehrten und sich an den deutschen Grenzen die Truppen zu sammeln begannen. Am 21. Mai wurde also eine Teilmobilisierung erklärt, wobei sich die ersten Deserteure fanden: die Nichtmobilisierten flüchteten aus den Kasernen, um sich den mobilisierten Kameraden anzuschließen. Die blutjungen Abiturienten meldeten sich direkt von der Schule als Freiwillige, um die Heimat zu verteidigen. Diesen kampflustigen Elan mußte Hitler wahrnehmen und einsehen, daß in diesem Falle die österreichische Variante nicht anzuwenden war. Er suchte daher einen anderen Weg.

Wenngleich erfolglos, wurde dieser Versuch doch zur ersten Warnung für uns. Die ärmsten unter den Arbeitern — die Bergleute von Ostrava — schickten der Regierung Groschen von ihrem dürftigen Lohn, „um Waffen zu kaufen“, so daß schließlich ein Konto „Fonds für die Verteidigung der Republik“ eingerichtet wurde. (Ich habe bis heute die Bestätigung für eine kleine Summe, die ich als junges Mädchen

schicken konnte.) Es wurden Leute in Zivilverteidigung und Erster Hilfe geschult usw. Den Hitlerschen Drohungen gegenüber bereiteten sich die einfachen Leute darauf vor, ihre Heimat zu verteidigen.

Anders sahen es aber unsere westlichen Verbündeten England und Frankreich. Sie schickten uns Lord Runciman als Friedensstifter. Den Deutschen im Grenzgebiet, die Jahrhunderte mit Tschechen zusammengelebt, zusammengearbeitet, gemeinsam gestreikt und einander geheiratet hatten, wurde nämlich sturer Nationalismus von Hitlers Emissären Frank und Henlein eingeimpft, damit sie die „Rückkehr heim ins Reich“ verlangten — natürlich samt dem Land, in dem sie lebten. Der engli-

Am 29. September 1933 fand im Münchner Gewerkschaftshaus eine Veranstaltung zum 55. Jahrestag des Münchner Abkommens statt. Mit dem Münchner Abkommen segneten Frankreich und Großbritannien 1938 die von Hitler-Deutschland vollzogene Annexion eines Teils der Tschechoslowakei, des Sudetenlandes. An dieses Ereignis wollte der Veranstalter, der Studentische Sprecherrat der Universität München, erinnern. Es sprach unter anderem Vera Pickowa aus Prag, deren Rede wir hier leicht gekürzt dokumentieren.

sche „Friedensstifter“ nahm unverhohlen Hitlers Partei und machte Druck auf unsere Regierung, solchen Forderungen nachzugeben. Dasselbe empfahl er der britischen Regierung.

So fand Berlin das Klima günstig für den sudetendeutschen Putsch, der mit seiner Unterstützung in der Nacht auf den 13. September ausbrach. Es wurden bewaffnete sudetendeutsche Freikorps gestellt für die Terrorakte und Diversionen im tschechischen Grenzgebiet; die Befehle kamen „direkt vom Führer“. Es wurden 300 Diversionsakte durchgeführt, und 110 Tschechen und fortschrittliche Deutsche wurden ermordet, 2000 ins „Reich“ verschleppt.

Mit dem Hinweis auf „Unruhen im Sudetenland“ verlangte daraufhin der „Führer“ am 15. September vom britischen Premierminister die Abtretung dieser Gebiete ans Reich. Zwei Tage später befürwortete es auch Runciman. Nach weiteren zwei Tagen machten die britische und die französische Regierung Druck auf unseren Präsidenten, es „im Interesse des Weltfriedens und der Tschechoslowakei selbst“ zu tun. Der will aber nicht horchen, ihre Hilfe bietet auch Moskau an — da wird der Präsident in der Nacht vom 21. September von den Vertretern beider Verbündeten mit der Drohung aus dem Bett geholt, falls dem Hitler nicht entgegengekommen werde, würden die Verbündeten gegen die Tschechoslowakei an Hitlers Seite eingreifen. Nach diesem Ultimatum gab der Präsident nach.

Dies war der letzte Tropfen. Am Prager Wenzelsplatz sammelten sich nach dieser Nachricht die Studenten, um zu protestieren und ihren Willen, ihr Land zu verteidigen, zu demonstrieren. In Kürze gesellten sich ihnen Tausende und Abertausende Bürger hinzu ... Aber erst am 23. September, als die zahlreichen Demonstrationen im ganzen Land mit dem Generalstreik drohten, gab die Regierung nach und gab die allgemeine Mobilisierung bekannt ... hatten nämlich „unsere Verbündeten“ mitsamt Hitler und Mussolini am 29. September hier in München das schändliche Abkommen unterzeichnet. Dieses wurde dem im Hause, nicht aber im Verhandlungssaal, anwesenden tschechoslowakischen Vertreter bloß mitgeteilt mitsamt der Belehrung, es sei endgültig und ohne Widerspruch anzunehmen. Somit wurde meine Heimat an Händen und Beinen gefesselt Hitler preisgegeben.

Das Abkommen riß aus ihrem lebendigen Körper ein Drittel. Es wurden dem Reich als deutsche auch Gemeinden zugefügt, wo die überwiegende Mehrheit Tschechen waren. So das Dorf Cotkytle in Mähren, wo 1397 Tschechen und bloß drei Deutsche wohnten. Dieses Dorf

wurde schon am 30. September, als die Unterschriften auf dem Abkommen kaum trocken geworden waren, von deutschen Truppen besetzt. Aber wie das Denkmal der gefallenen Widerstandskämpfer in der Nähe dieses Dorfes bezeugt, trotzte das Dorf mitsamt der Umgebung den Nazis schon ab Frühherbst 1938, also noch vor der Nazibesetzung meiner Heimat, die am 15. März 1939 folgte.

Über eine Million Tschechen mußten ihre alte Heimat im Grenzgebiet verlassen, mit Hab und Gut auf Schubkarren, manchmal auch ohne, nur um das nackte Leben zu retten. Die erste „Vertreibung aus den Sudeten“ fand also schon ab 30. September 1938 statt, und es gab dabei Verwundete und auch Tote — natürlich auf der tschechischen Seite.

Obzwar man in England und Frankreich jubelte, daß dank der Preisgabe der Tschechoslowakei der Frieden gerettet worden sei, sahen wir einfachen Leute daheim das anders. Wir wußten, daß in München über das weitere Schicksal eines jeden von uns entschieden wurde, und zogen daraus Schlußfolgerungen. Es gab Leute, insbesondere die Reichen, die damit gar nicht unzufrieden waren. So der Agrarpolitiker Zedien, der auf seine Geldbörse zeigend sagte: „Wenn die Bolschewiken kämen, würden sie sie mir nehmen, wenn aber Hitler kommt, der läßt sie mir.“

Andere fügten sich dem Geschehenen. Ich selbst trat in die Kommunistische Partei ein, die sich in diesen Tagen auf die Illegalität und den Widerstand vorbereitete. In ihrem Auftrag wirkte ich in der Jugend. Mein Vater, Oberstleutnant der verratenen tschechoslowakischen Armee, fing an, den Weg zu den potentiellen Mitkämpfern gegen Hitler zu suchen, und fand ihn.

Beide wurden wir im Februar 1940 verhaftet, ich wurde ins KZ und mein Vater mit der Bemerkung „RU“ — „Rückkehr unerwünscht“ — ins Zuchthaus geschickt. Beide haben wir — was nicht so oft vorkam — überlebt. Und beide haben wir die Aussiedelung der Sudetendeutschen nicht als Rache, sondern als Aussiedelung der nachweislich fünften Kolonne bejagt ...

Während der regelrechten und unter Aufsicht der Siegermächte durchgeführten Aussiedelung der Sudetendeutschen wurde aber keinesfalls nach dem Prinzip der Kollektivschuld gehandelt. Z.B. mein Mann, aus dem „Sudetenland“ stammend, machte mich bekannt mit seinem ehemaligen Mitschüler von der deutschen Schule ... der bei uns bleiben durfte, da er ... sich nie an unsren Leuten vergrißen hatte. Sogar ein Aufseher vom KZ Theresienstadt unterlag der Aussiedelung nicht, da er sich anständig benommen und Häftlingen geholfen hatte.

Ich, mein Vater und mein jüdischer Mann, dessen ganze Familie von Nazis ermordet wurde, haben ebenso wie unsere Freunde schon in der Illegalität, in Gefängnissen und Lagern fabelhafte deutsche Mitkämpfer kennengelernt und wissen deswegen zwischen Deutschen gut zu unterscheiden. Deswegen bin ich ja auch hier, in der Hoffnung, daß ihr, die ihr jünger seid als ich, alles dafür tun werdet, um nicht im nächsten Jahrtausend wie heute ich als Zeitzeugen des Bösen aufzutreten, sondern als Zeitzeugen des Brückenbaus zwischen den anständigen Leuten der Welt, Kämpfern gegen den dem deutschen Volke künstlich eingeimpften Rassenhaß, für Frieden und Freundschaft, damit München wieder die weltberühmte Stadt der Kunst sein wird und in seinen Brauereien bloß gekühltes Helles und Dunkles ausgeschenkt wird, keinesfalls aber Verschwörungen gegen Menschheit und Menschlichkeit ausgeheckt werden.

Dafür will ich den Rest meines Lebens wie die 55 vorigen Jahre mitkämpfen, auch mit euch — die ihr auf der anderen Seite der Grenze, aber auf derselben Seite der Barrikade steht.

Der Artikel wurde uns von der Redaktion der KAZ — Kommunistische Arbeiterzeitung — zur Verfügung gestellt. Eine Broschüre mit allen Reden ist erhältlich beim AStA der Geschwister-Scholl-Universität, Leopoldstr. 15, 80802 München.



Wahlergebnisse: 43. Sudetendeutscher Tag in München, 7.6.92.

Foto: argum

Die Wiederherstellung eines großen Deutschlands findet auf Kosten von Flüchtlingen, auf Kosten der „anderen“, der Schwachen, der Armen und auf Kosten von Frauen statt. Deswegen rufen wir auf zu einem

Frauenstreik!

Damit wollen wir gegen den Abbau von Grundrechten, gegen den Abbau von Sozialleistungen und die wachsende Armut von Frauen, gegen die Zurückdrängung bereits erreichter Frauenrechte, gegen die Zerstörung der Umwelt und gegen die Vorbereitung deutscher Kriegsbeteiligungen protestieren. (...)

Frauen werden die Hausarbeit niederlegen; betriebliche Aktionen bis hin zum Streik durchführen; nicht einkaufen (Kaufstreik); nicht mehr höflich lächeln; nicht nett sein; keinen Kaffee kochen und die Kinder den Männern mit auf die Arbeit geben. Auffällig und frech werden wir unsere Gemeinsamkeit und unsere Solidarität bekunden.

Wir nehmen es nicht mehr hin, daß Frauenlöhne immer noch um dreißig Prozent unter denen der Männer liegen, wir wehren uns gegen Männerseilschaften, an denen der Aufstieg von Frauen in gut bezahlte Positionen scheitert. Die geheime Parole „Männer gehen vor“ hat dazu geführt, daß in

den neuen Bundesländern vor allem Frauen von den Arbeitsplätzen verdrängt wurden. Nun ist zu befürchten, daß Frauen auch noch den Preis für den EG-Binnenmarkt bezahlen müssen. Mehrere hunderttausend Frauenarbeitsplätze werden in den nächsten Jahren allein in Deutschland abgebaut werden.

Jetzt ist Schluß!

Schluß mit der Gewalt, Schluß mit der Demütigung. Im Krieg wird die Vergewaltigung als Waffe benutzt. Innerhalb

Aufruf zum Frauenstreik 1994

der Ehe ist sie in Deutschland immer noch nicht verboten. Den Kampf der Männer um den Erhalt ihrer Vorherrschaft, durch Anmache und sexuelle Übergriffe, erfahren Frauen täglich und hautnah.

Uns reicht's!

Wir wollen die Teilhabe an allen gesellschaftlichen Entscheidungen entsprechend unserem zahlenmäßigen Anteil an der Bevölkerung. Wir wollen die gleichmäßige Verteilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit unter Frauen und Männern und eine ei-

genständige Existenzsicherung für jede erwachsene Person. Wir fordern die Gleichberechtigung aller Lebensformen: allein, in Gemeinschaft, heterosexuell oder lesbisch. Eine Bevorzugung der Ehe durch den Staat lehnen wir ab. Jede Frau muß selbst ohne jede staatliche und ärztliche Bevormundung entscheiden können, ob sie eine Schwangerschaft austrägt oder nicht.

Wir wollen, daß Immigrantinnen und Immigrantinnen, Flüchtlinge, nichtweiße Deutsche, Sinti und Roma, Jüdinnen und Juden gleichberechtigt, angestrichelt und sicher hier leben können. Die Pläne der Bundesregierung, bundesdeutsche Truppen an Kriegen teilnehmen zu lassen, lehnen wir ab und werden die uns nahestehenden Männer dabei unterstützen, den Kriegsdienst zu verweigern oder zu desertieren.

Wir kündigen den patriarchalen Konsens und beginnen mit einem Warnstreik.

Wir rufen alle Frauen auf, sich mit eigenen Ideen zu Aktionen und Diskussionen an dem Streik zu beteiligen...

Bisher gibt es zwei Koordinationsstellen: Das Streikkomitee Köln-Bonn, c/o „Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis“, Niederstr. 6, 50668 Köln; Tel.-Kontakt c/o (0228) 167609 und das Büro des Unabhängigen Frauenverbandes (UFV), Tel.: (030) 2291753. Spenden: Konto-Nr. 63 063 069, Helene Reuther, Stadtparkasse Köln, BLZ 370 501 98, Stichwort „Frauenstreik“.

Freiburg

Stephan Waldberg ein Jahr in Haft

Am 23. 10. 93 hat Stephan Waldberg, der wegen „Unterstützung der PKK“ verurteilte Mitarbeiter von Radio Dreyeckland, das erste Jahr in türkischen Gefängnissen verbracht. Konkrete Termine für eine Freilassung sind nicht bekannt, obwohl Bundeskanzler Kohl bei seinem letzten Türkei-Besuch den Eindruck erweckt hat, es gäbe eine Absprache zwischen Staatspräsident Demirel und ihm bezüglich einer Lösung.



Stephan Waldberg

Angekündigte Gespräche mit „Experten“ beider Seiten haben in der Zwischenzeit jedoch stattgefunden und als Ergebnis offenbar den Weg über eine Begnadigung, die sich im legalen Rahmen der türkischen Verfassung bewegt, festgelegt. Stephan ist inzwischen von einem Amtsarzt des deutschen Außenministeriums und einem türkischen Vertrauensarzt auf seinen gesundheitlichen Allgemeinzustand und die Auswirkungen der Haftsituation untersucht worden. Als Ergebnis liegt ein medizinisches Gutachten vor, das als Basis für ein Begnadigungsersuchen dient.

Dieses formalrechtliche Gnadengesuch, das sich auf den Paragraph 104 der türkischen Verfassung stützt und sich an den türkischen Staatspräsidenten Demirel richtet, ist inzwischen nach Absprachen vom deutschen Außenministerium und Stephens Familie vom Rechtsanwalt in Buca eingereicht worden. Als nächster Schritt in der Entwicklung ist die erneute Untersuchung von Stephan durch türkische Ärzte des gerichtsmedizinischen Instituts von Istanbul vorgesehen.

Außer dieser angekündigten Untersuchung liegt von türkischer Seite aus jedoch keine Reaktion auf das gestellte Ersuchen vor. Bei dem vor kurzen erfolgten Besuch der türkischen Ministerpräsidentin Tansu Ciller hat sie sich, auf das Thema angesprochen, nicht geäußert. Die Frage eines Journalisten in der Pressekonzferenz wurde mit dem Verweis auf die Rechtsstaatlichkeit der türkischen Justiz und deren Unabhängigkeit abgetan, der offene Brief der Familie wurde erst gar nicht beantwortet. Als ein Ergebnis des Besuchs kann der Brief des Außenministers Kinkel an die Mutter von Stephan gewertet werden. Darin bestätigt er ihr Gespräche mit dem türkischen Außenminister Cetin während des Ciller-Besuchs, bei dem Lösungsmöglichkeiten diskutiert wurden. Konkrete Zusagen sind darin jedoch nicht erhalten. Die Bemühungen des deutschen Außenministeriums, die Freilassung von Stephan zu erwirken, konzentrieren sich im Moment ausschließlich auf eine Be-

gnadigung. Solange jedoch keine definitive Antwort von der türkischen Seite auf das Gesuch vorliegt, müssen alle Aussagen auf Termine für eine Entscheidung als spekulativ gelten und gerade aus den Erfahrungen der bisherigen Entwicklung äußerst skeptisch betrachtet werden. Stephens Mutter wird im Ende Oktober erneut besuchen, um mit ihm und seinem Rechtsanwalt den Sachverhalt und das weitere Vorgehen zu besprechen.

— (arb, aus: Antifaschistische Nachrichten Waldkirch, leicht gekürzt)

Heilbronn

Minister Schäfer im Regen

Durch kleinräumige Maßnahmen der Produktions- und Verkehrsbeschränkung wollte der baden-württembergische Umweltminister Schäfer der Entstehung des giftigen, bodennahen Ozons entgegenwirken. Mit einem Großversuch in Heilbronn sollte Wirksamkeit nachgewiesen werden. Das Wetter hat den dezent aufmüpfigen sozialdemokratischen Umweltminister buchstäblich im Regen stehen lassen.

Fünf Versuchstermine scheiterten an fehlendem Hochdruck. Ob es im nächsten Jahr zu einem erneuten Anlauf kommt, gilt als fraglich. Die Autolobby, gefolgt von Industrie und Kaufleuten (IHK) arbeiten mit Hochdruck an der Absage des Versuchs.

Auf der politischen Ebene hat der ehemalige Staatssekretär und CDU-MdL Mühlbeyer die Rolle des Wadenbeißers übernommen, da die Heilbronner CDU-Gemeinderäte den Versuch befürworteten und bekanntlich die große Koalition in Stuttgart gewisse Rücksichtnahmen erzwingt. So wird auch Minister Schäfer nicht müde, immer wieder auf die Rück-

Frauen sagen NEIN!

Beschlossen wurde der Streik auf dem 5. Kongreß des Unabhängigen Frauenverbandes UFV in Berlin. Damit wurden auch drei Jahre Sprach- und Handlungsunfähigkeit der Ost-West-Feministinnen untereinander sowie nach außen beendet.

Die Initialzündung für diese Entscheidung war das Urteil zum § 218, für DDR-Frauen eine zusätzliche Verschlechterung, die im Zuge der „deutschen Einheit“ zu verzeichnen war.

Nach der Übernahme der DDR findet für Ost-Frauen eine Umstrukturierung der gesamten Lebensrealität statt. Dies bedeutet Herausdrängen aus dem Erwerbsbereich, verbunden mit dem Abbau sozialer Strukturen, die gerade Müttern ermöglichte, ohne „Rabenmutter“-Schuldgefühle berufstätig zu sein, da die Betreuung der Kinder gesellschaftlich gewährleistet war. So ist es eine völlige Umstellung für Ost-Frauen, wenn sie individuell die Frage der Kinderbetreuung regeln müssen, was für West-Frauen bereits immer Realität war.

Ebenso gehört für West-Frauen die Erwerbslosigkeit zum Bestandteil der Lebensplanung, damit verbunden auch die zumindest zeitweise ökonomische Abhängigkeit vom Mann. Das Patriarchat westdeutscher Prägung ist für Ost-Frauen ein Rückschritt in der Emanzipation, da ökonomische Unabhängigkeit vom Mann dafür die Grundvoraussetzung ist.

Dieses Zurückdrängen an Heim und Herd bedeutet die Verstärkung patriarchaler Kleinfamilienstruktur, verbunden mit finanzieller Abhängigkeit. Diese hat für Frauen immer besondere Konsequenzen. Das Thema Gewalt in der Ehe ist eines davon, wie August Bebel bereits 1909 feststellte, „unabhängig von der Frage, ob die Frau als Proletarin unterdrückt ist“, „ist sie in der Welt des Privateigentums als Geschlechtswesen einem System von Unterdrückungen ausgesetzt“, ebenso wie Clara Zetkin auf dem Arbeiterkongreß in Paris 1889 feststellte, „auf der ökonomischen Abhängigkeit oder Unabhängigkeit beruht die soziale Sklaverei oder Freiheit; ohne wirtschaftliche Abhängigkeit gibt es keinen Grund mehr für die soziale Abhängigkeit vom Mann.“²

Ebenso ist eine neue Erfahrung für Ost-Frauen die Alltäglichkeit der sexistischen Gesellschaft. Diese reicht von Sprache, Werbung, physischer und psychischer Gewalt im Alltag, auch sexueller Belästigung am Arbeitsplatz bis zur extremsten Form patriarchaler Gewalt — sexueller Gewalt gegen Kinder, sei es in der Familie oder durch Kinderprostitution. Ost-Frauen erleben in besonders deutlicher Fassung das Siegesmodell der Marktwirtschaft, welches nach dem Wegfall der Systemkonkurrenz Sozialismus ungehemmt ArbeitnehmerInnen- und Sozialrechte abbaut, und dies ist nicht nur in der BRD zu beobachten, sondern die Entwicklung einer europäischen Supermacht läßt nur das Schlimm-

ste befürchten. So wurde das absolute Abtreibungsverbot in der irischen Verfassung akzeptiert, um die Zustimmung der irischen Regierung zu den Maastrichter Verträgen zu erkaufen. (Siehe auch Anmerkung 3).

Zu den vielen Beispielen, welche feministischen Widerstand notwendig machen, gehört auch die Migrations- und Flüchtlingspolitik.

Der Frauenstreik richtet sich auch gegen Rassismus und Antisemitismus sowie gegen die Beteiligung bundesdeutscher Truppen an Kriegen bzw. einer Militarisierung der BRD, um die ökonomische und politische Vormachtstellung Deutschlands in Europa auszubauen und weltweit Zugang zu Märkten und Rohstoffen zu verschaffen.

Ausbeutung weltweit, von Menschen und Ressourcen, dies ist für Frauen eine Situation besonderer Unterdrückung und Ausbeutung. Zum einen sind sie,

Hamburger Frauenwoche

Es gab zwei Veranstaltungen zum Frauenstreik am 8. März 1994, dem internationalen Frauentag. Die erste war eine Podiumsdiskussion: Frauenstreik — was dann? Teilnehmerinnen waren Frauen vom Streikkomitee Hamburg sowie Vertreterinnen des Streikkomitees Berlin. Einige Tage danach gab es eine Ideenwerkstatt, veranstaltet von der Frauengruppe des Medienpädagogischen Zentrums. Hier wurde auch der Film *Wenn Frauen wollen, kommt alles ins Rollen über der Streik der Schweizerinnen* gezeigt. Dieser löste bei den anwesenden Frauen einiges an Euphorie aus, und die anschließende Diskussion und Sammlung von Ideen war sehr produktiv und läßt begründeten Optimismus zu, was die Umsetzung des Frauenstreiks in HH anbelangt.

besonders in der „3. Welt“, durch ihre ökonomische Situation bedingt, gezwungen, den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien durch Prostitution zu verdienen. An dieser Form der Ausbeutung beteiligen sich in erster Linie weiße Männer aus den sogenannten „reichen“ Ländern dieser Welt, wozu zweifellos die BRD gehört. Allerdings ein Reichtum, der auf der Ausbeutung des Trikonts beruht. Ebenso auf der Ausbeutung von Frauen, denn „Frauen leisten weltweit zwei Drittel der gesellschaftlichen Arbeit, erhalten aber nur ein Zehntel des Welteinkommens und weniger als ein Hundertstel des Weltvermögens“ (United Nations Report, 1980).

Ebenso findet weltweit die sexuelle Ausbeutung von Kindern in einem Ausmaß und einer Brutalität statt, die nur als Krieg bezeichnet werden kann.

Angesichts der politischen Realitäten ist Widerstand mehr als überfällig, politische Repressionen, ökonomische Verschlechterungen, Verengung des Arbeitsmarktes und der Qualifikationsmöglichkeiten für Frauen und die zunehmende Diskriminierung alternativer Le-

bensweisen machen dies auch für die Frauenbewegung notwendig.

Die Idee des Frauenstreiks wurde bereits in anderen Ländern umgesetzt. 1975, im internationalen Jahr der Frau, gab es einen Frauenstreik in Island. Fast 90 % der Isländerinnen beteiligten sich daran. 1991 streikten die Schweizerinnen, 500 000 Frauen beteiligten sich am landesweiten Frauenstreik und ließen ihn damit zur größten politischen Demonstration in der Geschichte der Schweiz werden. Der Erfolg des Streiks war nicht vorhersehbar, Streiken ist keine Sonntagsschule, und so streikt „man“ in der wohlstandstüchtigen Schweiz lieber nicht. Und „frau“ schon gar nicht: Das würde ja heißen, daß sie, die ihre eigenen Ansprüche in der Regel rasch einer „höheren Sache“ zuliebe aufgibt — der Karriere des Ehemanns, dem Wohl der Kinder, der Harmonie am Arbeitsplatz — zuerst einmal an sich selber denken sollte.³ Dies ist nicht nur Schweizer Patriarchat, sondern auch BRD-Realität!

Über die Aktionsformen entschieden die Frauen selbst; der Phantasie und Vielfalt waren keine Grenzen gesetzt. Es gab statt einer Streikleitung ausschließlich Koordinationsstellen, die selbst keinen Überblick über die geplanten Aktionen und Streikformen hatten, dies auch nicht vorhatten. Inzwischen haben sich auch hier bereits Streikkomitees gebildet, regional und lokal. Es fanden bereits zwei bundesweite Koordinations-treffen statt, zu denen das Streikkomitee Köln/Bonn sowie der Unabhängige Frauenverband UFV eingeladen hatten. Vertreten waren Frauen aus dem Gewerkschaftsbereich (DGB, GEW, HBV, IG Medien, ÖTV und DAG) sowie Vertreterinnen autonomer Frauenprojekte und engagierte Einzelfrauen.

Die überregionalen Koordinations-treffen finden in zweimonatlichen Abständen statt. Am 13. und 14. 11. 93 findet in Kassel ein bundesweiter Streik-kongreß statt. Auch in Hamburg hat sich ein Streikkomitee gebildet, in dem Frauen aus unterschiedlichen Gewerkschaftsbereichen zusammenarbeiten. Bisher hat sich das Streikkomitee zweimal getroffen, zur Ideensammlung und Planung für den Streiktag am 8. März 1994, aber auch um die beiden Veranstaltungen zu planen, die den Streiktag weitertragen, Frauen interessieren sollen, sich an der Vorbereitung aktiv zu beteiligen. Die Aktionen werden in Hamburg dezentral stattfinden, allerdings wird es auch eine gemeinsame Aktion geben, in welcher Form, wird sich noch entscheiden. — (Gudrun Altmann)

(1) Florence Herve, *Geschichte der deutschen Frauenbewegung*, papyrossaverlag 1990; (2) *Wenn Frauen wollen, kommt alles ins Rollen/ Der Frauenstreiktag vom 14. Juni 1991*, Limmat Verlag 1991; (3) *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis*, Nr. 34: *Europa — ein Vaterland?* Weitere Literatur: Christina Thürmer-Rohr, *Vagabundinnen*, Orlanda 1990, daraus: Feminisierung der Gesellschaft sowie Aus der Täuschung in die Ent-Täuschung.

VGH: Rep-Bundesparteitag findet Ende Oktober statt

Karlsruhe. Der Verwaltungsgerichtshof Mannheim hat dem Antrag der Rep auf Überlassung der Badner Halle entsprochen. Der Bundesparteitag der Rep kann also am 31. 10. und 1. 11. in Rastatt durchgeführt werden. Der VGH urteilte, wie schon das Verwaltungsgericht Karlsruhe, die Stadt müsse die Durchführung von Parteitag, wie sie im Parteiengesetz vorgesehen sind, ermöglichen und habe mit ihrer Entscheidung, die Halle im Nachhinein für eine städtische Veranstaltung zu reservieren, den Prioritätsgrundsatz („Wer zuerst kommt, ...“) durchbrochen. Außerdem sei die Stadt nicht berechtigt, eine „Konzentrierung überregional beachteter Großveranstaltungen einer politischen Partei zu verhindern“. Gegen den Bundesparteitag der Rep sind verschiedene Aktionen geplant. Die Stadt Rastatt führt am 31. 10. eine Veranstaltung „Kultur gegen Rechts“ durch. Ebenfalls am 31. 10. soll um 11.00 Uhr eine Demonstration gegen rechts — „Eine Stadt wehrt sich!“ — stattfinden, die vom Rathaus zur Synagoge, zum Schloß und dann zurück zum Rathaus führt. Am Veranstaltungsort, der Badner Halle, soll die Demonstration nicht vorbeigehen. — (map)

Rep-Anhänger Buhl bewirkte Umbesetzung

Augsburg. Am 5. 10. gründeten die 4 Reps und der Stadtrat Edmund Buhl eine Fraktion Rep/DSU, um damit Zugang zu den wichtigen Ausschüssen des Stadtrats zu bekommen. Buhl war 1991 von den Reps zu der Freien Bürger Union (FBU) gezogen und hatte diesen Frak-

tionsstatus mit der FDP beschafft. Im Juni nun verließ er sie, um sich mit dem Aufbau einer DSU-Gruppe zu befassen, die er dann mit den Reps verknüpfte. Zum dritten Mal mußte sich der Stadtrat wegen der neuerlichen Fraktionsbildung mit einer Ausschußbesetzung befassen. Aus Protest zogen auf der Stadtrats-sitzung am 6. 10. die Grünen und einige SPD-Stadträte aus. Die DSU distanzierte sich eilig, und die Buhl-Rep-Fraktion nennt sich wieder „Die Republikaner“. — (baf)

Landkreis erwägt Klagen gegen den Bund

Bonn. Der Deutsche Landkreistag forderte die Bundesländer auf, das Sparpaket 1994 im Bundesrat zu kippen. Insbesondere geht es um die jährlich vier bis sechs Milliarden Mark mehr an Sozialhilfe, die die Kommunen durch die im Sparpaket festgelegten Kürzungen für Arbeitslose aufwenden müßten, und um die 21 Milliarden Mark, die an Investitionen zum Bau von Kindergärten nötig wären. In beiden Bereichen werden von den Kommunen Aufgaben verlangt und somit in ihre Selbstverwaltung eingegriffen, ohne daß ein finanzieller Ausgleich dafür bereitgestellt werden. Daher wolle man jetzt vor das Bundesverfassungsgericht ziehen. — (baf)

Rege Proteste gegen Postamtsschließungen

Hamburg. 17 Postämter hat die Direktion Postdienst am Samstag, den 16. 10. schließen lassen — die ersten 17 von 42 zur Schließung vorgesehenen. Teilweise stieß die Schließung auf anhaltenden Protest aus der Bevölkerung. In Klein Borstel zum Beispiel.

Entdeckung aus dem Kabinett hinzuweisen. Doch klingt das eher wie das Pfeifen des Angstlichen im dunklen Wald. Jeder weiß, die Messer sind gewetzt. Die größte Schlappe des Ministers war die Reaktion des Freiburger Ökoinstituts. Für schlicht überflüssig erklärten diese den Versuch, da schon längst bekannt sei, daß Tempolimits und Verkehrsbeschränkungen zu niedrigeren Ozonwerten führen. Der Minister hält dem entgegen: „Wenn der Versuch einen deutlichen Rückgang der Ozonspitzwerte als Ergebnis aufweist, dann wird dies nicht nur in der Bundesrepublik spannende Fragen aufwerfen. Ich werde mich in diesem Fall für eine Sommermogverordnung einsetzen.“ „Ergeht der Versuch, daß zeitlich befristete, lokal beschränkte Maßnahmen nicht zur

Sommermogbekämpfung helfen, dann sind lokale Verkehrsbeschränkungen als Maßnahme kein politisches Thema mehr.“ (ACE Lenkrad 7/93)

Undurchsichtig bleibt, warum heute schon mögliche Maßnahmen der Verkehrsbeschränkung unterblieben sind. So gelten in Hessen zukünftig Tempolimits wegen Sommermog. Sobald an drei von 33

Messstationen mehr als 240 Mikrogramm erreicht sind, darf auf Autobahnen maximal 90, auf den übrigen Straßen maximal 80 km/h gefahren werden. Die Tempolimits werden über Verkehrsfunk bekanntgegeben. In den beiden ersten Jahren werden Übertretungen nicht geahndet.

Schäfer stufte diese hessische Verordnung als nur „bedingt tauglich“ ein. „Womit er natürlich recht hat. Allerdings hat er außer seinem, mittlerweile berühmten Versuch zum Versuch nichts anzubieten. Die 240 Mikrogramm der hessischen Verordnung sind Schäfer auch zuwenig, da sie in Baden-Württemberg in diesem Sommer nur an sechs Tagen überschritten wurden.“

Wie auch immer. Greenpeace fordert seit Jahren für die Länder: „Die Länder müssen die Smogverordnung verschärfen. Sofortmaßnahmen der Kommunen wie Fahrverbote müssen sich an auf die Gesundheit ausgerichteten Grenzwerten

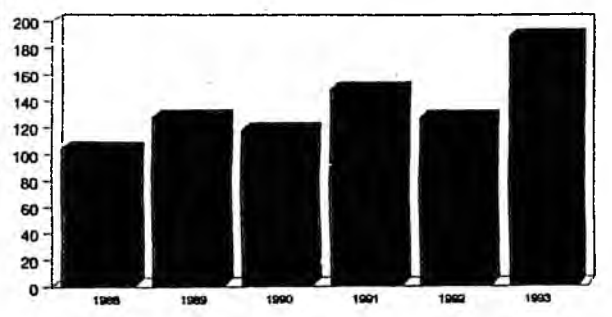
orientieren: 120 Mikrogramm pro Kubikmeter NOx bei Wintersmog, 120 Mikrogramm Ozon bei Sommersmog.“

Eine Smogverordnung mit solchen Grenzwerten wird es nicht geben. In Baden-Württemberg wird weiterhin von der Landesregierung erst ab 180 Mikrogramm Ozon verbal gewarnt. Erst bei 360 Mikrogramm sieht sie konkreten Handlungsbedarf. Dann empfiehlt (!) sie der Bevölkerung, auf „ungewohnte körperliche Anstrengungen im Freien zu verzichten.“

So ist das und so bleibt das in Baden-Württemberg.

Doch lassen wir den Minister zum Abschluß nochmal zu Wort kommen: „Ich habe es satt, daß alle für die Umwelt sind, und wenn es konkret wird, dann verdrücken sie sich.“ — (fhs)

Frühjahr-Smog in Heilbronn Ozonwerte im März 1988-1993



Brunsbüttel

Risse auch im AKW Krümmel

Nachdem in den Rohrleitungen des AKW Brunsbüttel Anfang des Jahres Risse festgestellt wurden, hatten die Hamburgische Electricitätswerke AG (HEW) zugestimmt, auch die entsprechenden Leitungen in dem ebenfalls von ihr betriebenen AKW Krümmel zu prüfen. Nach Überprüfung von 25 der 252 in Frage kommenden Rohrleitungen wurden vier Risse und 20 sogenannte „Befunde“ festgestellt.

Der Begriff der „Befunde“ wurde erst vor kurzem in die Diskussion mit dem offensichtlichen Ziel eingeführt, die Riß-Zahlen in Brunsbüttel soweit zu reduzieren, daß eine Renovierung des Leitungssystems in Frage kommt. Anfang des Jahres waren sowohl Risse als auch

„Befunde“ beide als Risse gezählt worden. Dann wäre offensichtlich: In Krümmel herrschen dieselben Zustände wie in dem seit einem Jahr stillliegenden AKW Brunsbüttel (237 Risse bzw. „Befunde“).

Besondere Brisanz erhalten die jetzt gefundenen Risse, da das „Krümmel-Monster“ seit langem wegen einer etwa hundertfach erhöhten Kinder-Leukämie-Rate und inzwischen sieben Todesfällen in der Diskussion ist. Der Sprecher der Bürgerinitiative gegen Leukämie in der Elbmarsch kündigte eine Klage gegen die Betreiber und die Kieler Aufsichtsbehörde (Energeminister Claus Möller) an. Bereits seit 1989 sei der verwendete Stahl als „wenig geeignet“ bekannt. Andererseits schreibt das Atomgesetz vor, daß die Reaktoren „auf den neuesten Stand der Technik“ zu bringen seien. Dies sei in fahrlässiger Weise hier nicht geschehen. Nachdem sich auch in Brunsbüttel eine lokale Anti-AKW-Bewegung zu (re-)organisieren beginnt, sehen die Perspektiven, die beiden AKWs endgültig stillzulegen, gar nicht so schlecht aus.

Allerdings wird gleichzeitig zwischen HEW und Energieministerium intensiv verhandelt: Über die Einführung der „Befunde“ werden die Ansprüche für eine „fachgerechte“ Reparatur heruntergeschraubt. Auch die neuesten Entwicklungen der sogenannten „Energie-Konsens-Gespräche“ weisen darauf hin, daß die SPD sich von ihren nach Tschernobyl beschlossenen Anti-AKW-Positionen entfernen will.

Um das SPD-geführte Energieministerium davon abzuhalten, einem faden-scheinigen „Reparaturkonzept“ zuzustimmen, wird noch deutlicher Protest nötig sein, als bisher entwickelt worden ist. Denn der neue Schleswig-Holsteinische Energieminister macht da weiter, wo sein Vorgänger Jansen aufgehört hat: Sich durch das Atom-Gesetz und die herrschende Rechtsprechung eingeengt fühlen und gleichzeitig willfährig Gesetzeslücken für die AKW-Betreiber ausfindig zu machen. Nachdem die Sicherheitsphilosophie der Betreiber durch den Nachweis betriebsbedingter Risse in den Leitungsrohren zusammengebrochen ist, wird von den Antragstellern vorgetragen, in dem bislang als verschleißfrei geltenden austenitischen Stahl sei zu viel Kohlenstoff enthalten. Ein Stahl für die Rohre mit weniger Kohlenstoff würde die erforderliche Sicherheit gewährleisten — und es damit der SPD möglich machen: Die Stilllegung dieser Schrottreaktoren brauchte sie nicht zu betreiben. Die Bevölkerung aber darf erneut Leben und Gesundheit für diesen neuen Feldversuch der Atom-industrie riskieren!

— (hel, nach Lokalberichte Kiel 21/93)

IG Metall für „strategische Allianzen“

Krisenmanagement für die Region Schweinfurt und die Wälzlagerindustrie

Schweinfurt. 42 Metaller haben sich auf den Marsch nach Bonn gemacht, um „echte Hilfen für die Region“ einzufordern. Stoiber besuchte Schweinfurt und verkündete ein „10-Punkte-Hilfsprogramm“.

Ende 1993 werden die drei Metallkonzerne FAG Kugelfischer (Wälzlager), SKF (Wälzlager) und Fichtel & Sachs (Kupplungen, Stoßdämpfer, Zweiräder) am Standort Schweinfurt nur noch ca. 15000 Menschen beschäftigen, 10000 weniger als Anfang 1990. Ein Ende der brutalen Neustrukturierungspläne der Konzerne und der damit verbundenen rasanten wirtschaftlichen Talfahrt des regionalen Industriezentrums ist nicht in Sicht. Mit einer Arbeitslosenquote von über 20 % wird gerechnet.

Die IG Metall hat mit vielen betrieblichen und öffentlichen Aktionen darauf geantwortet. Von der Einschätzung oder Hoffnung, die Umstrukturierungspläne der Konzerne mit Aussicht auf Erfolg bekämpfen zu können, waren diese nicht getragen. Forderungen nach Hilfen für die Industrie, für die Region und die betroffenen Arbeitnehmer standen im Vordergrund. So auch beim „Marsch nach Bonn“, zu dem 42 Metaller am 13.10. aufgebrochen sind. „Schweinfurt und die Region sind heute zum Thema geworden“, freute sich der 1. Bevollmächtigte der IG Metall über die „enorme Medienpräsenz“ am Zielort der ersten von acht Etappen. Konkrete Forderungen, die der Bundesregierung gestellt werden sollen, stehen nicht im Zentrum der Aktion. Eine deutlich sichtbare Verbindung mit der Aktion „Gegenwehr“ des DGB wurde kaum hergestellt. Das erleichterte es den Schweinfurter CSU-Bundestags- und Landtagsabgeordneten, einen Teil der ersten Etappe (etwas distanziert) mitzumarschieren.

Am 23.9., dem bundesweiten Aktionstag des DGB gegen Sozialabbau, hatten sich die beiden bei den Aktionen in Schweinfurt nicht blicken lassen. Hier beteiligten sich 10000 Menschen an einer Menschenkette zwischen den Großbetrieben und dem Arbeitsamt. 2000 Bauarbeiter demonstrierten gegen die Pläne zur Streichung des Schlechtwettergeldes — die ein „radikales Lohnsenkungsprogramm“ und die „Wiedereinführung der Saisonarbeit“ bedeuteten, so die IG Bau-Steine-Erden. Der DGB forderte „Gleichstellung Schweinfurts mit den Krisengebieten in Ostdeutschland und den Krisenbranchen Stahl und Kohle“.

Die IG Metall hat sich seit einer regionalen (nordbayerischen) Wälzlagerkonferenz Anfang Oktober auf Einforderung eines Paktes gegen die japanische Konkurrenz veranlagt. Sie fordert „strategische Allianzen zum Standorterhalt“, ein entsprechendes Konzept wurde dem bayerischen Wirtschaftsministerium vorgelegt. IGM-Betriebsleiter Neugebauer: „Das Konzept zielt auf Zusammenarbeit zwischen den Herstellern und auf ihre wirtschaftspolitische Unterstützung ab“. Er geht davon aus, daß damit ein deutlich niedrigeres Beschäftigungsniveau verbunden sein wird. „Es geht längst nicht mehr um die Sicherung der Arbeitsplätze sondern darum, eine Abwanderung der Wälzlagerindustrie aus Bayern und vielleicht aus Europa zu verhindern.“ Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende von SKF, Glombowski: „Wir können es uns zukünftig nicht

mehr leisten, daß doppelt und dreifach geforscht und entwickelt wird.“ Eine „Kooperation von SKF, FAG, INA und eventuell Kugelmüller“ (die größten deutschen Wälzlagerkonzerne, vornehmlich in Nordbayern angesiedelt) wurde gefordert. Vom bayerischen Wirtschaftsministerium wünscht man sich eine „Wirtschaftspolitik nach dem Vorbild des mächtigen japanischen Wirtschaftsministeriums Miti“ und die „Beseitigung kartellrechtlicher Hürden“ für verstärkte Zusammenarbeit bei der Forschung und Entwicklung neuer Produkte.

Neugebauer fordert „keine Entlassungen in den nächsten 12 Monaten“. Bei SKF verhandelt der Betriebsrat auf die-



Essen. Mehrere hundert Beschäftigte der Krupp Widia GmbH legten am 5. 10. den größten Teil der Frühschicht die Arbeit nieder. Aus Anlaß einer Aufsichtsratsitzung protestierten sie gegen die Stilllegung der Trägerwerkzeugfertigung und gegen die Kündigung der Tarifverträge durch die Metall-Kapitalisten. Erreicht wurde eine Fortschreibung des gültigen Sozialplans. — (kw; Bild: M. Sch.)

Nach der Schließung des dortigen Postamtes sind die Ausweichpostämter erheblich weiter als die zugesagten 2 km entfernt. Betroffen sind nach einer Untersuchung rund 6000 Menschen, die nun einen rund 3 km langen Fußweg auf einem im Winter oft überfluteten Waldweg durch das Alstertal auf sich nehmen müssen — eine vor allem für ältere Menschen beschwerliche Zumutung. Die Anwohner protestierten seit Bekanntwerden der Schließungsabsicht. Sie führten mehrere Demonstrationen durch, sammelten 1500 Unterschriften, besetzten mehrfach das Postamt; gerade die älteren Menschen waren stark engagiert. Unmittelbar vor der Schließung sagte die Generaldirektion Post Gespräche mit dem Hamburger Senat über die Zukunft des Klein Borsteler Postamtes zu. Auch über acht weitere von Schließung bedrohte und inzwischen geschlos-

sene Postämter sollte gesprochen werden. Auch dort war es teilweise zu massiven Protesten der Anwohner, zu Besetzungen und Demonstrationen, gekommen. Doch dann ließ die Post die Gespräche nach einer ersten Runde platzen, erschien einfach nicht mehr.

Die Proteste der Bewohner Klein Borstels dauern an. Sie fordern nun die Errichtung einer verkleinerten Postagentur. — (scc)

Roma beenden ihre Aktion

Stuttgart. Auf einer Vollversammlung am 12. Oktober beschlossen die 60 Roma, die sich gegen ihre Abschiebung zur Wehr setzen, auf das Angebot von Innenminister Birzele (SPD) einzugehen: Rückkehr an den Herkunftsort in Baden-Württemberg und Einzelfallprüfung etwaiger Abschiebehindernisse.

Sie entschlossen sich mit großer Mehrheit zum Abbruch ihrer Aktion, die sie vor fünf Monaten in Dachau begonnen hatten, weil sie erschöpft sind. Sie schlossen sich mehrheitlich der Meinung ihres Sprechers Jasar Demirov an: „Mehr können wir jetzt nicht erreichen“. Ob die Zwischenschaltung von FreundInnen aus Flüchtlingshelferkreisen, DGB und SPD verhindern kann, daß sie nach der Einzelfallprüfung abgeschoben werden? Bisher hat noch nie ein Roma in Deutschland Asyl bekommen. Etwa ein Dutzend Roma kämpfen in Stuttgart weiter um ihr Bleiberecht. Die UnterstützerInnen haben ein neues Konzept: „Bleiberecht von unten“, d.h. sie helfen, Unterkünfte zu finden, Schulen für die Kinder, Ausbildungsstellen, Mittel zum Leben.

— (aus: Bericht der Aktion Zuflucht/Ingo Speidel)

ser Linie gegen angekündigte 1500 Entlassungen und hat u.a. angeboten: — Arbeitszeitverkürzung für alle ohne Lohnausgleich auf z. B. 33,5 Stunden; — „50er Lösung“, d.h. Aufhebungsverträge für Beschäftigte ab erreichtem 50. Lebensjahr auf Basis einer Sockelabfindung von ca. 80000 DM; — freiwillige Teilzeitarbeit.

Die CSU-Oberbürgermeisterin, CSU- und SPD-Stadträte fordern die EG auf, gegen Dumping-Preise der Japaner auf dem Wälzlagersektor, gegen „den mörderischen Verdrängungskampf der Japaner“ vorzugehen.

Dem bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber hat diese gemeinsame Frontstellung „gegen die Japaner“ den Weg nach Schweinfurt geöffnet. Bei seinem Besuch am 15.10. verkündete er ein „Hilfsprogramm für Schweinfurt“, das er unter das Motto stellte „die Monstruktur überwinden“. Tatsächlich orientiert es sich vor allem an den Plänen der drei Metallkonzerne:

— Stoiber will an Kohl appellieren, die Japaner bei den GATT-Verhandlungen zu Zusagen zu bewegen, nicht mehr zu Dumping-Preisen zu verkaufen.

— Das Outsourcing-Programm der Konzerne soll staatlich abgesichert und befördert werden: FAG Kugelfischer z.B. will Schmiede, Maschinenbau, Dreherei ausgliedern (vermutlich durch sog. „Management-buy-out“), Stoiber übernimmt Staatsbürgerschaften. In Schweinfurt soll mit staatlicher Hilfe eine Wagnisbeteiligungsgesellschaft gegründet werden, mit der z.B. 1200 Beschäftigte aus der Großindustrie ausgeliegt werden können.

— Entlastung von FAG beim laufenden Konkurs der DKFL-Werke im Osten.

— 1,4 Mio DM für die Weiterentwicklung eines Blockheizkraftwerkes von Fichtel & Sachs. — (cls)

Kurz berichtet

Neonazi Hübner darf
in Cottbus kandidieren!

Der Chef der verbotenen faschistischen „Deutschen Alternative“ (DA), Frank Hübner, darf bei den brandenburgischen Kommunalwahlen am 5.12.93 kandidieren. Er tritt auf einer offenen Liste der ebenfalls rechtsradikalen „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DL) an. Wie der Landeswahlleiter U. Hoffmann bestätigte, steht weder der Kandidatur der Deutschen Liga, noch der Hübners zum OB von Cottbus etwas im Wege. Denn, so die Begründung des Landeswahlausschusses, die Partei sei weder vom Bundesverfassungsgericht verboten, noch habe sie gegen die Kriterien der Zulassung verstoßen. Daß zur Zulassung lediglich eine „fristgerechte Wahlanzeige“ notwendig ist, um dem brandenburgischen Kommunalwahlgesetz zu entsprechen, scheint niemanden nachdenklich zu machen. Diese Regelung stellt einen Freifahrtsschein für sämtliche rechtsextremistischen und faschistischen Organisationen und deren Anführer dar. In Brandenburg und im speziellen in der DA-Hochburg Cottbus wird somit einem einschlägig bekannten Neonazi wie Hübner die Möglichkeit eingeräumt, legal bei Wahlen zu kandidieren. Das Verbot von Hübners DA wird somit zu einer Farce.

Quellen: Berliner Zeitung vom 6.10., 14.10. und 16.10.93 — (pag)

Czaja fordert
neue Grenzverträge

Am 9. und 10.11.93 traf sich in Berlin-Lichtenberg der Bund der Vertriebenen (BdV). Dabei rief der Präsident des BdV erneut zur Nichtanerkennung der deutsch-polnischen Grenzverträge (2 plus 4 Verträge) auf. In diesem Zusammenhang sagte er vor ca. 500 Verbandsmitgliedern, daß die 114000 Quadratkilometer von Ostpreußen, Pommern und Schlesien nicht verschenkt werden dürften. Desweiteren forderte er die Bundesregierung dazu auf, die bedrohten deutschen Volksgruppen entsprechend ihrer politischen und finanziellen Möglichkeiten zu unterstützen.

Daß weiterhin Hilfe und Unterstützung aus Bonn zu erwarten ist, sicherte der eigens zu dem Treffen dieses Revanchistenverbandes angereiste Innenstaatssekretär Franz Kroppenstedt zu. Die Bundesregierung scheint selbst ein großes Interesse an den Ostgebieten zu haben. Bemerkbar macht sich dies einerseits an dem langen Zögern der Bundesregierung bis zur Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze. Andererseits lassen sie den revanchistischen Vertriebenen ständig wachsende Geldsummen zukommen. Demzufolge klingt es äußerst grotesk, wenn der Innenstaatssekretär Kroppenstedt auf dem Treffen den BdV dazu auffordert, bei der künftigen europäischen Entwicklung als Vermittler und Friedensstifter zu fungieren.

Quelle: Berliner Zeitung, 11.10.93 — (pag)

Erneute Verlängerung des
Sonderkündigungsrechts?

Bereits am 2.10.92 sollte laut Einigungsvertrag die erleichterte Kündigung von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den ostdeutschen Bundesländern und Ostberlin wegen mangelnden Bedarfs auslaufen. Vor einem Jahr hatte Sachsen im Bundesrat die Verlängerung bis zum 31.12.93 beantragt und dafür eine Mehrheit gefunden. Jetzt fordert Thüringen eine Verlängerung um zwei Jahre! Nur so könne der erforderliche Personalabbau — gemeint ist die Anpassung an das westdeutsche Niveau und die reibungslose politische Säuberung — erfolgreich betrieben werden. — (har)

Kommunalwahlgesetz in
Sachsen beschlossen

Dresden. Mit der Verabschiedung des Kommunalwahlgesetzes in Sachsen tritt der ebenso kuriose wie problematische Umstand ein, daß die Aufstellung der Bewerber von Wahlvorschlägen ungeachtet des Zeitpunktes des Inkrafttretens dieses Gesetzes bereits 12 Monate vor dem wahrscheinlichen Wahltermin am 12. Juni 1994 wirksam erfolgen konnte. Ein offenes Eingeständnis dafür, daß dieses wichtige Wahlgesetz unanständig spät vorliegt!

Die dubiose Übergangsregelung der Staatsregierung, im Jahr 1994 „aufgrund der nahenden Sommerferien im Freistaat“ auf die eventuell notwendig werdenden Neuwahlen für die Bürgermeister- bzw. Landratsposten zu verzichten und sich stattdessen mit nur einem Wahlgang und der einfachen Mehrheit „zu bescheiden“, roch wohl allzu sehr nach Vorteilsnahme im Amt. Dieser einfältige, parteigegistische Versuch, die CDU-Kandidaten, die vielerorts als Regierende ohnehin schon mit einem Bekanntheitsbonus rechnen können, über die Kommunalwahlen zu retten und für sieben lange Jahre fest zu installieren, ist regelrecht abgestürzt.

In den Landkreisen und kreisfreien Städten wird es auch weiterhin Wahlkreislisten geben, jedoch wird die lebensfremde Regelung aus dem Regierungsentwurf aufgegeben, nach der die Bewerber für Wahlkreisvorschläge im Wahlkreis zu wohnen hatten. Sicherlich ist auch der CDU bewußt geworden, daß ihre Personaldecke in den Wahlkreisen so toll nicht ist, wohl aber Gefahr droht, daß fähige Kandidaten nur Nachrückkandidaten werden, falls sie sich nicht rechtzeitig über Scheinumzüge „retten“.

Wieder nicht gelungen ist, das d'Hondtsche Höchstzahlverfahren durch das gerechtere Auszählverfahren nach Hare-Niemeyer zu ersetzen. Natürlich weiß auch die CDU, daß so die Bevorzugung der „großen“ Parteien umso deutlicher ausfällt, je kleiner die zu wählenden Vertretungskörperschaften sind.

Wie schlecht muß es aber um die Wahlchancen einer Partei bestellt sein, die sich genötigt sieht, diesen (vermeintlichen?) Vorteil mit Zähnen und Krallen zu verteidigen! — (sta)

Sachsen

Linke Liste PDS
gegen Autobahnbauplan

Bereits unmittelbar nach der „Wende“ begann in Sachsen die Diskussion um eine Autobahn von Dresden nach Prag.

Wurde der nicht geringe Handel der DDR mit den östlichen Nachbarn hauptsächlich über die Schiene realisiert, verstopfen jetzt Schwerlasttransporter die Dresdener Innenstadt auf der durch die Landeshauptstadt führenden Transitstraße nach Prag.

In einer Pressemitteilung artikulierten die Dresdener PDS-Stadtvorsitzende, Christine Ostrowski, und das Landtagsmitglied der Linken Liste-PDS, Helmar Hegewald, ihren Standpunkt und ihre Vorschläge zum geplanten Autobahnbauplan A 13 Dresden-Prag, zur Stadt-„nahe“ Variante 441 — sprich: Stadt-Autobahn — und zur Verkehrsvermeidung in und um Dresden. Nachfolgend der Text der Pressemitteilung. — (sta)

Die Planung der Staatsregierung zur Autobahn A 13 Dresden-Prag liegt vor. Als aussichtsreichste Variante erscheint die V 441, die nicht stadt-„nahe“ verläuft, sondern die Stadt Dresden direkt schneidet. Durch den Elbtalwind würde sich der Abgassteppich über das Stadtzentrum legen. Noch ist das eine unerträgliche Vorstellung! Aber sie kann Wirklichkeit werden.

Der Dresdner OBM Dr. Wagner muß bis zum 15. Oktober 1993 seinen Standpunkt zur geplanten Autobahntrassierung an die Staatsregierung formulieren. Wir kennen ihn noch nicht.

Unser Standpunkt zur geplanten Stadt-autobahn lautet: **NEIN!** keine Autobahn durch Dresden! Auch keine Autobahn nahe an Dresden vorbei!

1. Keine neue Belastungen des Elbtals! Keine Autobahn durch Dresden im Elbtal entlang bis Heidenau (prognostiziert sind 75000 bis 80000 Autos pro Tag). Das bedeutet 100 Jahre unzumutbare Betonpiste, 100 Jahre gesundheitsschädigende Autoabgase, 100 Jahre störender Lärm für uns, unsere Kinder und Kindeskinde! 100 Jahre Zerstörung kulturhistorischer Bauwerke! Warum sollte dann eigentlich die Frauenkirche wieder aufgebaut werden?

2. Denken wir in der europäischen Dimension und daran, wie der Straßenverkehr zu vermeiden ist. Der internationale Schwerlastverkehr von Nord nach Süd, von West nach Ost und umgekehrt gehört auf die Schiene! Die DDR-Lösung „Von der Straße auf die Schiene“ ist heute aktueller als vor der Wende. Die Wende brachte uns im Autoverkehr eine „Rolle rückwärts“.

Verkehrsvermeidung in Sachsen und konkret in Dresden beginnt nicht mit dem Verkehr, sondern mit der Wirtschaft und dem Städtebau: Sachsen produzieren für Sachsen — damit sparen wir Transportwege ein. Und: Wir brauchen keine autogerechte, sondern menschengerechte Stadt Dresden, wo jeder die Dinge des täglichen Lebens auch zu Fuß oder mit dem Fahrrad bzw. der Straßenbahn erledigen kann (Tante-Emma-Läden um die Ecke).

Verkehrsvermeidung wird durchgesetzt mit einer „Politik der kurzen Wege“!

3. Der internationale Verkehr rechtfertigt keine A 13 nach Prag. Um die Autobahn bauen zu können, muß ein Verkehrsaufkommen herbeigeredet, -gerechnet werden.

Zur Gestaltung eines flüssigen Durchgangsverkehrs durch Dresden schlagen wir die Süd-West-Umfahrung vor: beginnend mit der Hansastraße, dann Anbindung an die B 170, beim Hotel „Astoria“ an die B 172, geschätzte Kosten 254 Mio. DM, davon 178 Mio. DM Brückenkosten. Die Kosten entsprechen annähernd den Kosten der Insel-Lösung des Tunnels am Hauptbahnhof.

4. Unser alternativer Vorschlag zur Autobahn A 13: Bau einer schnellen Schienenverbindung von Dresden nach Prag (Fahrzeit 1 Stunde). Schwerlasttransporte auf die Schiene, auch Hukke-Pack oder das Schiff (Dresden-Usti auf der Elbe 12 Stunden, auf der Straße mitunter 20 Stunden).

5. Sollte doch eine Autobahn gebaut werden — dann wäre die Variante zu bevorzugen, welche die Umwelt am wenigsten belastet: im Raum Zittau. Der Vorteil wäre: Die Autokarawane muß nicht das Elbtal kreuzen. Die Anbindung an tschechischer Seite ist günstig. Die

Tschechische Republik sollte von Deutschland einen Solidarbeitrag zum Trassenbau erhalten — unter der Bedingung, die Trasse nach Prag im Zittauer Raum anzubinden. Damit würde die Variante „Anbindung einer Autobahn im Gebiet der Oelsaer Höhen“ entfallen.

Wir sind für den Ausbau der Bundesstraßen in Richtung Tschechische Republik unter der Bedingung, daß die Bürokratie an den Grenzen aufhört, das Grenzregime muß Staus abbauen, nicht aufbauen helfen.

6. Die PDS ist für die Vermeidung des Autoverkehrs durch die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). ÖPNV ist für uns Daseinsfürsorge durch Vorsorge. ÖPNV gehört zum Leben der Stadt wie die Straßenbeleuchtung. ÖPNV ist aus Steuergeldern mit zu finanzieren. Die PDS setzt sich für einen attraktiven, bürgerfreundlichen ÖPNV ein. Dieser beginnt mit bürgerfreundlicher Tarifpolitik.

Unsere Vorschläge

* Verdoppelung der Parkgebühren im Stadtzentrum: Das gewonnene Geld dient der Ermäßigung der Fahrpreise für Rentner und Sozialhilfeempfänger in Dresden und Umgebung, Sicherung der Parkplätze für Anwohner.

* Einführung einer Regio-Umweltkarte (Dresden, Meißen-Dresden, Sächsische Schweiz, Weißeritzkreis), die übertragbar ist. Monatspreis: 40,- bis 50,- DM, an Sonn- und Feiertagen für Familien freie Fahrt auf allen örtlichen und regionalen Bahnen und Bussen.

Berlin

Ist die IG Metall noch
handlungsfähig?

Die diesjährigen Herbstaktionen der Verwaltungen der IG Metall sind angelaufen.

Vorher hatten schon einige Belegschaften von Schließung bedrohter Betriebe aus Tempelhof damit begonnen, regelmäßig

Montagsdemonstrationen in Berlin-Mitte durchzuführen. Die Initiative ging von der Belegschaft von Fritz-Werner Werkzeugmaschinen aus, andere auch aus anderen Branchen, z.B. Schultheiß, schlossen sich dem an. Nunmehr sollen bezirkliche Aktionen und Kundgebungen der IG Metall bis Anfang Dezember stattfinden und eine zentrale Veranstaltung am 6. Dezember vor dem Regiersitz des Berliner Senats den Höhepunkt bilden.

Die Berliner IG Metall sieht sich einem Bündel von Problemen ausgesetzt. Einer durchgreifenden Erhöhung der Produktivität in der Industrie unter dem Sammelbegriff „Schlanke Produktion“ steht in Berlin der besonders rückständige Charakter der Industrie (mangelnde Qualifikation, Massenfertigung) entgegen mit besonders verfestigten innerbetrieblichen Strukturen einschließlich eines gegenüber den westdeutschen Bundesländern besonders unbeweglichen Managementpersonals. Die IG Metall hat aber die positive Mitgestaltung der „Schlanken Produktion“ zum Programm erhoben und damit sogar auch Massenentlassungen indirekt in Kauf genommen. Alle Hoffnungen beruhen auf verbleibende sanierte Betriebe, die konkurrenzfähig sind. Eine besonders in Berlin vage Hoffnung. Der weiter anhaltende, tiefe Konjunkturreinbruch und die dabei neben den Maschinenbau besonders betroffene Elektroindustrie, die in Berlin schwerpunktmäßig angesiedelt ist, erschweren die Umgestaltung zusätzlich. Die durch jahrzehntelange Subventionierung entstandene problemati-

sche Industrie- und Wirtschaftsstruktur bietet die denkbar schlechtesten Voraussetzungen für Modernisierungsversuche. Die Integration von West-, Ostberlin und Brandenburg stagniert. In Brandenburg entstehen, wenn überhaupt, nur westdeutsche Filialbetriebe. Wirtschaftliche Verbindungen zur ortsansässigen Wirtschaft entstehen nicht oder kaum, ein wirtschaftlicher Prozeß und eigene Dynamik bleiben aus. Insgesamt also sehr negative Vorzeichen für die Modernisierung. Die Existenz des weiten zweigleisigen Wissenschafts- und Hochschulbereichs mit dem dadurch gegebenen Entwicklungspotential vermag die vorhandenen Negativfaktoren kaum auszugleichen.

Wie soll die Berliner IG Metall also weiter agieren, zumal weitere, der gewerkschaftlichen Diskussion noch gar nicht zugänglich gemachte Probleme in dem Vorhaben „Schlanke Produktion“ lauern? Nicht nur Konzentration auf das Kernprodukt, Beseitigung von Hierarchieebenen, Auslagerung fast sämtlicher Vorfertigungsproduktionslinien in den einzelnen Betrieben ist das Ergebnis der Modernisierung. Zugleich bilden sich als logische Folge außerhalb der Tarifverträge liegende Zulieferunternehmen und sogenannte Betriebe für Lohnfertigungen heraus, die sowohl im Umland als auch in Osteuropa angesiedelt sind und die mit ihren erbärmlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen den schon gespaltenen Arbeitsmarkt weiter differenzieren. Die Löhne sinken und verschiedene Klassen von Beschäftigten mit unterschiedlichem Rechtsstatus sind die Folge. Solch einer Widerspruchslage kann auch die stärkste Einzelgewerkschaft der Welt nicht lange standhalten.

Obendrein platzen die Arbeitgeberverbände mit der Kündigung der Urlaubstarifverträge mitten in die Vorbereitungen der IG Metall für eine Herbstkampagne für eine Zukunft der Industrie in Berlin. Just in dem Moment, als die IG Metall Bereitschaft zu erkennen gab, einen Modernisierungspakt auch mit den Arbeitgebern zu schließen, machen die Kapitalisten klar, daß sie Opfer noch ganz anderer Art erwarten. Sie werden



die Möglichkeiten des offenen Arbeitsmarktes in Osteuropa nutzen, daran besteht kein Zweifel. — (brr)

Berlin-Brandenburg

Diepgens Pläne zur
Verwaltungsreform

Am 14. Oktober stellten Diepgen und Stolpe die bisherigen Ausarbeitungen zur Vereinigung der beiden Länder vor.

Die Regierenden aus Berlin fordern für die Bundeshauptstadt weitgehende kommunale Selbstständigkeit, Sonderrechte entsprechend dem Hauptstadtvertrag und einen kommunalen Finanzausgleich, der die hohen Ausgaben des künftigen kreisfreien Berlin für öffentlichen Nahverkehr, Gesundheitswesen, Kultur, Wohnungsbau und Universitäten deckt. Es handelt sich um 10 Mrd. DM. Gegen-

Fortsetzung nächste Seite



In Berlin wird Hauptstadtputz betrieben. Unter der persönlichen Aufsicht des Polizeipräsidenten Saberschinsky räumten 900 Polizeibeamte am Donnerstag, den 7.10., die Wagenburg am Leuschnerdamm, wo 50 Personen seit Ende 1989 mehr hausten denn wohnten. Die sogenannten Rollheimer hatten nach dem Wegräumen der Mauer auf diesem Gelände eine Bleibe gefunden. Ihre Wagen wurden nach Karow auf ein ehemaliges Stadtgut (Schweineschlachthanlage) geschleppt, auf dem bereits andere Rollheimer campieren. Die Rollheimer forderten ein Ende der „Zwangsexportation ins Ghetto nach Pankow“. Sechs von ihnen sind in einen Hungerstreik vor dem Roten Rathaus getreten. Vom 17.-22.10. sind gemeinsame Aktionstage von Rollheimern und Hausbesetzern geplant, die am 23.10. mit einer Demonstration enden. — (har)

Die strafrechtliche Abrechnung mit dem „Unrechtsstaat“ DDR ist weiter im Vorwärtsgang. Die DDR war eine gezeigte Macht, deshalb muß jeder beweisen, was er war: Täter oder Opfer. Loyalität DDR-Bürger, ehrliche Sozialisten gab es nicht. In den Spitzen der Gerichte sitzen Vertreter der Justiz der Alt-DRD, sie werden ergänzt durch dienstbare ostdeutsche Geister. Sie „arbeiten“ Geschichte, die eine Geschichte des Kalten Krieges war, juristisch und eben in diesem Sinne auf. Die Mauer, Symbol der harten Ost-West-Auseinandersetzung und Schnittpunkt vieler tragischer Menschenschicksale auf beiden Seiten, wird genutzt, um die, die im Grenzdienst in verhängnisvolle Konflikte gerieten, zu kriminalisieren und politische Schauprozesse zu inszenieren. Die MfS-Hysterie dient der Schürung des „gerechten Volkszorns“ und hilft, das eigene brachiale Vorgehen in Ostdeutschland zu verdecken.

1. Verschärfung der politischen Strafverfolgung

Anfang Oktober beschloß der deutsche Bundestag in einem einmaligen Kraftakt ein Gesetz über die Nichtverjährung von Bagatelldelikten, durch ostdeutsche Bundestagsabgeordnete besonders angestrebt und unterstützt. Aufgehoben wurde damit die gemäß § 78 Abs. 3 Ziff. 5 des Strafgesetzbuches vorgesehene Verjährung aller vor dem 3. Oktober 1990 begangenen Straftaten, die im Höchstmaß mit nicht mehr als einem Jahr Freiheitsstrafe bedroht sind. Vorgeschrieben wird damit besonders gegen „Unrechts-taten“, die mit der Tätigkeit des MfS im Zusammenhang gestanden haben. Im Frühjahr 1993 verabschiedete der Bundestag ein besonderes Verjährungsgesetz, das am 27. März in Kraft trat (Bundesgesetzblatt 1993, Teil I, S. 392). Nach diesem Gesetz hat die Verjährung der Strafverfolgung bei „SED-Unrechts-taten“ in der Zeit vom 1. Oktober 1949 bis 2. Oktober 1990 geruht, was besagt, daß auch nicht so erhebliche Handlungen, die von einem untergeordneten Staatsangestellten Anfang 1950 vorgenommen wurden, nach diesem neuen Gesetz noch bis zum 2. Oktober 1995, also nach 45 Jahren, verfolgt werden können. Gleichzeitig wird eine neue Runde von Grenzprozessen eingeleitet. „Verdacht der Anstiftung zum versuchten Totschlag“ lautet die auch sprachlich konstruierte wirkende Anklage, die von der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität bei der Staatsanwaltschaft beim Berliner Kammergericht gegen einen ehemaligen Offizier der DDR-Grenztruppen erhoben wurde. Obwohl dieser Tatbestand nicht nur nicht konkret in den zur Debatte stehenden Fällen nachgewiesen werden konnte – auch angesichts der Persönlichkeit des ehemaligen Grenzers und der konkreten Umstände der Tat – wird für „Tötung“ plädiert. „Erstmals“, so betonte die Justizsprecherin, werde nun

„Anklage gegen einen ehemaligen Offizier des DDR-Grenzschutzes auf Grund der ‚Vergatterung‘ eines ‚Mauerschützen‘ erhoben“.

Recht sei unabhängig von jeglicher politischer Neigung, wird gesagt. Nachdem das Kammergericht in Berlin den General des MfS Günther Kratsch, Leiter der Hauptabteilung Spionageabwehr, nach Hause geschickt hatte, wurde durch die Staatsanwaltschaft jetzt Berufung eingelegt. Der General der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS Harry Schütt, der in München vom Bayerischen Obersten Landesgericht wegen Beihilfe zum Landesverrat zu zwei Jahren Bewährungsstrafe verurteilt wurde, hat jetzt wie auch Kratsch nach Entscheidung des Bundesgerichtshofes eine härtere Strafe zu erwarten: Verurteilung wegen Landesverrat.

Im Freistaat Sachsen gingen 3200 Lehrer vor Gericht, da sie sich nicht damit abgefunden haben, als Lehrer nicht mehr anerkannt worden zu sein. Sie kla-

Hans Modrow war nur die Spitze des Eisberges. Jetzt stand der ehemalige Oberbürgermeister Ost-Berlins wegen Wahlfälschung vor Gericht. Urteilt man nach dem vom Bundestagsabgeordneten des Bündnis 90/Grüne Dr. Wolfgang Ullmann wiedergegebenen Zitat der Berliner Justizsenatorin Jutta Limbach, „so sei der Hintergedanke, daß wir dann sozusagen von unten nach oben kommen und dann schließlich gegen Egon Krenz vorgegangen werden kann“. (Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 17.9.93).

2. Und das sind die nüchternen Zahlen

Nach Angaben des Leiters der Berliner Arbeitsgruppe Regierungskriminalität, Oberstaatsanwalt Christoph Schaeffen, sind in dieser Arbeitsgruppe 1750 Verfahren anhängig. Bisher wurden 62 Anklagen erhoben und 13 Urteile gesprochen. Schaeffen sieht in dieser Strafverfolgungstätigkeit noch eine „lohnende

nen Rentenansprüche gebracht worden. (Von der Volkskammer der DDR wurde 1990 – von einigen bekannten Ost-CDU-Vertretern initiiert – beschlossen, ehemaligen Mitarbeitern des MfS eine totale Rente von 802 DM monatlich zu gewähren) Bei den Sozialgerichten sind 90000 Widersprüche und tausende Klagen anhängig, die nur äußerst schleppend bearbeitet werden. Nach Auskunft des Innenministers vom Oktober wurden bis zu diesem Zeitpunkt bereits 39672 Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes entlassen, davon 24900 fristlos. Schließlich hat die Zentrale Dokumentationsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter erst 50 % ihrer 45000 Akten über ehemalige DDR-Bürger an die Länderjustiz abgegeben.

3. Rechtsstaat gegen „Unrechtsstaat“

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik wurde bundesdeutsches Recht für

Lothar de Maiziere spricht seine Befürchtungen aus: „Wenn ich von einem Klima der Vergeltung rede, meine ich die öffentliche Diskussion über DDR-Geschichte, die jede Differenziertheit vermissen läßt“. Jeder, der beitragen könnte, über Strukturen zu reden, muß befürchten, daß er „ein Ermittlungsverfahren am Hals“ hätte. (Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 17.9.93) Der Rechtsstaat hat mehr Rache nötig, als er zugeben will.

Originalton der FAZ vom 3.10.93: „All das zeigt, daß die politische Klasse noch weit entfernt ist, die Einheit des Landes in ihrem Bewußtsein zu vollziehen“. Der französische Politologe Alfred Grosser äußerte sich kürzlich in Leipzig gegen die Kolonisierung der DDR. Das Abgehen vom Einigungsvertrag äußere sich u. a. am Kratzen an der zwölfjährigen Schulpflicht oder an so gravierenden Dingen wie dem Karlsruher Urteil zum § 218. Das zeuge von tiefem Unverständnis und Verachtung für die Frauen im Osten.

In einer Diskussionsrunde Heitmann-Bahr (FAZ, 4.10.) äußerte Steffen Heitmann: „Versöhnung ist nur im Angesicht der Wahrheit möglich“. Amnestie sei jetzt und heute verfrüht. Ohne Strafprozesse bekenne sich niemand zu seinen Straftaten, sondern verdränge sie. Allein der Strafprozeß habe die Mittel zur Genauigkeit bei der Aufklärung der Vergangenheit. Es gehe nicht um Vergeltung, sondern um die Befriedigung des Gerechtigkeitsempfindens eines wesentlichen Teiles der Bevölkerung.

Die Strafverfolgung wird fortgesetzt und wird begleitet von scharfen Tönen des CDU-Kandidaten für die Nachfolge des Bundespräsidenten. Ausgehebelt sind der Einigungsvertrag und die anzuwendende Strafrechtsordnung der DDR. Die Justiz der BRD kann dem Verdikt, politische Prozesse zu führen und politische Urteile zu fällen, nur entgegen, wenn Rechtsstaatlichkeit einzieht und Recht nicht beständig gebeugt wird.

Widerstand ist erforderlich

Wer sich gegen diese Thesen, erst Abrechnung, dann Veröhnung wendet, leistet der Verdammung Widerstand. Die Anerkennung des Andersseins, das Bürgerrechtler 1989 forderten, wird in der Bundesrepublik gegen strafrechtliche Verfolgung und Verurteilung eingetauscht. Die drohende Welle politischer Strafprozesse stellt eine Revision der Voraussetzungen der deutschen Einheit dar. Widerstand gegen die strafrechtliche Abrechnung ist Teil des Widerstandes gegen das Vereinigungsrecht insgesamt. Die geplanten Strafprozesse sollen Hunderttausende verunsichern und Sprecher des ostdeutschen Widerstandes ausschalten. Deshalb die Konferenz „Siegerjustiz über die DDR? Schluß mit der politischen Verfolgung in Ostdeutschland“ am 13.11.93 in Berlin. Sie wird organisiert von der Bundestagsgruppe der PDS. — (abe)

Politisches Strafrecht gegen die „Aufarbeitung“ der Geschichte

PDS-Konferenz „Siegerjustiz über die DDR?“ am 13. November in Ostberlin

gen gegen die Kündigungspraxis des Kultusministeriums, das diese mit der Begründung entließ, daß „für politisch belastete Lehrer kein Platz“ an der sächsischen Schule mehr sei.

In einem Fernsehgespräch beschwerte sich der Innenminister Sachsen-Anhalts Perschau kürzlich, daß ganze Polizeihundertschaften „weggegauckt“ werden. In der Bundeswehr bedeutet jede Unterschrift, die von irgendeinem ehemaligen Angehörigen der Nationalen Volksarmee der DDR (NVA) in einer Stasi-Akte gefunden wird, Entlassung ohne Prüfung des Einzelfalles. Es wird vermutet, daß diese Überprüfung noch Jahre andauert, ehe alle in der Bundeswehr verbliebenen Offiziere und Soldaten der NVA „gegauckt“ worden sind.

Die Fragen nach Stasi-Mitarbeit und SED-Mitgliedschaft sind in Personalfragebögen erlaubt, entschied das Bundesarbeitsgericht in Kassel am 21.9.93 gegen die Klage des Betriebsrates des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung Berlin, dem es außerdem das Mitspracherecht in dieser Hinsicht absprach.

Oder das Beispiel vieler Hochschullehrer: Zuerst die Überprüfung nach Stasi-Mitarbeit, dann Evaluierung. Schließlich die Forderung nach Probevorlesungen bei Neubewerbungen, obwohl sie seit Jahren diese Lehrstühle innehatten.

Der Wahlfälschungsprozeß gegen

Aufgabe“ bis zur Jahrtausendwende. Man habe sich in der Öffentlichkeit zu sehr auf Personen wie Honecker, Mielke und andere fixiert. Das Unrecht in der DDR sei aber nicht nur an diesen festzumachen. Es habe „unter und neben ihnen eine stattliche Anzahl von Tätern“ gegeben. (Neues Deutschland, 5.8.93). An anderer Stelle lüftete er mal etwas den Vorhang der „Unabhängigkeit“ rechtsstaatlicher Justiz, als er vom enormen Erfolgsdruck sprach.

Im Juni 1993 teilte das Bundesministerium für Justiz im Bundestag offiziell mit: Von 1989-1992 wurden insgesamt 3879 Ermittlungsverfahren wegen angeblicher Straftaten des „Landesverrats und der Gefährdung der äußeren Sicherheit“ der BRD (§§ 94-100a StGB der BRD) eingeleitet. Allein im Zeitraum vom 1.6.1992 bis 4.5.1993 waren es 1178 Ermittlungsverfahren gegen 1425 Beschuldigte. Die Bundesanwaltschaft beabsichtigt, gegen 5000 Mitarbeiter der HVA gerichtliche Verfahren zu eröffnen. Gegen 100000 ehemalige Verantwortungsträger der DDR sollen aus den verschiedensten Gründen Ermittlungsverfahren eingeleitet werden.

Von den 3,2 Millionen Rentenempfängern Ostdeutschlands erhalten 50 % weniger, als ihnen berechtigt erworbene Ansprüche entspricht. 360000 Rentner sind durch politisches Rentenstraftrecht um ihre in der DDR erworbe-

den Beitrittsgebiet seiner Bürger wirksam. Die gerichtliche und strafrechtliche Praxis der letzten drei Jahre widerspricht grundlegend den im Einigungsvertrag getroffenen Festlegungen. Die bundesdeutsche Justiz macht jedoch seltene Bocksprünge. Wenn der Karlsruher Bundesgerichtshof verkündet, daß die ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeiter der HVA als Spione bzw. Landesverräter zu behandeln sind und hohe Freiheitsstrafen verlangt, erklärt sich das Berliner Kammergericht außerstande, aus völker- und verfassungsrechtlichen Gründen angeklagte ehemalige HVA-Offiziere zu verurteilen und ruft das Bundesverfassungsgericht zur endgültigen Entscheidung an. Das aber schweigt seit Mitte 1991. Und inzwischen läuft der Prozeß gegen Markus Wolf. Zweierlei Recht in Deutschland, und so ganz nebenbei fallen richterliche Entscheidungen wie gegen die Mitglieder des Nationalen Verteidigungsrates der DDR. Tatsachen werden geschaffen und das BVerfG unter Druck gesetzt. Augenscheinlich wird auch der Prozeß gegen Markus Wolf mit einem Urteil gegen ihn zu Ende gebracht werden, ehe das BVerfG zu Stuhle kommt. Der „rechtlose Schwebezustand“ scheint gewollt. Wenn sich auch die Gerichte und Richter bemühen, ihre Prozesse als unpolitisch darzustellen, sind ihre Urteile politisch determiniert.

Diepgens Pläne ...
Fortsetzung von Seite 8:

ber den Bezirken wird viel von Selbständigkeit gesprochen, auch in der Senatsvorlage des Innensensors vom 24.8. Als Beispiel wird in der Presse die Entscheidung über Verkehrsampeln außerhalb eines größeren Leitsystems genannt. Auf eine Anfrage im Landtag hin führt der Senator für Inneres nur folgenden Punkte auf: Aufstellung und Festsetzung der Bebauungspläne und der Landschaftsplanung, Vermessungsaufgaben sollen von der fachaufsichtlichen Kontrolle befreit werden, Planung und Bau fachtechnischer Anlagen in bezirklichen Gebäuden, städtebauliche Wettbewerbe. Alles steht unter dem Vorbehalt, daß es keine Bedeutung für die Hauptstadtplanung oder überbezirklich oder gesamtstädtisch hat. Die Umbenennung der Otto-Grotewohl-Str. wurde damit gerade erst gegen den Willen des Bezirksstadtmittels erzwungen. Um in der Hauptstadtplanung besser durchgreifen zu können, sollen vor allem die Innenstadtbereiche Tiergarten, Kreuzberg und Stadtmitte zusammengelegt werden, wogegen sich auch die Bezirksbürgermeister wehren. Es ist offensichtlich, daß die Bezirke weniger Gestaltungsmöglichkeiten als vor der Reform haben werden. „Die in weiten Bereichen bereits realisierte Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung muß durch wirtschafts- und werbefreundliches Verwaltungshandeln ergänzt werden ... Aus diesem Grunde werden die Planungs- und Geneh-

migungsverfahren im Bau- und Stadtplanungsbereich drastisch gestrafft und beschleunigt.“ (Senatsvorlage vom 24.8.) Die IHK hat die zügige Umsetzung der Verwaltungsreform am 3.9. nochmals angemahnt und sie sogar als ein Stück Rechtfertigung für die Existenz der großen Koalition bezeichnet. „Schnellere Entscheidungen durch die Beachtung knapper Fristen, nach deren Ablauf Einverständnis, Zustimmung oder Genehmigung erteilt werden“, lautet eine ihrer Vorgaben. Als ein Zugeständnis des Senats an die Bezirke gilt die beabsichtigte Einführung einer Globalzuweisung von Finanzmitteln an die Bezirke. Diese können die Mittelverwendung dann selbständig regeln. Allerdings will die Stadtregierung Mindestsätze für Investitionen festlegen und Höchstbeträge für Personalausgaben. Weitere Pferdefüße: Die Bezirke haben keine eigenen Finanzquellen und auch keinen festen Zuteilungsschlüssel, die Neuregelung kommt dem Hang des Finanzsenators Pieroth zu globalen Kürzungen entgegen, weil dann nicht er sich mit der Unterdrückung konkreter Interessen auseinandersetzen muß, sondern die nachgeordneten Behörden die Schmutzarbeit verrichten müssen. Ursprünglich hatten die Brandenburger selbständige Berliner Bezirke vorgeschlagen, die unabhängig von der Berliner Zentralverwaltung Abkommen mit den Umlandgemeinden abschließen können. Statt einer alles beherrschenden Metropole (die Berliner wollen ein Wachstum der Bevölkerung von 300000 bis zum Jahr 2010 durchdrücken) sollten zwei Ringe von regio-

nen Zentren gestärkt werden. Der Schock über dies Konzept hat Diepgen mißtrauisch gemacht. Bei aller Liebe zu Vereinigung hat er am 14.10. einen Knebelungsparagrafen für den Staatsvertrag vorgeschlagen: Die einheitliche Stadtgemeinde Berlin und ihr zweistufiger Aufbau mit schwachen Bezirksrechten soll in einer „Versteinerungsklausel“ so festgeschrieben werden, daß er durch den künftigen Landtag nicht mehr geändert werden kann. — (chk)

Gesundheitsstrukturgesetz

Ostberliner Ärzte sind stark benachteiligt

Das zum 1. Januar 1993 in Kraft getretene Gesundheitsstrukturgesetz (GSG) hat erhebliche Folgen für das ostdeutsche Gesundheitswesen.

Folgt man den Angaben offizieller Stellen, so hat es seine ersten Erfolge zu verbuchen. Obwohl die Deckelung des Arzneimittelbudgets erst ab 1. Januar 1994 vorgesehen ist, führte die geplante Maßnahme schon vorzeitig zu erheblichen Einsparungen von Arzneimitteln. Minister Seehofer lobt die bisher erreichte Ausstattung der ostdeutschen Praxen und meint, daß sie fast westliches Niveau erreicht hätten. Besonders befriedigt zeigte er sich gegenüber Journalisten zur Entwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung. (Der Kassenarzt, Nr. 40/93) Einem Defizit von 9, Mrd.

DM 1992 stand im ersten Halbjahr 1993 ein Überschuß von 2,6 Mrd. DM gegenüber. (ebenda) Daraus wird natürlich geschlossen, daß diese Erfolge die Durchführung dieser Gesundheitsreform vollauf rechtfertigen.

Aber dieser Entwicklung gingen, besonders auch in Ost-Berlin, andere, tiefgreifende Veränderungen voraus.

Mit der Schließung von Polikliniken und anderer medizinischer Einrichtungen und dem Wegfall von Arbeitsplätzen in Krankenhäusern, schließlich auch der Entlassung von „staatsnahen“ Bürgern aus dem Öffentlichen Dienst setzte in Ostdeutschland ein Run auf die private Praxis ein. Hartmannbund und andere Verbände taten alles, um die Privatisierung des Gesundheitswesens in Ostdeutschland voranzutreiben.

Die ostdeutschen Ärzte, die bisher von ihrem Gehalt gelebt und nie „Kapital“ aufgehäuft hatten, verschuldeten sich hoch bei Banken und Kreditinstituten. Kredite zwischen 200000 und einer Million DM waren keine Seltenheit. Belastend wirkten die teilweise hohen Mieten für den Quadratmeter: zwischen 30 und 40 DM, was neben anderen Kosten die Betriebskosten hochschnellen ließ.

Besondere Bedingungen in Ost-Berlin führten mit der Zeit zu erheblichen Spannungen. Hier setzte die Niederlassungswelle wesentlich später ein als in den anderen neuen Ländern. Die Zahl der niedergelassenen Ärzte erhöhte sich von 1278 im Januar 1992 auf 1838 zum 1. Juli 1993. Hinzukommt, daß sich mehr Ärzte niedergelassen haben, als es im GSG berechnet wurde. Im oben er-

wählten Zeitraum, beträgt die Steigerung 43,8 %. (KV-Blatt, Berlin) Die Mengenausweitung führte zu einer verstärkten Konkurrenzsituation unter den Ärzten. Kleine Praxen, deren Scheinzahl um 25 % unter dem Durchschnitt liegt, sollen genauer überprüft werden. „Dieses Instrument soll eine Mengenausweitung von durchschnittlich frequentierten Praxen verhindern.“ (Ärzte-Zeitung, 8.10.93)

Einen erheblichen Dämpfer erhielt ein großer Teil der niedergelassenen Ärzte mit der Honorarzählung für das 1. Quartal 1993. Viele Ärzte lagen bis zu 15 % unter den bisherigen Honorarzählungen. Der Grund war der rapide Verfall des sogenannten Punktwertes in Ost-Berlin von 7,9 Dpf auf nur 6,758 Dpf. Entgegen der vor zwei Jahren versprochenen Angleichung des Punktwertes für Ost-Berliner Ärzte an das Niveau der Westkollegen (Ost-Berliner Ärzte erhalten nur 75 % des Punktwertes), werden sie nun doppelt bestraft: Verfall des Punktwertes und keine Angleichung.

Verständlich, daß diese Situation zu erheblichen Protesten führte. Aber auch zu gegenseitigen Schuldzuweisungen. Die KV beschuldigt das Ministerium und Seehofer mit seinem GSG. Die Ärztekammer Berlin und ihr Präsident Ellis Huber die KV usw. Für alle aber ist sichtbar: Die Ost-Berliner Ärzte sind stark benachteiligt. Im sich verschärfenden Verteilungskampf haben sie keine Lobby. Aufkeimende Proteste bleiben stecken und verfangen sich im bürokratischen Gestrüpp. Fehlende Solidarität miteinander tut das Übrige. — (abe)

Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit!

**Kampagne für einen internationalen Aktionstag
Aufruf des deutschen Initiativkreises Libertad!**

„Wir, die internationalen Organisationen, die sich in München getroffen haben, um am Kongreß „500 Jahre Kolonialismus und Widerstand“ teilzunehmen, haben beschlossen, daß es notwendig ist, mit allen politischen, religiösen, humanitären, demokratischen, sozialen usw. Organisationen einen Dialog zu initiieren, mit dem Ziel, den „Internationalen Tag der politischen Gefangenen“ festzulegen und die Freiheit derselben zu fordern. Wir haben die Hoffnung, daß dieser Dialog schnell und wirkungsvoll geführt wird, und daß wir kurzfristig zu definitiven Übereinkünften über diese Initiative kommen können.“ (München, 6. 7. 92: Movimiento Liberation Nacional / Puerto Rico, National Democratic Front / Philippinen, FMLN / El Salvador, MLN-Tupamaros / Uruguay)

Die Idee, die Solidarität mit den Gefangenen weltweit an einem Tag zu manifestieren, ist nicht neu. Schon lange lebt sie in den Herzen und Hoffnungen von vielen — der Gefangenen selber, bei den Menschen aus Solidaritätsgruppen und immer wieder in Gesprächen der verschiedensten Bewegungen aller Kontinente. Die Hoffnung, in internationaler Verbundenheit und gemeinsamen Kämpfen die Freiheit der Gefangenen zu erstreiten, wurde nie aufgegeben.

Unsere Initiative für einen internationalen Kampagne entstand auf dem Kongreß gegen den Weltwirtschaftsgipfel 1992 in München. Dort faßten die Vertreterinnen und Vertreter der genannten Organi-

sationen unsere gemeinsame Diskussion zusammen. Mit Genossinnen und Genossen aus Befreiungsbewegungen und Basisgruppen verschiedenster Länder nahmen wir uns vor, diesen Versuch zu wagen. Damit fangen wir jetzt an und geben die Gründung von Libertad!, dem deutschen Initiativkreis bekannt.

Die Menschenrechte werden nur revolutionär erkämpft. Keine Regierung, kein Staat, keine internationale Institution schenken sie uns. Wer da noch Illusionen hatte, wer vielleicht glaubte, nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Staatssozialismus würden die imperialistischen Eliten zur Einsicht kommen, wird täglich eines Besseren belehrt. Im Namen der Menschenrechte werden Kriege zur Durchsetzung der alten „neuen Weltordnung“ geführt. Hunger, Elend und Vertreibung sind der Alltag von immer mehr Menschen. Die Wahrzeichen des nunmehr weltweit herrschenden Kapitalismus sind Rassismus und sexuelle Unterdrückung, Entmündigung und Ausbeutung. Die UNO schwingt sich auf zur zentralen Institution imperialistischer Politik und begeht täglich Verbrechen an den Menschen und Völkern.

Westeuropa, der alte Kontinent der Conquistadoren, erfährt seine historische Wiedergeburt als Zentrum kapitalistischer Macht und imperialer Größe. Was der Ost-West-Gegensatz 40 Jahre in Schach hielt, kann jetzt wieder ungehemmt schalten und walten. Großdeutschland ist Brandstifter — hier und

immer öfter in der Welt. Deutsches Geld und Vernichtungstechniken — von den Isolationstrakten bis zum Giftgas in Halabja — haben seit Jahrzehnten einen guten Ruf bei allen Diktatoren und Militärregimes. Jetzt geht die Bundeswehr selbst zur Sache: „Germans to the front“.

Die Internationale erkämpft des Menschen Recht

1917 löste in allen Winkeln der Erde bei den Unterdrückten eine Welle der Hoffnungen aus. Die Oktoberrevolution siegte. Ein neuer Anfang in der Geschichte der Menschheit schien gemacht. Diese Hoffnung begleitete alle Befreiungskämpfe bis in die jüngste Vergangenheit. Nicht erst heute, aber heute erst recht müssen wir nach den vielen verschiedenen beschrittenen Wegen und ihren Sackgassen von einer grundsätzlichen Krise dieser Zuversicht sprechen. Die Niederlagen, die emanzipatorische Politik in vielen Ländern erlitten hat, sind unsere gemeinsamen Niederlagen und nur zusammen können wir sie bewältigen. Wir haben historische Erfahrungen. Aber auch erst jetzt, wo die ganze Welt faktisch kapitalistisch ist, kann sich emanzipatorische Politik wieder freier entfalten: Das Ende des staatlichen Sozialismus hat nicht das „Ende der Geschichte“ eingeläutet, sondern nur das Ende des Kapitalismus.

Wir gehören zu denen, die auf der Suche sind. Wir können nicht behaupten, daß uns sehr viel deutlich vor Augen ist;

aber grundsätzlich sind wir uns einig: nichts darf so weitergehen wie bisher. Die von den Herrschenden und Profituren dieses Systems großangelegte, umfassende Zerstörung muß beendet werden. Dazu bedarf es unserer Auffassung nach eines gesellschaftlichen Widerstands und einer revolutionären Kraft.

Das ist unser Ausgangspunkt.

Das internationale Machthaberkartell ist auf dem Vormarsch. Das Prinzip der Profitmaximierung gilt scheinbar grenzenlos und ungehemmt. Allein in diesem Land wurden in den letzten Jahren Tataschen geschaffen, vor denen wir nicht die Augen verschließen können. Die Armut ist nicht nur die tv-gerechte Aufbereitung der Probleme anderer Länder. Der Kapitalismus bleibt eine fukelnde Glitzerwelt, und doch wird der Verlust sozialer Vorzüge schonungslos im breitem Ausmaß sichtbar. Verschärft wird sich faschistische, rassistische und sexistische Gewalt — verschärft wird sich der Existenzkampf. Für Frauen wird es jeden Tag dringender, sich in dieser explosiven Gesellschaft mit allen Mitteln ihrer Haut zu erwehren. Und über zwanzig von Faschisten ermordete Menschen allein in diesem Jahr. Die alltäglichen rassistischen Übergriffe, denen ausländische und behinderte Menschen ausgesetzt sind, lassen sich nicht mehr zählen.

Auch diese Entwicklung macht es zwingender, nach gemeinsamen Wegen zu suchen. Ein neues Projekt der Befreiung muß erst geschaffen werden. Aus diesen Zuständen und gegen sie! Viele Ideen und Vorstellungen, aber auch Diskussionen an Widersprüchen, anderen Sichtweisen und Erfahrungen werden dafür Grundlage bilden. Noch ist kein Wendepunkt in Sicht — während die Irrfahrt der Weltpolitik der Herrschenden andauert, und wir ihnen Schläge versetzen müssen.

Der internationale Kampftag

Die Initiative für einen internationalen Kampftag weist alle Hoffnungen auf „Lösungen von oben“ zurück. Gerade auch in unserem Land ist das Vertrauen auf die eigene Kraft viel zu oft der Hoffnung auf staatliche Vernunft gewichen. Das hat die letzten Jahre geprägt — und das längst nicht nur in der Frage der Gefangenen. Wir müssen die Sache selber in die Hand nehmen, wie die Menschen ihre Angelegenheiten immer und überall

selber in die Hand nehmen müssen. Sonst wird es etwas gegen uns und nicht für uns. Dazu müssen wir dieses Verhältnis, da wo es verloren gegangen ist, zurückerobert. Darum geht es dieser Initiative. Sie wäre sonst nicht Teil eines Emanzipations- und Widerstandsprozesses. Sie wäre bloß ein Aufgeblähter Konzepte und politischer Schliche, mit denen die Hoffnungen auf Verbesserung unserer Lage betrogen werden.

Die Initiative kann aber eine internationale Bewegung werden, eine aus den Kämpfen für menschenwürdige Bedingungen und Solidarität mit den Gefangenen in allen Ländern gewachsene Einheit. Weltweit werden Menschen verfolgt, getötet, gefoltert und eingesperrt. die um gesellschaftliche Befreiung kämpfen. Nicht selten konnte ihr Widerstand in den Knästen auch die Bewegungen „draußen“ ermutigen. Und nur im Kampf stark gewordene Widerstandsbewegungen konnten und können ihre Gefangenen befreien!

Einen internationalen Kampftag kann man nicht einfach ausrufen. Das ist kein Plan, im Hinterzimmer ausbaldowert, sondern eine Bewegung, die entstehen muß. Sie kann nur wachsen im Bewußtsein von vielen Menschen rings um die Welt. Einen Tag — und dann welchen? — festzulegen, können wir nur denken, in der gemeinsamen Anstrengung vieler Menschen und Gruppen, vieler Aktionen, Vorstöße und Anläufe. In diesem Land und mit den Komitees für den Internationalen Tag, die sich in anderen Ländern bilden werden. Die Illusion schneller Erfolge und kurzfristiger Kampagnen haben wir nicht.

Und natürlich geht es nicht nur um einen Tag, sondern um alle Tage des Streites, des Protestes, des Widerstands und der Solidarität mit den eingekerkerten Genossinnen und Genossen. Egal wo, egal aus welchen Kämpfen und Organisationen. Es soll ein Kampftag sein, an dem die Forderung so breit und offensichtlich wie möglich weltweit öffentlich präsent ist. Die Protest- und Kampfformen sollen so vielfältig und unterschiedlich sein wie die Menschen, die ihn gestalten. Das wird letztlich den Charakter dieses Tages bestimmen — fern ab aller Unterschiede über den Weg, wie die Freiheit der Gefangenen oder eine andere Gesellschaft zu erkämpfen ist. An

Kontaktadresse: Libertad I, c/o „3. Welt-Haus“, Westerbachstraße 40, 60489 Frankfurt/Main

Frage: Es gibt bereits einen Internationalen Tag der Gefangenen am 17. April, der von der Intifada im Zusammenhang mit dem berüchtigten Lager Ansar 3 ausgerufen wurde. Es finden zu diesem Tag auch in der BRD Aktionen statt. Wie sieht ihr euch im Verhältnis dazu — sowohl international als auch auf die BRD bezogen?

Libertad!: Als wir mit den Genossinnen und Genossen aus Uruguay, der Türkei, den Philippinen usw. in München während des Gegenkongresses zusammen saßen, diskutierten wir auch die verschiedensten Termine für so einen internationalen Tag. Genannt wurden der Tag, an dem Nelson Mandela freikam und mit ihm tausende andere in Südafrika, der 14. März, weil dort die gefangenen Tupamaros freikamen, der 10. Dezember als Tag der Verabschiedung der UNO-Menschenrechtsdeklaration, der 18. Oktober als Synonym für Folter und Mord im Knast... und so waren noch einige andere Daten im Gespräch. Wir stellten aber bald fest, daß wir in diesem Kreis keinen Termin festlegen konnten. Zuerst müssen überhaupt in den einzelnen Ländern und innerhalb der Bewegungen Initiativen entstehen und diese Idee aufgreifen. Einige Anhaltspunkte dafür konnten wir aber formulieren: Es sollte, wenn nicht willkürlich irgendein Datum festgelegt wird, ein Tag sein, der die Befreiung von vielen Gefangenen symbolisiert.

Davon, daß der 17. April bereits ein internationaler Tag für die Gefangenen wäre, hören wir zum ersten Mal. Es ist ein Tag der palästinensischen Gefangenen. Wir haben uns gefreut, daß in

Schleswig-Holstein dieser Tag aufgegriffen und eine Verbindung zu den Gefangenen in Deutschland hergestellt wurde. Auch das drückt ja das Bedürfnis aus, einen solchen gemeinsamen internationalen Tag zu schaffen.

Frage: Wie sieht ihr eure Erfolgsaussichten? Es heißt in eurem Aufruf ja, „konnten und können ihre Gefangenen befreien“; worauf bezieht sich das „konnten“?

Libertad!: Es ist schwierig, zu Beginn einer Initiative von ihren Erfolgsaussichten zu sprechen. Wir machen erste Schritte. Und wann dieses internationale Netzwerk, die verschiedenen Aktionen und Mobilisierungen eine Kraft entfalten, um Regierungen verschiedenster

Nachgefragt

Länder zur Freilassung politischer Gefangener zu zwingen, läßt sich jetzt noch gar nicht sagen. Wir sind uns allerdings sicher, daß überhaupt erst in der Zusammenarbeit von Bewegungen und revolutionären Kräften verschiedenster Länder die Voraussetzungen geschaffen werden, international und gemeinsam mit den Gefangenen um ihre Freiheit zu kämpfen.

Frage: In der BRD definieren die Herrschenden die sonst verleugneten politischen Gefangenen durch Sonderverfahren, die entweder auf dem Verwaltungsweg, z.B. per Haftstatut, oder gleich durch Spezialgesetze, z.B. 129a, Ver-



Demonstration für die Freilassung von Irmgard Möller in Lübeck

Foto: Marcus Höhn

BWK-Bundesdelegiertenkonferenz protestiert neuerlich gegen fortdauernde Vernichtungshaft

Die Bundesdelegiertenkonferenz stellt fest, daß die Behörden der BRD nach wie vor von der Politik der Vernichtungshaft gegen die Gefangenen aus RAF und Widerstand nicht abgehen. Kritiker dieser Politik und Angehörige der Gefangenen werden von denselben Behörden politisch verfolgt, um die Kritik zu unterdrücken. Der BWK unterstützt alle Bemühungen, trotz der Verfolgung gegen diese menschenrechtswidrige Politik in der Öffentlichkeit aufzutreten. Die Politik der Vernichtungshaft besteht u.a.

- in der Nichtentlassung von Gefangenen, die 15 Jahre und zum Teil weitaus länger inhaftiert sind. Irmgard Möller ist seit über 21 Jahren inhaftiert, viele Jahre davon unter härtesten Isolationshaftbedingungen.
- in den Versuchen, die nach 15 Jahren mögliche Haftentlassung mit immer neuen Mitteln zu hintertreiben.
- kranke und haftunfähige Gefangene, wie Ali Jansen und Bernd Rösner werden nicht entlassen.
- die menschenrechtswidrigen Haftstatuten sind nach wie vor in Kraft und werden — wie im Fall von Birgit Hogefeld — auch angewandt, um den politischen Willen zu brechen.

Die Delegiertenkonferenz nimmt mit Erbitterung zur Kenntnis, daß die Behörden vor einer Haftentlassung auf einem psychiatrischen Gutachten bestehen. Die Argumente, mit denen die Gefangenen diese Zumutung zurückweisen, unterstützen wir.

Nach unserer Ansicht wäre eine Stellungnahme der Berufsverbände von Ärzten bzw. Psychiatern in diesem Fall erforderlich. Es handelt sich um den Mißbrauch der Psychiatrie für politische Zwecke. Sollten sich die Berufsverbände dagegen nicht erfolgreich wehren, ist es Sache der politischen Öffentlichkeit, diesen groben Mißbrauch und diese tiefe Mißachtung von Menschenrechten abzustellen.

Die Delegiertenkonferenz meint, daß die Gefangenen bis jetzt bereits in hohem Maße einen Beitrag zu dieser Auseinandersetzung geleistet haben. Wenn sie sich dieser als psychiatrischen Untersuchung ausgegebenen Demütigung dann doch unterziehen müssen, um überleben zu können, werden die Ergebnisse dieser Prozedur so nichtig sein, wie jede andere von Amtsträgern durch Zwang erpreßte Aussage.

(einstimmig beschlossen von der Delegiertenkonferenz des BWK am 17.10.93)

Termine

31. 10. Offene Delegiertenkonferenz der West-Landesverbände der PDS. Einleitungsreferate zur politischen Situation und zum Europa- und Bundestagswahlkampf der PDS im Westen und Aussprache. 10 bis 18 Uhr, Haus der Jugend, Deutscherherrenufer, Frankfurt.

6. 11. Herbsttagung der GNN-Verlage in Köln.

7. 11. Herbsttagung des Arbeitskreises Politische Berichte in Köln.

13. 11. 12. Parteitag der DKP in Gladbeck/Nordrhein-Westfalen. Beschlußfassung u.a. über die Beteiligung der DKP an den Wahlen im Jahr 1994.

27./28. 11. Bundeskongreß der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg in Köln.

5. 12. Kommunalwahl in Brandenburg

1994

21. — 23. 1. Bundesweites Treffen der Cuba-Solidaritätsgruppen in Berlin. Anmeldungen über: Cuba si, Postfach 100, 10122 Berlin, Tel. 030/28409455.

5. — 6. 3. 14. ordentliche Delegiertenkonferenz des BWK in Köln.

12. — 13. 3. Tagung des 3. PDS-Parteitags mit dem Schwerpunkt „die PDS in den Wahlen 1994“ in Berlin.

dem Tag wird sich das sowieso nicht entscheiden — auch wenn er jährlich begeben wird.

„Es gibt keine politischen Gefangenen in Deutschland“

Das war und ist Regierungsdirektive seit 20 Jahren gegen die Gefangenen aus Guerilla und Widerstandsgruppen. Die Kriminalisierung und Entpolitisierung von Fundamentalopposition ist für die Bundesrepublik konstitutiv. Gegen diese Leugnung des politischen Charakters der revolutionären Kämpfe seit 1968 war es notwendig, den Begriff „politische Gefangene“ durchzusetzen.

Der Begriff des politischen Gefangenen ist problematisch. Er ist Definitionsache und abhängig von Interessen und Zielen. Für die einen schließt er Gefangene, die aus sozialer Not stehlen, aus; für die anderen schließt er gefangene Nazis und Kriegsverbrecher ein, während wieder andere die im Kampf eingesetzten Mittel zum Kriterium nehmen.

Wir verstehen uns mit dieser Initiative als Teil einer weltweiten Befreiungsbewegung. Die in ihren Kämpfen, Mobilisierungen und Aktionen gefangen genommenen Genossinnen und Genossen, die von den Machthabern in allen Ländern drangsalierten Menschen definieren unseren Begriff des politischen Gefangenen selbst: Es sind die Gefangenen aus den Widerstands-, Befreiungs- und Basisprozessen in aller Welt, es sind die Gefangenen aus den Klassenkämpfen für die Abschaffung der Klassengesellschaft. Und natürlich kann eine internationale Kampagne für die Freiheit der Gefangenen nur greifen, wenn sie auch das Ziel hat, das Unterdrückungs- und Knastsystem insgesamt zu brechen.

Die Basis internationalistischer Solidarität ist der eigene Kampf. Ohne ihn wird alles zur Proklamation. Wir kennen das Argument, daß erst die eigene Sache auf die Beine gestellt werden muß, bevor man in die Welt geht. Da ist was dran. Und natürlich dann, wenn es schlecht steht um unseren Kampf. Wir wissen das auch: Die Probleme überwiegen. Die Linke ist schwach und unsere Gefangenen sind noch nicht einmal zusammengelegt. Und natürlich stellt sich die Frage, ob nicht versucht wird, der eigenen Realität auszuweichen, anstatt das Nächstliegende im eigenen Land zu tun. Aber was ist das Nächstliegende?

Unser Freiheitskampf richtet sich gegen die herrschenden Verhältnisse. Und die sind international, wenn auch in den verschiedenen Ländern und Kontinenten unterschiedlich ausgeprägt. Gemeinsam gegen diese Zustände zu kämpfen ist kein Umweg oder Ersatz für den Kampf im eigenen Land. Das gilt auch in Bezug auf die Gefangenen. Mehr denn je er-

preßt in diesem Land der Staat die gesamte radikale Linke mit den Gefangenen. Auf die Jahrzehnte der Isolation aufbauend ist die Maxime: Anpassung an die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, Akzeptanz des Staates und Individualisierung — oder Knast auf ewig. Das stellt alle vor schwerwiegende Entscheidungen, drinnen wie draußen.

Und gerade weil es eine Veränderung der Situation der Gefangenen nur um den Preis völliger politischer Selbstaufgabe zu geben scheint, müssen wir die nationale Enge durchbrechen und neue Kraft schöpfen. Für uns ist das kein Widerspruch. Das Eine bedingt für uns das Andere. Und weil es so ist, braucht es den Zusammenschluß aller, die diese weltweite kapitalistische Zwangsgesellschaft zum Teufel jagen wollen.

Libertad!, die Initiative für eine weltweiten Kampftag kann, wenn sie zu einer Bewegung wird, auch neue Kräfte und frischen Wind im Kampf um das Leben und die Freiheit der politischen Gefangenen in Deutschland freisetzen. Aber dieser Freiheitskampf hat keine Maßeinheit in Wochen oder Monaten.

Gründung des Initiativkreises und die ersten Schritte

Seit dem Gegenkongreß in München ist ein Jahr vergangen. Wir haben diese Zeit gebraucht, um uns zueinander sicher zu werden und sicher zu gehen, daß der Initiativkreis Libertad! den ersten Aufruf überlebt.

Wir gehen jetzt an die Öffentlichkeit, um diese Idee des Internationalen Tages vorzustellen und zu verbreiten. Die Initiative ist offen. Wir werden mit interessierten Gruppen gerne Informationsgespräche führen und Infoabende veranstalten, um die konkreten Überlegungen zur Weiterentwicklung und gemeinsamen Arbeit zu vermitteln. Längerfristig soll eine Struktur lokaler Komitees und bundesweiter Arbeitsgruppen von Libertad! entstehen. Für die erste Hälfte des nächsten Jahres planen wir eine öffentliche Arbeitskonferenz, um gemeinsam die weiteren Vorhaben zu besprechen und anzugehen.

Unser Ziel ist es, daß viele Menschen, Gruppen und Organisationen die Kampagne zu ihrer Sache machen — daß dieser Internationale Kampftag für die Freiheit mithilft, das gesellschaftliche Klima zu verändern. Wir wollen gemeinsam die Initiative ergreifen: gegen die Vernichtung unserer Geschichte, gegen die Vernichtung der Gefangenen, gegen die Zerstörung der Perspektive gesellschaftlicher Befreiung.

Für die Würde der Menschen, für die Freiheit, für die Einheit!

Grüner Parteitag

Ein Bericht von Angelika Beer

Die innerparteiliche Kontroverse der Grünen über mögliche Militäreinsätze als letztes Mittel hatte bereits mit dem Golfkrieg begonnen, als vor allem die Amerikaner in Saddam Hussein den neuen Hitler entdeckten, um ihre Militäroffensive „Desert Storm“ zu rechtfertigen, nachdem sie selbst das Baath-Regime bis unter die Zähne militärisch aufgerüstet hatten. Die Frage, ob jemand wie Hitler nicht nur durch Militärschläge zu stoppen ist, wurde aufgeworfen, aber nicht diskutiert. Im Herbst 92 warfen zwei Mitglieder der Partei nach einem Aufenthalt in Belgrad die Frage nach der prinzipiellen Gewaltfreiheit erneut auf. Während ein daraufhin einberufener Sonder-Länderrat der Grünen im März 93 die Gewaltfreiheit bestätigte, führte der erste kommunistische Länderrat von Bündnis 90/Die Grünen im Juni 93 zu dem entgegengesetzten Beschluß.

Drei Landesverbände, der Babelsberger Kreis als Zusammenschluß von Linken in den Grünen sowie zahlreiche Einzelpersonen traten daraufhin für die Einberufung einer Sonder-Bundesversammlung ein, um die durch den Juni-Beschluß vor allem in den Medien ausgetragene Kontroverse über die Revision grüner Friedenspolitik durch das höchste Gremium der Partei zu klären und die Blockade der außenpolitischen Handlungsfähigkeit damit zu beenden.

Nach dreimonatiger Diskussion in fast allen Kreisverbänden und Fachgremien der Partei Bündnis 90/Die Grünen, einem gut besuchten, von der Bundesarbeitsgemeinschaft Friedens- und Internationale Politik ausgerichteten Fachsymposium in Braunschweig unter dem Arbeitstitel „Frieden schaffen — mit oder ohne Waffen?“ war es am 9. Oktober so weit. Der Sonder-BDK in Bonn lagten 24 Anträge vor, die bis auf wenige Ausnahmen nicht nur auf die Situation im ehemaligen Jugoslawien eingingen, sondern in Globalanträgen die Eckpfeiler grüner Friedens- und Außenpolitik zur Entscheidung stellten.

Bereits in der ersten Abstimmungsrunde wurde allen drei Anträgen, die sich in unterschiedlichen Varianten für Militäreinsätze als „ultima ratio“ aussprachen (Fischer/Kleinert, Poppe, Cohn-Bendit) eine deutliche Absage erteilt. Ein von der Mehrheit des Bundesvorstandes sowie Einzelpersonen eines politisch breiten Spektrums der Partei formulierter Antrag wurde zum Leitantrag. Dieser wurde nach zahlreichen Änderungen durch die Versammlung mit ca. 90 % der Delegierten-Stimmen verabschiedet und in der Presse überwiegend als „Sieg des Pazifismus“ gewürdigt.

Die taz, die durch zahlreiche Kommentare in der Vergangenheit deutlich gemacht hat, daß sie eine Positionsänderung von Bündnis 90/Die Grünen erwartet und deren Bereitschaft zu Militär-

einsätzen geradezu herbeizuschreiben versucht, setzte bereits zwei Tage nach der Bundesversammlung ihre Legendenbildung fort. Der von der taz benannte „Durchmarsch der Pazifistinnen“ bedarf also einer kritischen Würdigung:

Der Leitantrag wurde im Verlauf der Debatte von zwei Seiten kritisiert; den einen war der Antrag nicht konsequent pazifistisch genug, den anderen erfüllte er nicht den Wunsch nach einer militärischen Intervention.

Ursprünglich unklar formulierte Passagen wie die Forderung nach Demobilisierung der Bundeswehr wurden durch die Versammlung korrigiert. Bündnis 90/Die Grünen haben sich gegen jede militärische Intervention ausgesprochen, die Abschaffung der Bundeswehr sowie die Aufnahme eines Rüstungsexportverbotes ins Grundgesetz gefordert. Eine Beteiligung deutscher Soldaten an UNO-Einsätzen wird abgelehnt. Die SPD wird aufgefordert, ihre Stimmen für eine Grundgesetzänderung im Bundestag zur Ausweitung des Einsatzes der Bundeswehr zu verweigern. In die Debatte sind qualifizierte Vorschläge zur

„Deutschland als Kriegsdienstverweigerer in der internationalen Gemeinschaft“

Reform der UNO und Ausbau der KSZE eingeflossen. Die Grünen haben damit bisherige abstrakte Forderungen konkretisiert und werden in der weiteren Programmarbeit auch im Hinblick auf die Bundestagswahlen 1994 ein außenpolitisches Konzept der zivilen Konfliktforschung zu formulieren haben.

Die in dem Beschluß nur als Eckpfeiler Bündnis 90/Grüner Außenpolitik aufgeführten Instrumente für eine Zivilisierung der Außenpolitik bieten teilweise einen (zu) breiten Interpretationsspielraum und bedürfen einer schnellen Konkretisierung. Dies betrifft vor allem die im Beschluß genannten „internationalen Überwachungsverbände mit zollpolizeilichem Charakter“. Wie sollen sie zusammengesetzt sein? Wer soll über sie verfügen? Wer deren Einsatz bestimmen? Was bedeutet in der Praxis, „Gegen Faschismus helfen keine Appelle an die humanitären Werte, gegen Völkermord nicht der Aufruf, Menschenleben zu akzeptieren. Hier muß schnell, hart, effektiv und konsequent, aber nichtmilitärisch gehandelt werden.“? Der Schuß vor den Bug, um Aggressoren zu stoppen, geht für viele, die letztlich diesem Antrag zugestimmt haben, eindeutig zu weit. Denn es wäre der Einstieg in die Eskalationsspirale, deren Automatismus in militärisches Handeln führt.

Der Beschluß vom 9. Oktober wird allenfalls ein Zwischenergebnis, keines-



Angelika Beer, Mitglied im Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen. Foto: mar

falls das Ende der parteiinternen Debatte über die Gewaltfreiheit sein. Der auf der BDK gescheiterte Versuch (von Fischer u.a.), „Nie wieder Krieg — Nie wieder Faschismus“ zu einem Gegensatz zu stilisieren, wird zu einer weiteren Diskussion führen. Es ist zu hoffen, daß diese Kontroverse nicht als Instrument benutzt wird, um Positionen eines „gerechten Krieges“ doch noch mehrheitsfähig zu machen. Vielmehr sollten wir Grüne das Defizit der vergangenen Jahre, sich mit dem historischen Faschismus zu beschäftigen, abbauen. Nur so werden wir eine verantwortliche Position der Gewaltfreiheit gegen den Versuch, mit einer Revision des Faschismusbegriffs Militär zu relegitimieren, konsequent vertreten können.

Aber auch wenn ein vollkommen eindeutiger Antrag gegen jede Art von Gewalt die Mehrheit gefunden hätte, wäre die Debatte damit nicht beendet. Die Aktivitäten der Bundestagsgruppe Bündnis 90/Die Grünen, die offene Befürwortung von militärischer Macht durch den kulturellen Dezernenten Cohn-Bendit und die nach der BDK eingesetzte Legendenbildung mit Hilfe der taz werden dafür sorgen, daß diejenigen, die sich beklagen, als Minderheit untergestimmt worden zu sein (und verschweigen, daß sie sich gesellschaftlich in einer Mehrheitsposition befinden), werden dafür sorgen, daß ihr eigentliches Anliegen nicht in Vergessenheit gerät. Hierbei geht es m.E. nicht um das Beharren, eine multikulturelle Gesellschaft in Bosnien erbomben zu wollen, sondern darum, die Partei Bündnis 90/Die Grünen koalitionsreif zu schießen. Der Diffamierung der überwiegenden Mehrheit der Partei, durch das Festhalten an pazifistischen und gewaltfreien Positionen die Schuld des Nicht-Handelns und Mitmordens in Bosnien auf sich zu laden (Fücks in der taz), sollten wir gelassen, aber entschieden entgegenreten. Am besten dadurch, daß wir die auf der BDK nicht behandelten Anträge, die konkrete Hilfsprojekte und Kampagnen für vom Krieg bedrohte Menschen in Bosnien, Somalia, Angola, der Türkei und all den anderen der 53 Kriegsregionen vorschlugen, in die Praxis umsetzen.

Die Glaubwürdigkeit von Bündnis 90/Die Grünen wird letztlich nicht an 6 Seiten Papier, sondern an der eigenen Praxis gemessen werden.

Hinweis: Die Diskussionen des „Forum 1“ auf dem Kongreß gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München sowie die Beiträge und Resolutionen der Internationalen Solidaritätsveranstaltung mit den revolutionären Gefangenen sind nachzulesen in der Broschüre „Flugsand“, zu beziehen über AWI-1992 c/o 3. Welt-Haus, Westerbachstraße 40, 60489 Frankfurt oder über den linken Buchhandel.

digerausschluß etc., verfestigt sind. Wie stellt ihr euch zu diesen Sondergesetzen?

Libertad!: Es ist keine Frage, daß Libertad! für die Beseitigung aller antirevolutionären Sondergesetze eintritt. Wir haben allerdings nicht die Illusion, daß Kampagnen, die für Abschaffung dieser oder jener Spezialgesetze eintreten, am grundsätzlich repressiven Charakter des herrschenden Kapitalismus etwas ändern.

Es gibt sie fast in jedem Land, auch dort, wo die Linke bewaffnet kämpft. Einmal vorgestellt, in der BRD könnte das gesamte System der sogenannte „Antiterror-Gesetze“ beseitigt werden, dann wäre der Regierung ein wichtiges Instrument aus der Hand genommen. Allerdings denken wir nicht, daß dies gegenwärtig möglich ist. Gerade in der BRD ist es so, daß durch die für diesen Staat konstitutive Verrechtlichung, und somit auch Verstaatlichung aller sozialen und politischen Konflikte, diese Sondergesetze kein Fremdkörper im Gesetzeswerk sind, der einfach herauszulösen wäre.

Frage: Mit dem Zerfall des Realsozialismus und der Abrechnung, die die sog. Reformkräfte durchziehen, mehrte sich die Zahl der politischen Gefangenen aus dieser Richtung. Wo steht ihr gegenüber dieser Abrechnungspolitik?

Libertad!: Die Initiative Libertad! benutzt eine Definition von politischen Gefangenen, die sich aus den Zielen und der Praxis herleitet. Es sind die Gefangenen aus Widerstands-, Befreiungs-

und Basisprozessen in aller Welt, es sind die Gefangenen aus den Klassenkämpfen für die Abschaffung der Klassengesellschaft. Da denken wir nicht in erster Linie an gefangene ehemalige realsozialistische Minister und Bürokraten oder Stasi-Kundschafter im Westen. Wir wehren uns allerdings gegen die Abrechnungspolitik. Mittels der Justiz wird durch Kriminalisierung des staatssozialistischen Systems die politische Auseinandersetzung insgesamt angegriffen.

Frage: Was meint ihr mit „internationales Machthaberkartell“? Geht es dabei um die UNO oder eher um Mächte, die die UNO beherrschen und instrumentalisieren? Und dann ist dieses internationale Machthaberkartell ja nicht nur auf dem Vormarsch, sondern löst auch Widerstand aus. Ist eure Initiative auch ein Versuch, den grausamen und unmenschlichen Reaktionen der Herrschenden auf Befreiungsbewegungen entgegenzutreten?

Libertad!: Die Machtverschiebung zugunsten der führenden imperialistischen Staaten und Blöcke wie der USA, Westeuropa und Japan, auch in den internationalen Gremien der UNO, wird keine dauerhafte Erscheinung sein. Die Widersprüche brechen ungehemmt auf und Widerstand gegen die „neue Weltordnung“ wird an vielen Orten geleistet. Eine Internationale Kampagne für die Freiheit der politischen Gefangenen ist natürlich auch Schutz und Selbsthilfe gegen die mörderische Politik der Herrschenden, eine Verteidigung des Kampfes um gesellschaftliche Befreiung in allen Ländern.

Die wichtigste Konsequenz aus der deutschen Geschichte lautet: Nie wieder Krieg. Aber sie lautet gleichzeitig auch: Nie wieder Auschwitz ...

Der Kalte Krieg und die Blockkonfrontation sind zu Ende, doch über 40 Kriege finden zur Zeit auf der Erde statt ... Am stärksten ins Bewußtsein gedrungen sind die Kriege im ehemaligen Jugoslawien ... Restjugoslawien samt seinem serbischen Kern wurde in eine Randlage gedrängt, einem Dritte-Welt-Schicksal ausgeliefert. Die ehemals kommunistischen Machthaber konnten sich in Belgrad mit national-reaktionären Parolen und einer aggressiven Kriegspolitik zuerst gegenüber Kroatien und dann auch gegenüber Bosnien-Herzegowina an der Macht halten. Der Krieg, den sie und ihre Statthalter in Bosnien gegen die bosnischen Muslime führen, hat sich zum Genozid gewandelt. Systematische Menschenrechtsverletzungen wie barbarische Massenmorde an Zivilisten, Konzentrationslager, Massenvergewaltigungen, Vertreibungen und Staatsterror sind Zeichen eines faschistischen Völkermordes, wie er nach dem Ende des deutschen Nationalsozialismus nicht mehr für möglich gehalten wurde. Aber auch in der kroatischen Politik werden faschistische Tendenzen immer stärker ...

Die große historische Chance, die Lo-

Aus dem Beschluß

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für eine konsequente Zivilisierung der Außenpolitik ein ... Wir treten nicht nur gegen Krieg zwischen Völkern und Staaten ein, sondern auch gegen die Verletzung von Menschenrechten innerhalb eines Staates. Wenn es um die Menschenrechte geht, darf die Formel von der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten nicht uneingeschränkt gelten ... Die internationale Durchsetzung von Menschenrechten darf sich keiner militärischen Mittel bedienen ... Der serbische Eroberungskrieg bietet ein Beispiel für eine Politik, die den Mitteln des politischen Dialogs nicht zugänglich ist. Wo Macht und Gewalt die

einzige Sprache sind, muß Zwang dagegensetzt werden. Gegen Faschismus helfen keine Appelle an die humanitären Werte, gegen Völkermord nicht der Aufruf, Menschenleben zu respektieren. Hier muß schnell, hart, effektiv und konsequent, aber nichtmilitärisch gehandelt werden ...

Wir wollen eine Außenpolitik, die präventive Konfliktvermeidung und eine bewußte Politik der machtpolitischen Selbstbeschränkung betreibt ... Eine weitere Voraussetzung zur präventiven Konfliktvermeidung ist ein generelles Exportverbot für Rüstungsgüter. Dieses Exportverbot muß in unserer Verfassung festgeschrieben werden ... Wir fordern die Weiterentwicklung nichtmilitärischer Sanktionsmaßnahmen. ... Die wirtschaftliche und verkehrstechnische Blockade zur Durchsetzung von Sanktionen gegenüber Staaten oder Regionen fordert den Einsatz von Überwachungsverbänden mit zollpolizeilichem Charakter ... Die sogenannten „friedensschaffenden“ UN-Einsätze sind in der UN-Charta definitiv auszuschließen ... Wir fordern die Bundesregierung auf, daß sie die Bundeswehr demobilisiert ... Wir fordern die Auflösung der Kampfverbände der Bundeswehr. Der „Einzelplan 14“ (der „Verteidigungs-etat“) des Bundeshaushaltes wird zu einem Konversionshaushalt ...

Jurassic Park

Das größte Geschäft der Filmgeschichte

Steven Spielberg ist der kommerziell erfolgreichste Regisseur aller Zeiten. Von den 15 erfolgreichsten Filmen hat er bei sechs die Regie geführt (u.a. „E.T.“, „Indiana Jones“, „Der weiße Hai“). Er gibt sich gerne als großer verspielter Junge, so z. B. in „Kino-Hit“ 8/9 1993: „... ich stelle mir vor, Peter Pan zu sein“. Sagte er noch 1991: „Ich hoffe, daß man mir niemals vorwerfen kann, daß ich erwachsene Filme mache“, so hat er dennoch 1991 Thomas Keneallys Holocaust-Roman „Schindler's Liste“ verfilmt. Sensationsgeil und gefühllos wollte er auf dem Gelände des KZ Auschwitz drehen und konnte erst auf die massiven Proteste des Jüdischen Weltkongresses auf die Randbezirke verwiesen werden. Im September 1993 erhält er auf der Biennale in Venedig den Goldenen Löwen für sein Gesamtwerk. Er ist damit der jüngste Regisseur, der mit dieser Ehrung ausgezeichnet wurde. Mit „Jurassic Park“ hat er wieder einmal Filmgeschichte gemacht; nicht nur die Saurier sind gigantisch, alles bewegt sich im Reich der Superlative.

Für die, die Story noch nicht kennen: Der Billionär John Hammond läßt auf einer einsamen Insel vor Costa Rica einen Freizeitpark errichten, in dem sechs verschiedene Saurierarten zu sehen sind. Die Saurier werden im Labor aus in Bernstein eingeschlossener DNA gezüchtet. Das Computersystem, das alle Sicherheitsanlagen kontrolliert, bricht durch Sabotage zusammen und die Raubsaurier machen Jagd auf eine Handvoll vorab geladener Gäste.

Das wirklich Neue an diesem Film ist, daß neben Stop-Motion-Technik, Puppen und Robotern mit einer fortgeschrittenen Variante der Computeranimation (Digital Processing) gearbeitet wurde: die 3-D-Modelle aus dem Computer werden in die Realnahmen von den Sauriermodellen hineinkopiert. Dadurch agieren z.B. SchauspielerInnen nicht in den leeren Raum hinein und schauen immer haarscharf am Tier vorbei, sondern das Zusammenspiel wirkt überzeugend und lebensecht. Im Film sieht man zwar nur 6,5 Minuten Computeranimation (das andere sind herkömmliche Trickverfahren), doch daran arbeiteten 50 Leute über neun Monate lang. Die Produktionskosten betrugen 60 Millionen Dollar. Bereits nach zwei Monaten Laufzeit überbot Spielberg mit den Einspielergebnissen seinen eigenen, mit „E.T.“ aufgestellten Rekord (allein am ersten Wochenende erzielte der Film 78,5 Millionen Dollar Einnahmen). Ebenfalls 60 Millionen gingen ins Merchandising für die über tausend Produkte mit dem Emblem des stilisierten Tyranno-Schädels,

vom Schokoladen-Ei für 1.-DM bis zum Bett für 1000 Pfund. Schon bei „Batman“ brachten die Produkte rund um den Film vierfach höhere Einnahmen als der Film. Bei „Jurassic Park“ erwartet man 10 %ige Lizenznahmen in Höhe von einer Milliarde Dollar.

In München startete der Film am 2. September gleichzeitig in 15 Kinos, in einem davon rund um die Uhr, und hat in der Presse neben dem Feuilleton und den Wissenschaftsseiten auch die Nachrichtenseiten erreicht. So untertitelte die AZ eine Karikatur von Gauweiler und Ude zusammen mit Tyranno: „Wenn der kandidieren tat, hätte mir zwao koa Chance“. So betrieben JournalistInnen, durch die pseudowissenschaftliche Thematik

halt von in Bernstein eingeschlossenen blutsaugenden Insekten DNA zu extrahieren und daraus Dinosaurier zu klonen, geht auf Forschungen des Paläontologen George E. Poinar aus Berkeley zurück, der seit Jahren solche Versuche macht und dabei einige Teilerfolge erzielen konnte. Diesen Gedanken griff der Autor Michael Crichton auf und veröffentlichte 1991 seinen Bestseller „Jurassic Park“ (auf deutsch „Dino Park“), der weltweit 8 Millionen Mal verkauft wurde. Er warnt vor der Kommerzialisierung der Bio-Technologie, betont immer wieder, daß es in jedem System Schwachstellen gebe, und daß keine Technik 100 %ig beherrschbar sei. Neben dem Allmachtsgehabe vieler Wissenschaftler kritisiert er sol-

aber mit meinem Werk hat er nicht mehr viel zu tun.“

Jack Horner, Paläontologe aus Montana und Leiter des Museums of the Rockies, bekannt durch seine Forschung an Maia-sauria, durch die er für Saurier Brutpflege und soziales Verhalten in riesigen Herden nachweisen konnte, beriet das Spielberg-Team für ganze 10000 Dollar aus dem Millionentopf bei der Gestaltung der Saurier. Seine Bemühungen, die größten Fehler im Film zu korrigieren, waren aber nicht gefragt. So schlüpft z.B. ein Dino blutverschmiert aus dem Ei, was völlig Unsinn ist („wie aus dem Ei gepellt“, heißt es zutreffender Weise). Und die Hauptattraktion des Films, den blutigeren und räuberischen Tyrannosaurier,

ten, und widerlegte alle bisher als gesichert geltenden Erkenntnisse. Horner versucht auch seit Jahren, DNA zu extrahieren, aber nicht aus in Bernstein eingeschlossenen Insekten, sondern aus Knochenmark. Er hält es nicht nur für unmöglich, daraus die Tiere wieder zu erschaffen, sondern darüber hinaus für unethisch, und teilt damit die Bedenken von allen Gentechnik-GegnerInnen.

Aber dieser Aspekt ist für Spielberg nur Dekoration, um dem Thriller einen dezent kritischen Anstrich zu geben. Ihm geht es um die Sensation, und sein filmisches Credo, alles was machbar ist, auch zu machen, überträgt er so auf den viel gefährlicheren Bereich der Wissenschaft. Im Buch werden am Schluß die Dinos vernichtet, der „Jurassic Park“ als katastrophal fehlgeschlagener Ausdruck anthropozentristischer Allmachtsphantasien geschlossen (wobei einige Dinos entwischt sind und sich zum Festland aufgemacht haben). Im Film bleibt der Schluß offen. So kann Spielberg diesem Reißer noch viele weitere ähnlicher Bauart hinzufügen.

— (kik, aus: Lokalberichte München)

die für ein luxuriöses Leben den Preis der völligen lebenslangen Abhängigkeit bezahlen müssen.

Im gleichnamigen Buch wird diese totale, mit Wanzen und Kameras überwachte Kontrolle der Anwälte und ihrer Familien spannender geschildert. Erwähnt sei noch, daß das FBI auch nicht besser als die Mafia wegkommt. Siegreich ist allein der jugendliche Einzelkämpfer, der mit klugem Köpfchen das Böse besiegt. So einfach ist das! — (ccs)

Abgeschminkt

Witzige und treffende Beziehungskomödie

Abgeschminkt sitzt Maischa in der Badewanne, nachdem sich der vermeintliche Traummann, den sie mit viel Mühe und Aufwand für sich interessiert hat, schon nach dem ersten kurzen Abend und der noch kürzeren Nacht als unerträglicher Macho erwiesen hat. Maischas Freundin Frenzy, die sich eigentlich zur Zeit ganz vorzüglich mit beruflichen Problemen beschäftigen muß und dringend neue und optimistische Ideen braucht, verläßt währenddessen unerwartet einen doch netten Abend. Der „Tourist“, dem sie zunächst nur der Freundin zuliebe die Stadt zeigt, ist auf den zweiten Blick ganz sympathisch — und kommt schließlich sogar noch Frenzys Cartoons zugute.

Ob enttäuschend oder optimistisch — unabhängige, selbstbewußte junge Frauen verwandeln sich sofort, wenn ein für sie attraktiver Mann auftaucht, ziehen sich zimal um für das erste Rendezvous, wagen sich nicht vom Telefon weg, können nur noch warten, bringen manchmal kaum mehr einen vollständigen Satz zustande. Aber sie können auch anders. So entscheidet sich Maischa, schon drauf und dran, nach dem Flop in ihre für sie langweilige und unbefriedigende Beziehung zurückzukehren (besser als nichts!), zunächst einfach mal auszuprobieren, wie sie mit sich selber klarkommt.

„Abgeschminkt“ ist weder frauen- noch männerfeindlich und schon gar kein Emanzenfilm“, sagt Katja von Garnier, Absolventin der Münchner Hochschule für Film und Fernsehen zu ihrem Debutfilm. Es ist eine unterhaltsame Komödie, auf die auch die oft und gerne gebrauchte Bezeichnung „Kultfilm“ nicht so recht paßt. Viele sehen sich diesen wie auch andere Filme ähnlicher Thematik und Machart gerne an, weil Situationen und Probleme aus dem Beziehungsalltag amüsant und treffend charakterisiert werden, bei denen sich jede und jeder wiederfinden und über sich selber lachen kann. Alle kriegen ein bißchen Fett ab, aber niemand wird verletzt. — (ewc)

REX UND HOPP!

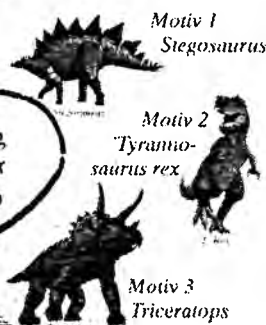
DAS SUPER T.REX-SHIRT UND TOLLE DINO-STICKER AUS AMERIKA SIND ENDLICH DA!

Einmalige Künstler-Abbildung auf bester T-Shirt Qualität. (100% Cotton).



Nur DM 29,95

Die DINO-Pins sind ca. 2,5 cm groß, sind auf der Rückseite mit Dorn u. Sicherung versehen. Einzelpreis nur DM 12,95



DINO-Pins in Metallprägung 3er-Serie nur DM 29,95

JA, ich will Dinos...

hätte es, wenn Spielberg auf Horner gehört hätte, so nicht gegeben. Bei einem im Rahmen der Münchner Dino-Ausstellung gehaltenen Vortrag zeigte Horner auf, warum T-Rex kein Räuber gewesen sein kann, sondern Aasfresser gewesen sein muß. T-Rex besaß keine Greifarme, sondern nur kleine Stummel-Armchen, von denen er nur die Unterarme bewegen konnte, im Gegensatz zu allen Räufern, die in der Lage sind, ihre Beute beim tödlichen Biß festzuhalten. Außerdem konnte er aufgrund seiner Beinconstruction nicht sehr schnell laufen. Obwohl nur sieben Tyranno-Skelette gefunden worden waren, keines davon vollständig, interpretierten anerkannte WissenschaftlerInnen äußerst unwissenschaftlich den Tyranno als blutgierige Bestie. Erst Horner fand 1991 den 8. Tyranno, diesen zu 80 % erhal-

(„Kann man Dinos klonen?“) gereizt, eine gigantische Zusatzwerbung: von Focus „Die Rückkehr der Dinosaurier“ über Geo „Dinosaurier, kehren sie zurück?“ über Stern „Die Dinos kommen“, von Bild bis Bunte wollten alle ein wenig mitspekulieren.

Der Grundgedanke des Films, aus dem Magen- oder Darmin-

che Forschung als unberechenbar und unethisch. Zwar hat er für Spielberg das Drehbuch in abgemilderter Form (damit auch Kinder den Film sehen können) umgeschrieben, sich aber frühzeitig aus der Mitarbeit verabschiedet. In Time Out, einer Londoner Szeneschrift, formuliert er diplomatisch: „Ich freue mich darauf, den Film zu sehen,

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Halbjahres-/Jahresabo (32,50 bzw. 65.- DM je Einzelabo)
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo (39.- DM je Einzelabo).
- ☐ Halb-/Jahresabo für neue Länder (19,50 bzw. 39.- DM im Jahr)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:
Straße:
Postleitzahl/Ort:
Konto-Nr./BLZ:
(Bank) Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln oder regionale Bestelladresse

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7, Tel.: 0221/21 64 42. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 22087 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Werner Thümmel (über: GNN, Czernikstr. 5, 10829 Berlin). Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.B.H., 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507. Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 32,50 DM (Förderabo 39.- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 65.- DM (Förderabo 78.- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,20 DM; das Halbjahresabo

kostet 19,50 DM/Jahresabo 39 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Löder; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux. Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten: VF. Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 45136 Essen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.B.H. 50674 Köln, Zülpicher Straße 7. Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73. GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 22087 Hamburg. Tel. 040/220 42 78, Fax: 040/229 74 19. GNN Verlagsgesellschaft Westfalen, Czernikstr. 5, 10829 Berlin. Tel. 030/781 52 22. GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 30165 Hannover. Tel. 05 11/3 52 08 16. GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zülpicher Straße 7, 50674 Köln. Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73. GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 110822, 60043 Frankfurt. GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart. Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11/62 15 37. GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Schwanthaler Str. 139, 80339 München. Tel. 089/502 65 41, Fax: 089/502 81 12. GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz. Tel. 0342/04/20 93.